

Austr.

4071

Fünf und zwanzig Jahre
KAISER von OESTERREICH.

Ein historischer Rückblick
auf das erste Vierteljahrhundert der Regierung

Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef

VON

EDUARD RÜFFER,
Commandeur des Danilo-Ordens.

Preis 60 kr. ö. W. oder 12 sgr.

PRAG.

Verlag von Alois Hynek.

1873.

Trust. 4071

Truffer

Fünf und zwanzig Jahre
KAISER von OESTERREICH.

Ein historischer Rückblick
auf das erste Vierteljahrhundert der Regierung
Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef

von
EDUARD RÜFFER,
Commandeur des Danilo-Ordens.

~~~~~  
**PRAG.**

**Verlag von Alois Hynek.**

1873.



Uebersetzungsrecht vorbehalten.



Buchdruckerei: Hynek Militký & Novák in Prag. — Selbstverlag.



## Statt eines Vorwortes.

Es sind jetzt fünfundzwanzig Jahre her, seit Se. Maj. der Kaiser Franz Joseph I. den österreichischen Kaiserthron bestiegen und die Herrschaft über ein Reich angetreten hat, dessen ebensowohl nach Innen wie nach Aussen hin vielfach eigenthümlich gestaltete Verhältnisse das Regieren gerade in der Zeit des erwachenden Nationalbewusstseins und der streitbar gewordenen Idee der Nationalstaaten-Bildung nicht eben leicht machten.

Diese Zeit war für ganz Europa überhaupt reich an mannigfachen Verwickelungen, reich an ungeheuren Kämpfen und an Ereignissen, die sich mit verhängnissvoller Wucht über Staaten und Völker entluden. Der dies irae ist über Viele gekommen.

Hochinteressant ist aber in dieser Periode speciell die österreichische Geschichte, in der sich fast alle europäischen



#### IV

Regungen, Strömungen und Conflictе widerspiegeln und mitunter sogar concentriren, obwohl sie dabei oft so eigenartig durcheinanderfliessen, dass eben eine sehr genaue Kenntniss der österreichischen Länder und Völker, sowie zugleich des Ganges der europäischen und österreichischen Politik dazu gehört, um das stets fesselnde Bild vollkommen sicher in sich aufzunehmen und historisch zu beherrschen.

Wir wollen hier den Versuch wagen, dieses Bild in klaren Umrissen zu zeichnen, indem wir die Geschichte Oesterreichs seit dem Regierungsantritt Sr. Maj. des Kaisers Franz Joseph bis auf den heutigen Tag in kurzen, scharfen Conturen wiederzugeben trachten.

Ein solcher Rückblick zwingt uns, einen festen Anhaltspunkt zu suchen, und dieser Anhaltspunkt kann nur die Person Sr. Maj. des Kaisers selbst sein, die eben von der Vorsehung dazu berufen war, den Geschehnissen dieser Periode ihr besonderes Gepräge aufzudrücken.

Seit der freiwillig von allen österreichischen Erbländern durch ihre Vertreter unterschriebenen und beschworenen pragmatischen Sanction ist die Dynastie das oberste Band, welches unser Reich überhaupt zusammenhält, indem sie die Interessen aller österreichischen Völker in sich selbst krönt und in dieser Beziehung zu gleicher Zeit das Nationalbewusstsein Aller versöhnt.

Wenn man daher Oesterreich als Einheitsbegriff auffassen will, wird man dies immer am vollkommensten nur in seiner Dynastie zu thun vermögen.



Eben desshalb ist auch die österreichische Geschichte der letzten fünfundzwanzig Jahre die Geschichte unseres Kaisers selbst.

Bevor wir jedoch daran gehen, dieselbe in ebenso einfacher, als objectiver Weise unerschrocken zu skizziren, müssen wir uns überhaupt gegen die Auffassung verwahren, der das Thun und Walten eines jeden Monarchen im grossen Publicum zu begegnen pflegt, welches immer mit einer gewissen Voreingenommenheit zur schwindelnden Höhe Jener emporblickt, die auf den Höhen der Menschheit stehen.

In dieser Beziehung glauben wir wohl an eine Aeusserung Friedrichs des Grossen erinnern zu dürfen, die dieser geistreiche König in seiner „Apologie des rois (oeuvres X. 204 ff.)“ in folgende drastische Worte kleidet:

„Man will, dass der Monarch Alles verstehe, den Krieg, die Finanzen, die Kunst der Unterhandlungen und die Jurisprudenz, dass er allseitig sei in diesem unermesslichen Beruf, von dem jeder Theil einen ganzen Mann für sich allein verlangt. Der, welcher ihn beleidigte, findet ihn zu streng, der Andere glaubt ihn zu milde, Jener zu zornmüthig. Führt er Krieg, so sagt man: Das ist ein tollkühner König. Der Himmel hat ihn ehrgeizig gemacht, um uns zu strafen. Hält er sich friedlich, so heisst es: Dieser kleinmüthige Monarch fürchtet die Gefahren, der Ruhm schüchtert ihn ein. Regiert er allein: Das ist ein eifersüchtiger, launischer Fürst, der nur seiner eigenen Neigung folgt. Ueberlässt er die Sorge für seinen Staat den Ministern: Warum duldet er alle ihre finsternen Ränke? Hat er Günstlinge: Seine Nachgiebigkeit erregt Bedauern; hat er keine: Dieser Fürst ist taub für die Freundschaft &c. &c.“



#### IV

Diese Worte eines Königs selbst, der selbst Geschichte machte und zugleich Historiker war, mögen uns vor allen Jenen rechtfertigen, die sich nur schwer dazu verstehen, einem Monarchen gegenüber die echthistorische Objectivität zu gewinnen. Im Uebrigen schreiben wir ohne Furcht, aber nach bestem Wissen und Können.



## Erster Abschnitt.

### Die kaiserliche Dictatur.

Es war am 2. December 1848. Düstere Sturmwolken hingen über Oesterreich, über das die Windsbraut der Revolution dahingebraust war, ohne schon völlig ausgetobt zu haben. Wohl war eben die aufständische Reichshauptstadt Wien durch Fürst Windischgrätz und Jelačić besiegt, und ein polnischer Erhebungsversuch in Lemberg ebenfalls niedergeworfen worden, wohl hatte Radetzky in Italien den mit der italienischen Revolution verbündeten Sardenkönig Karl Albert aus dem Felde geschlagen, aber noch herrschte tiefe Gährung in allen Königreichen und Ländern, und Ungarn war in vollem Aufstande.

Oesterreich hatte sich bis zum Frühling 1848 mehr als eine Macht denn als ein moderner Staat geoffenbart. Als politische Macht hatte es sich dem Auslande wie seinen Völkern gegenüber genugsam geltend gemacht. Dagegen hatte ihm das einem organischen Staate so nothwendige lebendige Gesamtbewusstsein im Volke gefehlt.

Die Vereinigung der verschiedenen Königreiche und Länder Oesterreichs war allerdings durch eine innere historische Nothwendigkeit herbeigeführt worden, und eine gemeinsame Be-



stimmung, die man providentiell nennen könnte, hielt sie zusammen. Allein die vormärzliche Form der Vereinigung entsprach dem Genius der österreichischen Völker im frischeren Odem einer neuen Zeit und auch dem österreichischen Staatsgedanken selbst nicht mehr.

Da zuckte jährlings die Wiener Revolution in die bisherige Leblosigkeit des sich aus einer mehrjahrhundertlangen Entwicklungs-*Pause* der österreichischen Völker herausgebildeten Regierungsprincips, und bewirkte, programmlos und ohne Plan, wie sie war, dass das mechanisch zusammengefügte absolute Oesterreich auseinanderriss und seine Theile je nach ihrem verschiedenen Gewichte auseinanderzufallen drohten.

Vielleicht hätte sich diese Revolution gleichwohl für die praktischen Interessen Oesterreichs verwerthen lassen, wenn sich gleich zu ihrem Beginne in den Regierungskreisen eine starke Hand und ein fester Blick gefunden hätten. Doch das Wiener Ministerium jener sogenannten Völkerfrühlingsepoche vermochte sich nicht von der jugendlichen Phantasie der sie umbrausenden Bewegung zu emancipiren. Es griff, wie ein damaliger Zeitgenosse, der Historiker A. H. Springer, so treffend sich ausdrückt: „mit der einen Hand nach der deutschen Kaiserkrone, bewilligte mit der anderen Ungarn seine politische Selbstständigkeit, Böhmen seinen auf Föderation hinauslaufenden Landtag; es wollte Preussen den Vorrang in Deutschland streitig machen und musste die italienische Armee ihrem Schicksale überlassen!“ So kam es denn bald dahin, dass, wie derselbe historische Augenzeuge sagt: „es in Wien als die Grundbedingung einer offenen, liberalen Politik erschien, die grosse geschichtliche Stellung, welche Wien, als die Hauptstadt Oesterreichs, als das Herz der Monarchie seit Jahrhunderten eingenommen, aufzugeben, jede Erinnerung an den alten einheitlichen Verband zu vernichten, die Landesfarben mit grimmigem Hasse zu verfolgen und sich nur als einen integrirenden Theil des neu zu errichtenden deutschen Bundesstaates zu fühlen.“

Dieser Gang war zu unnatürlich, um nicht den Protest des in den Völkern unseres Reiches, wenn auch verschiedenartig façonirten, aber doch gar stark vorhandenen „österreichischen



Gedankens“ neu zu wecken. Und so sprach schon am 9. November 1848 der Heldengreis Radetzky \*) nicht nur im Namen der Armee:

„Man faselt viel in Deutschland von den Gefahren des Panslavismus, man thut aber wirklich Alles, um dieses Gespenst zu verkörpern, denn schon ist die Empörung fast identisch mit Deutsch geworden. Oesterreich mit seinen nichtdeutschen Provinzen zählt 38 Millionen, möge man das in Frankfurt nicht vergessen, und sich mit seinem starren Deutschthum um einen solchen Bundesgenossen bringen. *Oesterreich wird sich eher von Deutschland, als von Oesterreich trennen.*“

Eine praktische Aeusserung des „österreichischen Gedankens“ war die Besiegung des den Ungarn zu Liebe aufgestandenen Wiens, sowie die Bildung des jedenfalls energischen Ministeriums Schwarzenberg-Stadion, welches dem nach Kremsier in Mähren verlegten Reichstage in seinem am 27. November veröffentlichten Programme das echt österreichische und zugleich prophetische Wort zurief:

„*Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zur neuen und festen Form gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen.*“

Es war am 2. December 1848.

Der Kremsierer Reichstag war an diesem Tage zu einer „ausserordentlichen Sitzung“ einberufen worden. Die Deputirten zerbrachen sich den Kopf darüber, was diese „ausserordentliche Sitzung“ wohl zu bedeuten habe. Erst um die Mittagsstunde erscheint das aus Olmütz eigens herbeigeeilte Ministerium. Der Ministerpräsident besteigt die Bühne und verkündet dem athemlos aufschauenden Hause:

„Heute hat in Olmütz ein Act von weltgeschichtlicher Bedeutung stattgefunden. Kaiser Ferdinand hat unwiderruflich abgedankt, sein Bruder, der Erzherzog Franz Karl, auf sein

---

\*) Brief Radetzky's an den Parlamentsdeputirten Egger („Augsb. Allg. Ztg.“ 1848 Nr. 336).



Nachfolgerrecht verzichtet, dessen Sohn als Kaiser Franz Joseph I. den österreichischen Thron bestiegen.“

Der leidende Zustand des Kaisers Ferdinand war seit Ausbruch der Revolution von der Umsturzpartei schlau benutzt worden. Die Krankheit des Kaisers hatte ihnen stets als Vorwand dienen müssen, alle ihnen unangenehmen Regierunghmassregeln als erschlichen oder gar ohne Wissen des Herrschers getroffen abzulehnen. Diesem verhängnissvollen Umstande gegenüber war die Erhebung des jungen, zu grossen Hoffnungen berechtigenden Erzherzogs Franz Joseph eine rettende That.

In der Proclamation des neuen Kaisers aber hiess es:

„Fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt zu erhalten, aber *bereit, Unsere Rechte mit den Vertretern unserer Völker zu theilen*, rechnen Wir darauf, dass es mit Gottes Beistand und *im Einverständniss mit den Völkern* gelingen werde, *alle Länder und Stämme der Monarchie zu einem grossen Staatskörper zu vereinigen.*“

Das war ein Programm!

Es war bereits in weiteren Kreisen bekannt gewesen, dass, da der 1793 geborene Kaiser Ferdinand V. kinderlos, die Regierung nach seinem Ableben auf seinen Bruder Erzherzog Franz Karl, den Gemahl der Erzherzogin Sophie von Bayern, übergehe, dass dieser aber nicht den Thron besteigen werde, sondern dass ein Familienpact existire, nach welchem der am 18. August 1830 geborene Sohn dieses hohen Paares — Franz Joseph — zum Kaiser von Oesterreich berufen sei.

Man wusste, dass dieser Prinz, von dem Grafen Bombelles unter Mitwirkung tüchtiger Lehrer und dem Einflusse seiner geistreichen Mutter erzogen, sich namentlich ungemeine Sprachkenntnisse erworben habe, die es ihm möglich machten, mit den verschiedensten Völkern der österreichischen Monarchie in ihrer Muttersprache zu reden.

Das erste öffentliche Erscheinen des präsumptiven Thronerben hatte bei Eröffnung des ungarischen Reichstages im November 1847 stattgefunden, als Erzherzog Stephan zum Palatin erwählt wurde. Kaiser Ferdinand war damals verhindert gewesen, den Reichstag, wie er sonst zu thun pflegte, in Person



zu eröffnen, und hatte desshalb den Erzherzog Franz Joseph als seinen Stellvertreter dahin entsandt.

Ein Augenzeuge schildert diese Reichstagseröffnung mit folgenden lebendigen Worten:

„Es erschien ein nicht zu hoch aber elegant gewachsener, damals bald achtzehnjähriger, junger Mann, noch ohne Bart, aber muthig und graziös auftretend, und war, was bei den europäischen Regentenhäusern nicht überall der Fall ist, wirklich „eine schöne, ritterliche Erscheinung“, wie die Damen auf den Galerien flüsterten.

Man denke sich aber erst den Enthusiasmus, als der junge Mann plötzlich im reinsten, accentlosesten Ungarisch seine Eröffnungsrede gewandt und imponirend aus dem Stegreife hielt.

Doch dieser Prinz, dessen erstes Auftreten ein so glückliches war, verstand nicht bloss Magyarisch, sondern vierzehn Sprachen zu sprechen und wusste sich nicht nur angemessen und mit Unbefangenheit zu benehmen, sondern auch so ein fast wildes Ross zu tummeln, dass die ältesten Husaren ihn anstauten. Kein Wunder, dass er im Fluge alle Herzen eroberte.“

So äussert sich ein Magyar über das erste Auftreten Franz Josephs in Ungarn, ein Auftreten, das an der Schwelle so grosser und verhängnissvoller Ereignisse geschah, und damals plötzlich die Hoffnungen aller Parteien auf ihn lenkte.

Von da an vernahm man fast ein Jahr lang nur selten den Namen jenes Erzherzogs. Doch, was war das für ein sturmvolles, den ganzen Kaiserstaat chaotisch aufwirbelndes Jahr! Es war bereits dahin gekommen, dass in allen Lagern Ferdinand gegen Ferdinand stand, und jede Hand, die sich erhob, ihn unter dem Deckmantel seiner Bevollmächtigten zu bekämpfen, sich seinen Namen hierzu zu missbrauchen erdreistete.

Da erschien am 2. December 1848 jene Abdicationsurkunde Ferdinands V., in welcher dieser allzeit gütige aber für diese sturmvolle Zeit nicht geschaffene Herrscher erklärte: „Er habe beschlossen, auf den österreichischen Kaiserthron feierlichst zu verzichten, fühlend, dass zur Durchführung der nothwendigen Reformen eine jugendlich kräftige Hand erforderlich sei.“



Und wahrhaftig, eine jugendlich kräftige Hand war sehr nothwendig.

Noch am selben Tage seiner Thronbesteigung sah sich der junge Kaiser Franz Joseph I. genöthigt, ein Patent zu erlassen, in dem er den Beginn des Feldzuges gegen Ungarn verkündete:

„Das Treiben einer verbrecherischen Fraction, die — alle väterlichen Mahnungen und ernsten Gebote unseres erlauchten Vorgängers verhöhrend —, nachdem sie mit den verwerflichsten Mitteln den offenen Aufruhr hervorgerufen und, im Bunde mit Empörern, unsere getreuen Truppen anzugreifen gewagt, in ihrer hochverrätherischen Widersetzlichkeit die geheiligten Namen des Königs und des Vaterlandes missbrauchend, frech beharrt — gibt mir die schmerzliche Ueberzeugung, dass die grosse Mehrzahl der wohlgesinnten Bewohner Ungarns und Siebenbürgens die ererbte Treue und Anhänglichkeit an ihren König nicht zu bethätigen vermag, bevor sie von dem tyrannischen Drucke der Empörer mit der Gewalt der Waffen befreit wird. Tief betrübt über dies Gebot der Nothwendigkeit, schreite ich dennoch mit ruhigem Gewissen zur Ausführung desselben; denn nur auf diesem Wege zeigt sich uns die Hoffnung, den Völkern Ungarns die Segnungen des Friedens, *die volle Anerkennung und Gewährleistung aller Nationalitäten* und das Aufblühen ihrer Wohlfahrt sichern zu können.“

Die „volle Anerkennung und Gewährleistung aller Nationalitäten“ war freilich nicht im Sinne der suprematiestolzen Magyaren, deren Reichstag als Antwort auf die Abdicationsurkunde am 7. December „ohne jede Debatte“ den folgenden Protest erliess: „Ohne Einwilligung der Stände darf über den ungarischen Thron nicht verfügt werden; selbst der unmittelbare Thronfolger wird erst durch Inaugural-Diplom und Krönung legitimer König; im Falle der Unfähigkeit bestellt das Land einen Regenten für den regierenden Fürsten; deshalb sind die Olmützer Staatsacte ungiltig; und wer dem nichtgekrönten König huldigt, ist ein Hochverräther.“

Dieser „Protest“ würde nur dann einer verschiedenen Beurtheilung unterliegen können, wenn die Magyaren nicht schon am 14. April 1849, trotz des „gekrönten Königs Ferdi-



nand“, mit dessen Namen sie sich bis dahin zu decken gesucht, in Debreczin die Republik erklärt hätten.

Wenn man ein so grosser Freund von „Inaugural-Diplom und Krönung“ war und sich nicht der Nachrede der Heuchelei aussetzen wollte, so musste man sich unter allen Umständen wenigstens consequent bleiben.

Noch am 3. begab sich der alte Hof nach Prag. Am selben Tage langte auch eine von ihrem Präsidenten Smolka geführte Reichstagsdeputation aus Kremsier in Olmütz an. Der Kaiser empfing diese Herren im Thronsaale des erzbischöflichen Palais auf einer Estrade, auf der sein Thron stand, in Generalsuniform und antwortete ihnen auf die ihm überreichte Huldigungsadresse, „dass er die baldige Vorlage der Verfassung wünsche, die er in Erwägung ziehen, und „wenn“ er ihr die Sanction zu ertheilen vermöge, auch heilig halten werde.“

Von der Estrade niedersteigend, winkte der Monarch Smolka in eine Fensternische, wo er einige freundliche Worte an ihn richtete, dann aber sich mit einer Verbeugung zurückzog, ohne sich die übrigen Abgeordneten vorstellen zu lassen.

Das war ein deutliches Zeichen von Ungnade.

Es darf hierbei nicht vergessen werden, dass das Verhalten der Majorität dieses Reichstages während des Wiener Octoberaufstandes ein, gelinde gesagt, nicht eben musterhaftes gewesen war. Indem Fürst Windischgrätz den von diesem Reichstage zum Commandanten der Wiener Nationalgarde berufenen Messenhauser hatte erschiessen lassen, war das jedenfalls schon ein unverkennbarer Hinweis darauf gewesen, wie man in den massgebenden Kreisen über eine parlamentarische Körperschaft denke, die von „jedem Standpunkte aus betrachtet“ ihrer Aufgabe nicht sehr gewachsen gewesen war.

Damals wehte übrigens bereits über ganz Europa sehr stark der Wind der Contrerevolution.

Noch im Laufe des December verordnete der Minister Stadion die Schliessung aller demokratischen und Arbeiter-Clubs, ermahnte in einem Circulare dieBureaukratie, nur streng „im Sinne und Geiste der Regierung zu reden und zu handeln“ und untersagte endlich auch den Behörden „jeden Verkehr mit Frankfurt und jede Publication von Beschlüssen der Pauls-



kirche selbst dann, wenn das deutsche Reichsministerium ein solches Ansinnen im Wege des k. k. Bevollmächtigten bei der provisorischen deutschen Centralgewalt stellen sollte.“ Ueberdies verschärfte er das Maipressgesetz in Bezug auf Flugschriften, Colportage und Placate.

Auch der Finanzminister Krauss sah sich zu rüstigem Einschreiten veranlasst. Da bei der grossen Geldnoth nicht nur in vier Stücke geschnittene Guldenzettel als kleine Münze circulirten, sondern auch grössere und kleinere Industrielle Karten oder Papierstücke mit ihrem Namen und Siegel als Geldzeichen ausgaben, untersagte er die Ausgabe von Privatgeldzeichen, besonders für Böhmen, wo selbst der Stadtrath von Prag ganz offen solche Scheine zu 10 und 20 kr. drucken liess. In diesem Edict, das wiederholt werden musste, erklärte Krauss, „die Regierung werde für Scheidemünze sorgen, aber die Behörden sollten Alles aufbieten, den Umtrieben zur Erschöpfung der Münzvorräthe bei den Cassen, dem speculativen Ankauf des Silbers und der immer mehr um sich greifenden „Münzausschwärzung“ einen Damm zu setzen.“

Uebrigens zwangen ihn die zunehmenden Staatsbedürfnisse in der Sitzung des Kremsierer Reichstags vom 21. December einen Credit von 80 Millionen nachzusuchen, der ihm am 3. Jänner „für das Jahr 1849, durch eine Anleihe oder durch Ausgabe verzinslicher Staatspapiere aufzubringen“ bewilligt wurde.

Unterdess ward auch die Assimilirung Ungarns nicht aus den Augen verloren. Zwar ward die Zolllinie noch beibehalten, aber die ungarischen Dreissigämter wurden „in dem Maasse, wie die Armee vorrückte“, aufgehoben und mit den kaiserlichen Zollämtern vereinigt. Ebenso wurde am 15. December die serbische Wojwodschafft als eigenes Verwaltungsgebiet proclamirt und das griechisch-orientalische Patriarchat in Karlowitz wieder hergestellt, um „dem tapferen und treuen serbischen Volke eine Bürgschaft für seine nationale Organisation zu gewähren“. Ebenso erging ein Manifest des Kaisers an die Sachsen von Siebenbürgen, in dem es ganz im Sinne der Thronbesteigungsproclamation hiess: „Das uralte Recht der Nation auf unmittelbare Unterstellung unter die Krone, Verbindung der Cen-



tral-Nationalbehörde mit dem verantwortlichen Ministerium in Unserer Residenz, sowie die Vertretung der sächsischen Nation auf einem allgemeinen österreichischen Reichstage, sind Desiderien, die Unserem Willen, *auf Grundlage der Gleichberechtigung und freien Selbstbestimmung der Völker den Neubau des Staates zu vollführen*, hilfreich entgegenkommen.“

Um andererseits die Ruthenen und Rumänen der polnischen Präponderanz zu entziehen, wurde am 1. Februar eine eigene Gubernial-Commission zu Krakau „als leitende Behörde für die sechs westlichen Kreise Galiziens“ eingesetzt, und die Bukowina zu einem selbstständigen Verwaltungsgebiete erhoben. Schon am 27. December aber war auch nach Aussen hin ein wichtiger Act erfolgt, den die „Wiener Zeitung“ mit den Worten ankündigte: „Se. Maj. werde allsogleich einen Gesandten zum Papste nach Gaëta schicken, um die für die religiösen Interessen der österreichischen Völker hochwichtige diplomatische Verbindung mit dem heiligen Vater wieder anzuknüpfen, da er sich von der Revolution losgelöst und Oesterreich seinen Protest gegen dieselbe übersendet habe.“

Unterdess gab sich der Reichstag in Kremsier eben keine grosse Mühe, seine Mission besonders geschickt anzufassen. Obwohl Graf Stadion einsah, dass es mit *diesem* Parlamente bergab gehe, legte er ihm doch ein Gemeindegesetz vor, das auf seinen Lieblingssatz basirt war: „*Die freie Gemeinde ist die Grundlage des freien Staates.*“

So wenig fruchtbar auch in der Folge dieser Reichstag für das Reich selbst werden sollte, so muss doch hier constatiert werden, dass gerade, als er in den letzten Zügen lag, die Keime der Verständigung zwischen Slaven und Deutschen in ihm aufgingen. Ein seltsames Phänomen, das seltsamer Weise sein Ende nur noch beschleunigen sollte, denn das Ministerium Schwarzenberg, das vor Kurzem noch gern ein oder zwei Portefeuilles an die Führer der Čechen vertheilt hätte, so gut als es den Baron Kulmer als „Vertreter der südslavischen Interessen“ in sich aufgenommen, verzieh es jenen nicht, dass sie sich mit der Reichstagslinken vereinigt hatten, was allerdings hauptsächlich nur auf Antrieb der damals in Prag ziemlich tonangebenden demokratischen „Slovanská Lípa“ geschehen war.



Unterdess hatte der Verfassungsausschuss des Reichstags, in dem Rieger neben Hein, Lasser, Brestel und Ziemialkowski sass, den Constitutionsentwurf fertig gebracht. Das war ein merkwürdiges Machwerk, das seine Autoren eine „centralistisch-föderative“ Verfassung, andere Leute aber ein „gewagtes mixtum compositum constitutioneller Experimentirungskunst“ nannten.

Am 13. März sollte er zur Feier der Wiener Märzrevolution zum ersten Male verlesen und, wie man hoffte, gleich en bloc angenommen werden. Indess schon am 7. März ward der Reichstag aufgelöst.

Man mag dies beklagen oder nicht, an wichtigen Gründen, die zu dieser Auflösung bewogen, fehlte es nicht.

Sollte das Regierungsprogramm der neuen Aera ernstlich zur Ausführung kommen, so musste die neue Verfassung in ihren Grundzügen auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Wie war das aber möglich?

Der Kremsierer Reichstag hatte nur ein beschränktes Mandat, er durfte sich nicht die Vertretung Ungarns anmassen, ebensowenig aber konnte er auf der anderen Seite, wenn er nicht den Grund des eigenen Daseins verleugnen wollte, einer Oktroyirung der Kremsierer Verfassung in Ungarn beistimmen.

Das Manifest vom 4. März, das den Reichstag auflöste und die Verkündung der Verfassung begleitete, war recht schneidig und entschieden abgefasst. „Am 2. December — hiess es in dem Document — hatten Wir die Hoffnung ausgesprochen, dass es Uns gelingen werde, alle Völker und Stämme der Monarchie zu einem grossen Staatsganzen zu vereinigen. Mittlerweile berieth zu Kremsier der Reichstag eine Verfassung für einen Theil der Monarchie. Wir beschlossen — im Hinblick auf die von ihm während der Octobertage eingenommene, mit der unserem Hause schuldigen Treue wenig vereinbare Stellung, allerdings nicht ohne Bedenken — ihn mit der Fortführung jenes Werkes betrauen zu lassen, Wir gaben Uns dabei der Hoffnung hin, dass diese Versammlung, die gegebenen Verhältnisse im Auge behaltend, die ihr übertragene Aufgabe ehebaldigst zu einem gedeihlichen Abschlusse führen werde. Leider ist unsere Erwartung nicht in Erfüllung gegangen. Nach mehr-



monatlichen Verhandlungen ist das Verfassungswerk zu keinem Abschlusse gediehen. Erörterungen aus dem Gebiete der Theorie, die nicht nur mit den thatsächlichen Verhältnissen der Monarchie in entschiedenem Widerspruch stehen, sondern überhaupt der Begründung eines geordneten Rechtszustandes im Staate entgegentreten, haben die Wiederkehr der Ruhe, der Gesetzlichkeit und des öffentlichen Vertrauens in die Ferne gerückt, in den wohlgesinnten Staatsbürgern trübe Befürchtung erzeugt und der durch Waffengewalt eben erst geschlagenen, in einem anderen Theile Unseres Reiches noch nicht gänzlich besiegten Umsturzpartei neuen Muth und neue Thätigkeit verliehen. Dadurch wurde auch die Hoffnung wesentlich erschüttert, dass dieser Versammlung, trotz der höchst achtbaren Elemente, die sie enthält, die Lösung ihrer Aufgabe gelingen werde. Inzwischen ist durch den siegreichen Fortschritt Unserer Waffen in Ungarn das grosse Werk der Wiedergeburt eines einheitlichen Oesterreich, das Wir Uns zu Unserer Lebensaufgabe gestellt, seiner Begründung näher gerückt und die Nothwendigkeit unabweislich geworden, die Grundlagen dieses Werkes auf dauerhafte Weise zu sichern. Eine Verfassung, die nicht bloss die im Reichstage vertretenen Länder, sondern das ganze Reich im Gesamtverbande umschliessen soll, ist es, was die Völker Oesterreichs mit gerechter Ungeduld von Uns erwarten. Hierdurch ist das Verfassungswerk über die Grenzen des Berufes jener Versammlung herausgetreten. Wir haben daher beschlossen, Unseren Völkern aus freier Bewegung und eigener kaiserlicher Machtvollkommenheit diejenigen politischen Institutionen zu verleihen, die Wir nach bestem Wissen und Gewissen als die heilsamsten und förderlichsten für die Wohlfahrt Oesterreichs erkannt haben. Wir verkünden demnach die Verfassung für das einige und untheilbare Kaiserthum Oesterreich, lösen die Versammlung des Reichstags zu Kremsier auf und verordnen, dass dessen Mitglieder sofort nach Veröffentlichung dieses Beschlusses auseinander gehen. Wir vertrauen auf Gott, der unser Kaiserhaus nie verlassen wird, auf die Treue Unserer Völker, wo die Gutgesinnten in unermesslicher Majorität sind; auf die Tapferkeit und Ehre unserer ruhmwürdigen Armee.“

Die octroyirte Verfassung unterschied sich im Punkte



der Freisinnigkeit nicht wesentlich von dem Kremsierer Verfassungsentwurf. Im Geräusch und in den nothwendigen Consequenzen des ungarischen Bürgerkrieges vermochte sie aber nicht zu rechtem Leben zu gelangen. Bemerkt sei noch, dass auch sie „die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und landesüblichen Sprachen in allen Verhältnissen des bürgerlichen und öffentlichen Lebens durch geeignete Institutionen gewährleistete.“

Als Stadion bereits Mitte April 1849 durch ein unheilbares Leiden gezwungen ward, von seinem Amte zurückzutreten, verlor diese octroyirte Verfassung ihren natürlichsten Protector, der sie vielleicht trotz des Belagerungszustandes in Wien, Lemberg und bald auch in Prag, trotz des Kriegszustandes in Galizien und des wirklichen Krieges in Ungarn und Lombardo-Venetien durchzuführen versucht haben würde.

Obwohl der Kaiser schon am 22. März eine theilweise Amnestie für die Theilnehmer am Octoberaufstande erlassen, gehörte aber die jetzt kommende Periode nicht der friedlichen Entwicklung, sondern nur zu sehr der Entscheidung des Schwertes und der Militärgewalt an. *Inter arma silent leges.*

Als nach der Schlacht bei Schwechat und der Einnahme Wiens Windischgrätz den Oberbefehl über die Armee erhielt, welche Ungarn bändigen sollte, stand die Sache für die Magyaren herzlich schlecht. Der Plan des ermordeten Latour, dieses unruhige Land von allen Seiten zu umzingeln und in strahlenartiger Bewegung auf Pest loszugehen, um dort den Heerd aller revolutionären Umtriebe auszulöschen, schien seiner Erfüllung sehr nahe zu sein. In allen den Magyaren benachbarten Generalaten wurde eifrig gerüstet, an der nördlichen, wie an der südlichen, an der westlichen, wie an der östlichen Gränze Truppen gesammelt und der Aufstand der slavischen Stämme unterstützt. Während die Hauptarmee an der oberen Donau unter Windischgrätz zum Einbruch bereit stand, sollten General Simunich von Mähren und Schlick von Galizien aus einrücken. Auch organisirte Nugent zu alledem an der steyerischen Grenze ein Armeecorps, dessen Bestimmung sein sollte, gegen Esseg und die südlichen Provinzen vorzudringen, und in



Siebenbürgen, dieser Burg Ungarns, wartete Puchner mit Ungeduld auf den Moment, wo er über Grosswardein den übrigen österreichischen Streitkräften die Hand reichen könnte. Die Gesamtmacht der Kaiserlichen betrug 110.000 Mann regulärer und ausserdem noch an 30—40.000 Mann irregulärer Truppen. Mindestens um ein volles Drittel schwächer war die Streitkraft der Magyaren. Wäre Windischgrätz gleich nach der Einnahme Wiens über die ungarische Grenze gegangen, so würde er wahrscheinlich ziemlich leichtes Spiel gehabt haben. So aber liess er mehrere Wochen verstreichen, ehe er sein Heer gegen die Magyaren in Bewegung setzte. Freilich soll es mit der Organisation seines Heeres nicht gar schnell vorwärts gegangen sein, was sich bei der erschöpften Finanzlage des Reiches und den nur durch einen Waffenstillstand unterbrochenen Krieg in Italien allerdings begreiflich macht. Die Magyaren benutzten die ihnen gestattete Frist, so gut es immer ging, und würden Windischgrätz wahrscheinlich ein achtungsgebietenderes Heer, als sie so im Stande waren, entgegengestellt haben, wenn sie nicht so viel mit den tapferen Serben zu thun gehabt hätten, die einen beträchtlichen Theil ihrer Streitkräfte paralyisirten. Endlich überschritt am 15. December das erste Armeecorps Windischgrätzs, das der Banus befehligte, bei Bruck an der Leitha auf dem rechten Donauufer die ungarische Grenze und begann sogleich mit Tact und Glück seine Operationen. Das vom Grafen Vrba befehligte zweite Corps hielt sich dagegen zunächst abwartend und versuchte sich nur in Demonstrationen. Die Magyaren wurden hier von Görgey commandirt, der dem Banus gegenüber keineswegs glänzend debutirte. Derselbe hatte seine Schaaren in langgestreckter Cordonlinie aufgestellt, so dass sie auf jedem Punkte an Zahl unzureichend waren und nicht einmal den ersten Anprall auszuhalten vermochten.

Auf ihrem rechten Flügel wurden die Magyaren von Simunich angegriffen und bis über Tyrnau hinaus zurückgedrängt. Pressburg gaben sie ohne Schwertstreich auf und bei Parendorf erlitten sie eine recht fühlbare Niederlage, der Rest ihrer Armee sammelte sich bei Wieselburg wieder, von wo aus sich Görgey, nachdem er eine ziemlich unschädliche Kanonade ausgehalten, auf Raab zurückzog. An diesem Orte waren in aller



Hast und Eile ausgedehnte Verschanzungen angelegt worden, gleichwohl wagte Görgey mit seinen schon einmal erschütterten Truppen auch hier noch nicht Posto zu fassen, obwohl Windischgrätz ihm durch seinen methodisch-langsamem Marsch Zeit genug gelassen hätte, sich daselbst noch besser festzusetzen. Jetzt begann man in Pest zu fürchten, und Kossuth ordnete an, dass Görgey sich mit Perczel vereinigen und zur Deckung Pest's die Position bei Gála behaupten solle. Aber Görgey und Perczel waren geschworene Feinde von einander und beeilten sich daher keineswegs, den ihnen gewordenen Befehlen Gehorsam zu leisten, was die am 30. December eintretende Niederlage Perczel's durch die Kürassiere Oettinger's bei Moor zur Folge hatte. Nun stellte sich Görgey selbst in der Nähe von Ofen auf, gab aber die wenig tröstliche Erklärung ab, dass sein Heer „weder gross noch tapfer genug sei,“ eine Deckung der Hauptstadt mit Erfolg versuchen zu können. Ein unter dem Vorsitz des Generals Vetter abgehaltener ungarischer Kriegsrath beschloss, Ofen und Pest aufzugeben, das Heer durch einen rechtzeitigen Rückzug zu retten und durch eine Theilung desselben Windischgrätz von weiterem Vordringen auf Debreczin abzuhalten. Görgey sollte an der Waag gegen Simunich operiren und sich nöthigenfalls — auf Komorn stützen. Perczel aber fiel die Aufgabe zu, den Theissübergang bei Szolnok zu decken. So lange Windischgrätz Görgey im Auge behalten musste, hoffte man, er werde das Perczel'sche Armeecorps nicht zu sehr geniren. Die neuen Dispositionen der ungarischen Truppen, der Marsch Görgey's nach Waizen, die Bewegung der Uebrigen auf der Szolnoker Strasse wurden schnell und fast ohne Widerstand zu finden, ausgeführt.

Nur Görgey's Nachtrab bekam es mit Oettinger's Kürassierbrigade zu thun, die ihn einholte. Am Abend des 4. Januar zogen die letzten ungarischen Truppen aus Ofen, indem sie diese Stadt ohne alle Vertheidigung ihrem Schicksale überliessen. Schon anderen Tages rückte hierauf die österreichische Armee in Ofen ein und marschirte dann über die neuerbaute Kettenbrücke in Pest ein. Eine grosse schwarzgelbe Fahne ward auf dem Rathhausthurm aufgehisst, der Aufstand schien



erstickt, der Krieg früher, als Windischgraetz selbst gedacht, zu Ende zu sein. Es sollte aber anders kommen.

Als sich Windischgrätz so in Besitz der Landeshauptstadt sah, schien er zu hoffen, dass einige Decrete genügen würden, den Rest von Ungarn zu pacificiren, und dass die Aufständischen die Waffen ohne Kampf niederlegen würden. Während der glückliche Eroberer von Prag und Wien aber sich in dem schönen Pest darin gefiel, fürchterliche Musterung zu halten, versammelten die Anführer des Aufstandes ihre Streitkräfte hinter der Theiss, wo sie auch fleissig Waffen fabriciren und grosse Magazine in Grosswardein und Debreczin anlegen liessen. Um auch für die Finanzen zu sorgen, schuf Kossuth, mit Hilfe der allzeit geduldigen Banknotenpresse, Millionen von ungarischen Bankzetteln. Schon als das österreichische Heer in Pest einrückte, waren sehr ansehnliche Summen dieser „Werthzeichen“ im Verkehr, und sonderbarer Weise behielten diese Scheine auch, nachdem das schwarzgelbe Panier vom Rathhausthurm herunterwehte, ihren vollen Nominalwerth. Die Ungarn begingen nicht denselben Irrthum. Kossuth decretirte vielmehr für ganz Ungarn die „Werthlosigkeit“ der österreichischen Banknoten, verbot sie anzunehmen und befahl sie bei den Cassen seiner, also der aufständischen Regierung, gegen Noten, welche die Unterschrift der letzteren trugen, auszutauschen. Die Magyaren beeilten sich, ihm zu gehorchen, und so strömten unermessliche Quantitäten kaiserlicher Noten in seine Cassen, die, in ganz Oesterreich Cours habend und bei den Banquiers ganz Europas Aufnahme findend, ihm zum Ankauf von Waffen, Bezahlung von Emissären und zur Ansammlung eines für spätere Zeiten aufzusparenden „Nothpfennigs“ für die Häupter der Insurrection die besten Dienste leisteten. Dies ist einer der häufig wiederkehrenden Fälle, wo die Strategie nicht von der Politik zu trennen ist. Ohne dies Manoeuvre Kossuth's und ohne den Fehler seiner Gegner, welche darauf durch Annahme seiner Noten förmlich eingingen, wäre der Krieg auch bei aller Kunst und Tapferkeit ungarischer Führer allerdings mit der Einnahme Pest-Ofens schon zu Ende gewesen. Doch wenden wir uns nunmehr wieder zu den activen Kriegsoperationen selbst zurück. Ganz nach dem Sinne



des Latour'schen Operationsplanes sollte ein österreichisches Corps von Galizien aus nach Ungarn einfallen, während Windischgrätz mit dem Gros seiner Armee an der oberen Donau vorrückte. Der Commandeur dieses galizischen Armeecorps war der als ausgezeichnete Reitergeneral rühmlichst bekannte Graf Schlick. Sobald er seine 8000 Mann bei Dukla gesammelt, brach er am 5. December auf und überschritt die Karpathen. Ohne auf Widerstand zu stossen, besetzte er Bartfeld und Eperies. Erst vor Kaschau bei Budamer traf er am 11. December zum ersten Male auf den Feind unter Pulszky, der ihm aber, nach einigen gewechselten Kanonenschüssen, trotz aufgeworfenen Verschanzungen, nicht Stand hielt. Schlick hielt noch am selben Tage seinen Einzug in Kaschau, der Hauptstadt Oberungarns, wo er seine Soldaten für den Winterfeldzug adjustirte und eine aus Galizien nachrückende Verstärkung an sich zog. Der ungarische Landesvertheidigungs-Ausschuss warf aber rasch noch mehrere Honvéd-Bataillone zu Wagen nach Miskolcz, wo Pulszky's geschlagene Truppen in ziemlich übler Verfassung Halt gemacht hatten und täglich einen neuen Angriff Schlick's besorgten, der, wenn er gleich gekommen wäre, mit ihnen leichtes Spiel gehabt haben würde. Hätte er sie wirklich schnell geworfen, so würde der Kriegsschauplatz dann in die Theissgegend versetzt und selbst das wichtige Debreczin bedroht, die ungarische Revolution also wahrscheinlich erstickt worden sein.

Am 25. December setzte er sich über Szikozo gegen Miskolcz in Marsch, kehrte aber schon nach einem kurzen Gefecht bei Szikozo von dieser Recognoscirung am 30. December wieder nach Kaschau zurück. Die Magyaren hatten, während Schlick kostbare Zeit versäumt, sich zu verstärken gewusst. Ihr Kriegsminister Meszaros selbst hatte das Commando hier übernommen und verfügte über 15.000 Mann. Voll Vertrauen auf diese Uebermacht folgte Meszaros den Oesterreichern bis vor Kaschau, vor dessen Mauern es zur Schlacht kam, die für die Magyaren wieder sehr unglücklich endete. Das war ein harter Schlag für die ungarische Nationalregierung in Debreczin! Jetzt ruhte die Hoffnung, da Perczel's Corps erst allmählich feldtüchtig gemacht werden konnte, nur noch auf Görgey, der



am 5. Januar mit 5000 Mann in Waizen stand und den Auftrag hatte, Windischgrätz durch allerhand Demonstrationen von einer Beunruhigung Perczel's abzuhalten. Als nun Windischgrätz von den Bewegungen Görgey's erfuhr, die darauf hinzuzielen schienen, den Entsatz der von Simunich hart bedrängten Festung Leopoldstadt zu bewirken, detachirte er ein beträchtliches Corps unter Vrbna, Csorich und Colloredo zur Verfolgung desselben. Dies Corps nöthigte Görgey, der seine Truppen noch immer nicht taktfest genug fand, um mit ihnen etwas Ordentliches ausrichten zu können, zur Aenderung seiner Rückzugslinie. Besonders auf den Rath seines talentvollen Generalstabschefs Josef Bayer, warf er sich in den District der Bergstädte: Schemnitz, Kremnitz, Altsohl und Neusohl, ein unwirthbares Bergland, von der reissenden Gran durchschnitten und vielfach mit Wald überdeckt, das einer Verfolgung grosse natürliche Hindernisse in den Weg legte. Am 17. Januar trat er seinen mühsamen Marsch an, der ihn aus feindlicher Umstrickung retten sollte. Zwar wurde seine Reserve am 21. Januar bei Windschacht hart mitgenommen und auch seine übrigen Colonnen kamen nicht ganz ungerupft davon, gleichwohl gelang es ihm, schon am 21. Januar sein ganzes Armeecorps bei Neusohl zu vereinigen. Jetzt, wo er sein Heer gerettet und zugleich in der Mannszucht gestählt hatte, dachte er, von den Oesterreichern nicht weiter verfolgt, an die Ergreifung einer erfolgreichen Offensive. Da bot sich ihm denn jetzt als nächste Gelegenheit, sich zu erproben, die Aufgabe dar, Schlick in den Rücken zu fallen und dessen Streben, über die Theiss vorzudringen, damit zu vereiteln. Dieser Aufgabe gewärtig, liess Görgey seine Truppen am 27. Januar, in zwei Colonnen getheilt, den Marsch in die Zips antreten, bei welchem er weder von dem bereits durch Windischgrätz wieder nach Pest zurückgerufenen Armeecorps Csorich's, noch von dem mit seiner Verfolgung beauftragten General Götz behelligt wurde, der seine Spur verloren hatte. Schlick hatte mittlerweile, durch die Verhältnisse gezwungen, nicht umhin gekonnt, nach der Schlacht bei Kaschau sich eine 14tägige Rast zu gönnen. Erst als er vernahm, dass die Magyaren zum dritten Male an der Theiss sich sammelten, und dass an die Stelle des unfähigen



Meszaros der geniale Georg Klapka getreten sei, der das dort zusammengezogene Corps bald wieder auf 10.000 Mann gebracht hatte, brach er gegen dieselben auf. Schlick wollte die Magyaren, die sich bei Tokay concentrirt hatten, über die Theiss zurückwerfen und Debreczin scharf bedrohen, reussirte aber nicht. Als er bei Taczal (22. Februar) die Höhen des Tokayer Lagers stürmen wollte, fand er einen ungewohnt tapferen Widerstand, der seinen Angriff abschlug, und als er (31. Januar) eine zweite Attaque unternahm, um das linke Theiss-Ufer zu gewinnen, war ihm das Glück ebenso wenig hold. Schlick sah sich daher genöthigt (1. Februar), seinen Rückzug anzutreten, den er umsomehr beeilen musste, als ihm bereits die Nachricht von dem Vordringen Görgey's in der Zips zukam. Am 3. Februar liess Görgey durch die Division Guyon den Braniška-Pass, der nach Eperies, Schlick's Rückzugsbasis, führte, erstürmen, und nun gerieth Schlick in arge Gefahr, nach Vereitelung seiner Offensiv-Bewegung, zwischen zwei Feuer zu kommen, was um so bedenklicher für ihn werden musste, als er seine Truppen zu sehr verzettelt hatte. Aber der böhmische Reitergeneral verlor zu allem Glück den Kopf nicht. In Eilmärschen zog er seine zerstreuten Truppen rasch zusammen, und klar erkennend, dass er weder die Vereinigung Klapka's mit Görgey verhindern, noch der vereinigten ungarischen Armee unter guten Aspekten ein Treffen bieten könne, trachtete er mit aller Energie darnach, wenigstens sein Corps für die Hauptarmee zu retten. Er verliess Kaschau und zog, seinen Gegnern mit grossem Geschick ausweichend, über Torna, Rima Szombath und Losoncz unter dreifachen Tagemärschen bei entsetzlichem Wetter, auf überaus beschwerlichen Wegen der Hauptarmee zu. Hätten Klapka und Görgey seine Verfolgung nach ihrer Vereinigung mit derselben Entschiedenheit betrieben, wie er seinen xenophontischen Rückzug, so würde er vielleicht doch noch verloren gewesen sein. Aber zwei Generäle sind selten so energisch wie einer allein, diesem Umstande und seiner strategischen Initiative dankte Schlick seine Rettung.

Mittlerweile hatte der polnische Emigrantengeneral Dembiński den Oberbefehl über sämtliche ungarische Streitkräfte erhalten. Gegen Mitte Februars beschloss dieser wieder zum



Angriffe zu schreiten und entwarf dazu folgenden Plan: „Das Corps Klapka's und das Görgey's, die nach ihrer Vereinigung auf dem rechten Ufer der Theiss Stellung genommen hatten und ihre Rechte an Kaschau, die Linke an Miskolcz lehnten, sollten auf der grossen Strasse von Mezö Kövesd gegen Pest vorrücken und, sowie sie Poröslö erreicht, sollte das in Tisza Füred zusammengezogene Corps Repassy's über die Theiss gehen, um sich ihnen anzuschliessen. Waren diese nun vereinigten drei Corps bei Gyöngyös angekommen, so kam die Reihe, über die Theiss zu gehen, an die Truppen von Damjanich, die bei Czybakhaza concentrirt waren und, sobald sie den Fluss überschritten, Szolnok nehmen, sich mit Klapka, Görgey und Repassy vereinigen, auf der pester Eisenbahn vorrücken und die Bewegung der Uebrigen gegen das österreichische Heer, oder ihren Angriff auf Pest unterstützen sollten.“ Dieser Plan war ganz hübsch ausgedacht, nur war auf einen Umstand keine Rücksicht genommen, nämlich den, dass die Oesterreicher sich am Ende doch auch regen und nicht allen magyarischen Bewegungen gegenüber eine todte Masse spielen würden. Wäre es blos auf Windischgrätz angekommen, so hätte Dembiński allerdings reussiren können, allein der stets thatendurstige General Schlick liess jenem keine Ruhe und bestimmte ihn, sich der Ausführung der Pläne des Feindes bei Zeiten entgegenzusetzen. Fürst Windischgrätz verliess Pest (23. Februar) und marschirte den drei ungarischen Corps, die auf diese Stadt losrückten, entgegen. Die beiden feindlichen Heere stiessen am 26. zwischen 2 und 3 Uhr Nachmittags vor Kápolna an der Torna, welche vor dieser Stadt an Verpeléth und Döbrö vorüberfliesst, auf einander und richteten bis zum sinkenden Abend eine scharfe Kanonade gegen einander, die zu keinem sichtbaren Erfolge führte. Gleichwohl ward schon am selben Abend durch Schlick's kühnen Marsch von Petervására durch den Engpass von Sirok, den er nach kurzer aber tapferer Gegenwehr erstürmte, die Entscheidung angebahnt. Am 27. in der Frühe, als Schlick nach einem heftigen Gefechte das Dorf Verpeléth genommen hatte, an das sich der rechte Flügel der ungarischen Armee lehnte, fing er an, ihre Mitte zu bedrängen. In unwiderstehlich raschem Anlaufe ward nun



auch das Dorf Kápolna genommen, welches die Magyaren vergebens zurückzuerobern suchten. Da Schlick die bereits davon getragenen Erfolge im Begriffe war, mit Eifer zu verfolgen, die magyarische Reserve aber theils zu müde, theils zu entfernt war, um noch ins Gefecht herangezogen zu werden, so entschloss sich Dembiński zum Abbruche der Schlacht. Während der Nacht zog sich Dembiński hierauf bis Möző-Kövesd zurück, drei Stunden hinter Kerespend, und am 28. Früh hatte dort seine Armee sich wieder vereinigt und nahm eine sehr feste Stellung ein. Windischgrätz hatte zu sehr gezögert, den Sieg von Kápolna sogleich energisch zu benutzen. Jetzt aber, wo er sich mit jedem Marsche mehr von seinen Verpflegsmagazinen und seiner Munitionsreserve entfernte, standen ihm nicht mehr dieselben guten Aussichten auf einen völligen Sieg zu Gebote, wie am vorhergehenden Tage. Die Kavalleriebrigade Deym, die er zur Verfolgung Dembiński's ausgesandt, ward in der Nähe von Möző-Kövesd, wo sie auf die Husaren Kmety's stiess, mit Verlust zurückgeworfen. Ja, wäre Dembiński jetzt den Bitten Klapka's und Görgey's gefolgt und direkt auf Máklár losgegangen, wo Csorich unvorbereitet überfallen werden konnte, so würde er einen leichten Erfolg davon getragen, und Windischgrätz in arge Bedrängniss gebracht haben. Aber sonderbarer Weise war Dembiński ein ebenso grosser Liebhaber von festen Stellungen, die behäbiges Zuwarten erlaubten, wie Windischgrätz selbst. Ja, er zog sich anderen Tages, als nun sein Gegner wieder eine recht hübsche, feste Position gefunden, unbelästigt über Poröslö und Tissa Füred jenseits der Theiss zurück. Damit war die ungarische Armee allerdings wieder physisch gerettet, aber moralisch hatte sie eine grosse Einbusse erlitten, welche besonders den inneren Zwiespalt, der schon lange in ihr keimte, noch vergrösserte. Ein Glück für sie, dass in dieser Zeit Ueberschwemmungen, schlechte Wege und mangelhafte Ausrüstung die österreichische Armee daran hinderten, ihr über die Theiss nachzurücken. Windischgrätz wusste keinen Vortheil aus der Schlacht bei Kápolna zu ziehen; trotz seines Sieges hingen vom 27. Februar bis zum 7. April alle Stellungen, die er seine Armee einnehmen liess, von den Bewegungen der Ungarn ab. Alle seine Operationen hatten nur ein Ziel,



den Magyaren die Strasse nach Pest zu versperren, auf welche sie auf zwei Punkten: Hatvan und Czegled nämlich, gelangen konnten. So kam es denn, dass nach mehreren Wochen nutzlosen Hin- und Hermarschirens seinerseits Windischgrätz eine rückgängige Bewegung auf Pest antreten musste.

Hätte freilich Windischgrätz gewusst, wie es im Lager der Magyaren eigentlich aussah, welche Mishelligkeiten und Entzweiungen dort herrschten, so dürfte er andere Dispositionen getroffen haben. So aber hatte er sich selbst jede Quelle, etwas Sicheres über die Vorgänge im feindlichen Lager zu erfahren, abgeschnitten. Hatte er doch in einer Proclamation vom 11. Feber erklärt: dass wer immer von Kossuth's Partei ausgehende Zeitungen und Schriften besitze, oder wer Briefe von und nach den Theissgegenden befördere, standrechtlich hingerichtet werden solle. Als Dembiński so schlecht debutirt, ward er einfach abgesetzt, und der General Vetter trat zunächst an seiner Stelle. Der Plan, den die Magyaren jetzt entworfen, war dem früheren, der durch die Schlacht bei Kápolna vereitelt worden, gleichwohl sehr ähnlich. Wiederum sollte nach dem Theissübergange der wirkliche Angriff durch eine Demonstration maskirt werden, nur dass diesmal die Demonstration nördlich auf der Erlauer Strasse, der wirkliche Angriff aber, südlich auf der Szolnok-Pester Linie stattfinden sollte. Die Magyaren waren mittlerweile unter Bém in Siebenbürgen, unter Perczel gegen die Serben glücklich gewesen. Görgey übernahm es jetzt, mit seinem Armeecorps die Operationen der Hauptarmee zu decken: er setzte bei Tokay über die Theiss und rückte über Miskolcz auf der Gyöngyöser Strasse vorwärts. Inzwischen hatte aber der Obercommandant Vetter auf den Rath Klapka's und Damjanich's den ersten Plan geändert und den Theissübergang nicht bei Szolnok, sondern weiter nördlich bei Tisza-Füred anbefohlen, wodurch Görgey's Corps ein integrireder Theil der Hauptarmee, sämtliche Truppentheile in eine engere Verbindung gefügt und das numerische Uebergewicht im bevorstehenden Kampfe der eigenen Armee mehr gesichert wurde. Görgey war anfänglich über diese, wie über jede nicht von ihm angegebene Aenderung sehr ärgerlich, denn er war ein Rechthaber der eingefleischtesten Art. Als aber durch die Erkrankung Vetter's der Ober-



befehl an ihn selber übergang, war er auf einmal mit den getroffenen Dispositionen ganz zufrieden und beeilte sich, dieselben mit allem Eifer durchzuführen. Windischgrätz wusste diesmal gar nicht, was die Magyaren eigentlich wollten, und sah auch dadurch seine Hände ernstlich gebunden, dass die Festung Komorn, diese so wichtige Operationsbasis an der Donau, in den Händen der Magyaren war. Windischgrätz lebte nun der festen Ueberzeugung, dass die Magyaren gar nichts Anderes im Werke haben könnten, als den Entsatz Komorns, und traf seine Dispositionen hauptsächlich auf diesen strategischen Kalkül hin. Da er aber zugleich doch seiner Sache nicht über alle Zweifel sicher war und den Rebellen jede nur mögliche Extravaganz zutrauen zu dürfen glaubte, so liess er seine Truppen bald hier, bald dorthin marschiren, bald diese, bald jene Stellung einnehmen, je nachdem Vermuthungen über feindliche Manoeuvres in ihm aufstiegen.

Durch das Gefecht bei Szolnok einigermaßen aufgerüttelt, ordnete Windischgrätz am 6. Mai die Vereinigung seiner Armee bei Szolnok und Czybakháza an. Aber kaum, dass diese Truppen am 12. wirklich die ihnen angewiesenen Stellungen eingenommen hatten, so war der Feldmarschall schon wieder anderen Sinnes geworden. Der Banus ward nach Czegled zurückgerufen, Ramberg in aller Eile nach Waizen dirigirt, dem Schlick'schen Corps die Stellung bei Jászberény angewiesen und Czorich mit einer Reiterbrigade nach Hatvan vorgeschoben. Schon am 24. indess musste Schlick wieder nach Nagy-Káta und Alberti in südlicher Direction abgehen, um dem, wie es hiess, bedrohten Banus zum Soutien zu dienen. So ging es mit Hin- und Hermärschen, fort und bald musste der Theissübergang bei Szolnok, bald die Deckung Komorns den Vorwand zu ihnen abgeben.

Am 27. März vereinigten sich aber vier ungarische Armee-corps, die von Gáspár, Klapka, Aulich und Damjanich geführt wurden, am rechten Theissufer zwischen Kápolna und Poroszlo. Ueber diese Streitmacht übernahm dann am 30. Görgey provisorisch das Obercommando und liess, auf Klapka's Rath, Gáspár's Corps auf der grossen Pester Strasse gegen die Oesterreicher vorgehen, während er die übrigen Truppen zur Umgehung des Feindes auf der rechten Flanke bei Jászberény verwendete. Die



Ungarn mussten es hiernach zunächst mit dem Armeecorps Schlick's, welches Windischgrätz zur Recognoscirung auf die Hatvan-Gyöngyöser Strasse beordert hatte, und mit den Truppen des Banus, die sich an der Szolnoker Eisenbahnlinie nach Monor zurückziehen und mit Schlick in Verbindung setzen sollten, zu thun bekommen. Der erste Zusammenstoss fand auch in der That am 2. April bei Hatvan statt. Schlick's Avantgarde unter dem Commando des Generalmajors Parrot, erfocht anfänglich einige nicht unbedeutende Vorthelle. Der ungarische Heerführer Gáspár zog aber bald so viel Streitkräfte in's Gefecht und begann die linke Flanke der Oesterreicher so nachdrücklich zu bedrohen, dass Schlick, der auf die Unterstützung durch Csorich's Division vergeblich warten musste, sich zum Rückzuge auf Aszod und von da weiter nach Gödöllö veranlasst fand. Folge davon war, dass die Magyaren am Abend des Schlachttages die vortheilhafte Zagyvalinie besetzt hielten und da in aller Ruhe und Sicherheit auf Nachrichten von ihrer Umgehungscolonne warten durften. Mit dieser war es aber weniger glücklich von Statten gegangen. Klapka war am 4. April bei Tapio Bicske auf den Nachtrab des Banus, die Brigade Sternberg und Rastič gestossen, die er vernichtet haben würde, wenn nicht ein grosser Theil seiner Truppen von den tapferen Attaquen der braven Otočaner, die nur den Rückzug ihres Corps decken sollten, dabei aber Kanonen eroberten, die Flucht ergriffen hätte. Zu seinem Glücke hatte Klapka das dritte und neunte Honvéd-Bataillon, die sogenannten „Rothkämpfer“ zur Hand, die das Gefecht wieder aufnahmen. Obwohl nun also das Gefecht bei Tapio Bicske für die Ungarn kein besonders ruhmreiches gewesen war, so half es doch gleichwohl den Kreis um das österreichische Heer immer enger zu schliessen. Waren doch bereits die äussersten Endpunkte der ungarischen Stellung, Hatvan und Suly, kaum drei Meilen weit auseinander gelegen, somit also die Möglichkeit, in wenigen Stunden eine beliebig grosse Truppenzahl zu vereinigen und an eine bestimmte Stelle zu werfen, für die Magyaren gesichert. Windischgrätz aber tappte, trotz der Gefechte bei Hatvan und Tapio Bicske, die ihm doch hätten zur Aufklärung dienen müssen, über die Absichten des Feindes noch immer



im Dunkeln. Er wusste sich demnach keinen anderen Rath, als seine Armee auf dem Rakosfelde, östlich von Pest, zwischen Gödöllö und Isaszeg zusammenzuziehen und in dieser Stellung den Stoss der Magyaren zu erwarten.

Die am folgenden Tage gelieferte Schlacht bei Gödöllö und Isaszeg ging für Windischgrätz verloren. Gleich am Tage nach der Schlacht bei Isaszeg hielten die ungarischen Heerführer in Anwesenheit Kossuths einen Kriegsrath ab, in welchem als nächste Operation die Entsetzung Komorns beschlossen wurde. Alsbald ward auch an die Ausführung dieses Vorhabens gegangen. Aulich ging mit dem zweiten Corps der ungarischen Armee auf der pester Strasse vor, um Windischgrätz in dem Irrwahn zu erhalten, dass er noch immer die gesammte ungarische Armee vor sich habe. Unterdessen aber marschirten Damjanich und Klapka nach Waizen, um die daselbst aufgestellten österreichischen Streitkräfte zu verdrängen und sich nach Komorn zu wenden. Am 10. nahmen die Magyaren das vom General Götz tapfer vertheidigte Waizen ein, und nun erst beschloss Windischgrätz den überwiegenden Theil seiner Truppen über Gran an das linke Donauufer zu schicken, um dort mit dem neugebildeten österreichischen Reservecorps gegen Görgey vorzugehen. Gleichwohl konnte er sich nicht bezwingen, das nutzlose Scharmützeln vor Pest auf dem Rakosfelde aufzugeben. Darüber versäumte er den rechten Moment, sich mit seinen in Pest concentrirten 16 Brigaden und 210 Geschützen in Gran mit den 4 Brigaden Wohlgemuth's zu vereinigen, um so mit überlegenen Streitkräften Görgey an der Entsetzung Komorns zu verhindern. Die Magyaren kamen ungehindert über die Gran, sammelten sich auf deren rechtem Ufer und griffen nun ihrerseits am 19. April die Oesterreicher bei Nagy Sarlo mit Uebermacht an, Damjanich und Klapka waren siegreich, trieben ihre Gegner bis hinter die Waag und rückten am 22. April in das auf dem linken Donauufer entsetzte Komorn ein.

Als Welden nach Windischgrätz den Oberbefehl übernahm, erkannte er sofort, dass das Hauptobject der Vertheidigung vorläufig nur Wien sein, und deshalb ein Rückzug an die österreichische Gränze angetreten werden müsse, um eine



neue Feldzugsbasis und sichere Hilfsquellen zu gewinnen. Der ungarische Aufstand hatte jetzt die Oberhand; Görgey stand bei Komorn, Bém warf die ihm entgegenstehenden Truppen über die Gränze Siebenbürgens, und der sonst nicht etwa zu glänzend mit Feldherrntalenten ausgestattete Perczel hatte die Trümmer des Corps des General Theodorovich auf das rechte Donauufer gedrängt. Die schwache, unzuverlässige, wenig feldtuchtige magyarische Truppe, die zu Beginn des Feldzuges überall vor den Oesterreichern geflohen, war nunmehr zu einem gewaltigen Heere von 180.000 Mann angeschwollen. Nicht heldenmüthig durchgekämpfte Schlachten hatten die Magyaren zu Herren des Magyarorszáq gemacht, sondern lediglich strategische Schachzüge, geschickte Dispositionen und gut und schnell ausgeführte Märsche.

Als die kaiserlichen Truppen sich an die österreichische Gränze zurückzogen, hielt Kossuth den Moment für geeignet, mit der Unabhängigkeitserklärung des Landes Ungarn hervorzutreten.

Seit dem 14. April 1849 schien demnach Europa einen neuen selbstständigen Staat zu zählen, der, da er sich auf die Hilfe keiner einzigen nur halbwegs legitimen Macht stützen konnte, den Bund mit der europäischen Revolutionspartei eingehen musste. Hierdurch war es ganz von selbst geboten, dass der Kampf nicht länger mehr localisirt bleiben konnte. Sollte die Sache Ungarns, die bisher sich immer noch mit einem pseudo-legitimen Nimbus geschmückt, nun, nachdem sie sich von Oesterreich getrennt, die Maske offen abgeworfen hatte, nicht wie eine eitle Seifenblase vergehen, so musste nothwendigerweise der Kriegsschauplatz ausgedehnt, ja weit über die Landesgränze hinaus verpflanzt werden. Görgey hatte sich in Uebereinstimmung mit der ungarischen Unabhängigkeit erklärt, wenn auch, wie er sich den Anschein gab, mit einigem Widerstreben. Er, der sehr viele Anlage dazu hatte, der Dumouriez der Magyaren zu werden, verwickelte sich jetzt immer mehr in eine dopsinnige Rolle. Daraus, dass Görgey den Banus mit 12.000 Mann von Pest nach dem Süden ruhig abziehen liess, konnte man ihm allerdings keinen Vorwurf machen; denn der Banus ging sehr schwierigen Verhältnissen entgegen. Aber dafür, dass



er, statt vor Ofen nur 8—10.000 Mann zu lassen und dafür mit 30.000 Mann an die österreichische Gränze zu rücken, statt die Belagerung von Ofen mit 30.000 Mann zu beginnen und nur 10.000 Mann zur Verfolgung des Feindes zu entsenden, gibt es keine Entschuldigung. Allerdings währte Görgey mit Ofen sehr schnell fertig werden zu können, ein Irrthum, von dem er sehr bald geheilt werden sollte. Am 3. Mai hatte er sich vor Ofen in Position gesetzt, nachdem er in Raab nur Pöltenberg mit einem einzigen Armeecorps zurückgelassen. Erst am 21. Mai aber brachte ein zweiter Sturm Ofen in die Hand der Magyaren. Gross war der Letzteren Jubel; über Trümmer und Leichen liess man die neue Donaurepublik hoch leben. Wohl hatte man ein tapferes Soldatenstückchen ausgeführt, magyarischer Heldenmuth hatte mit österreichischem Soldatensinn und österreichischer Soldatenopferfreudigkeit glorreich gerungen. Aber ein strategisches Meisterstück war die Einnahme von Ofen nicht gewesen. Ja, man kann wohl sagen, dass Hentzi durch seine standhafte Vertheidigung, die den Ungarn so ungeheure Opfer kostete, der ungarischen Revolution den Todesstoss gegeben hat. Denn während Görgey sich an den Mauern von Ofen den Kopf blutig rannte, fand Oesterreich hinreichende Musse, sich von dem vorangegangenen unglücklichen Feldzuge schnell wieder zu erholen und so grossartige Rüstungen zu betreiben, dass es einer immensen Uebermacht sicher, bald wieder siegesgewiss zur Unterwerfung des empörten Landes schreiten konnte.

Es konnte gewiss als ein Glück für Oesterreich betrachtet werden, dass der italienische Krieg schon im März 1849 endete. Die Kunde von der Niederlage Karl Alberts und seiner Thronentsagung langte gerade zu rechter Zeit in Wien an, um dort Oel auf die in Ungarn erhaltenen Wunden zu giessen.

Jetzt sollten die Schüler Radetzky's zeigen, was sie auf den italienischen Schlachtfeldern gelernt, und die Führung über die neuformirte Armee der schneidigste derselben, nämlich Haynau übernehmen. Der Name Haynau war freilich schon ein ganzes politisch-militärisches Programm; er bedeutete den schonungslosen Krieg bis ans Messer. Doch mit dieser Ernennung allein glaubte das energische Ministerium Schwarzenberg



noch lange nicht Alles gethan zu haben. Car Nikolaus entsprach der Wiener Bitte, „russische Truppen an der Gränze aufzustellen, damit diese im Nothfalle die österreichischen Armeeabtheilungen unterstützen,“ in schier in Wien selbst Aerger-  
niss erregender, gar zu energischer Weise. Statt nämlich blos ein Hilfscorps zu senden, welches der österreichischen Armee ihre Aufgabe erleichtere, schickte der Car eine grosse Armee, deren Zahl zu fixiren er sich nicht herbeilassen wollte. Ebenso wenig aber wollte er von einer Unterordnung derselben unter österreichische Führer wissen. Im Gegentheil ordnete er die Sache so, dass die vom greisen Feldmarschall Paskievič commandirte russische Armee stets concentrirt und auf einer einzigen Linie operirend eben als Hauptheer auftrete, neben welchem die österreichische Armee schon durch ihre geringere Zahl an Bedeutung und Ansehen verlieren sollte. Durch dies massenhafte Auftreten der Russen war die Unterwerfung Ungarns durch Blut und Eisen freilich zuvor, ehe noch die Kanonen wieder donnerten, entschieden. In dem empörten Lande verbreitete sich namenloser Schrecken, als das neue Bündniss bekannt wurde. Endlich aber trat jetzt auch mehr denn je der offene Zwiespalt zwischen Görgey und Kossuth hervor. Begann doch Görgey jetzt in der Armee eine Bewegung zur Wiederherstellung der alten Verfassung einzuleiten. Auch die übrigen Generale und Heerführer der Magyaren geriethen einander immer mehr in die Haare.

Die ungarische Revolution, die durch ihre Siege erst eine so grossartige Staffage erhalten, sinkt gegen ihr Ende in ein Gewirr von Anarchie der Gewalten und gegenseitiger Erbärmlichkeiten herab. Görgey wollte zum unmittelbaren Angriffe auf die Oesterreicher schreiten, setzte auch seine Ansicht durch, versäumte aber wieder die richtige Zeit, wo seine Offensivstösse noch Erfolg hätten haben können. Er hatte den verhängnissvollen Entschluss gefasst, den Hauptangriff auf das linke Donauufer hinüberzuspielen. Hierbei liess er zwei Umstände ausser Acht, erstens das für den Offensivkrieg dort sehr ungünstige Terrain, zweitens den, dass Welden, dessen Plan eines combinirten russisch-österreichischen Angriffes in der Richtung auf Waizen er gekannt, eben nicht mehr commandire, und es daher



fast mit Sicherheit anzunehmen sei, dass dessen Nachfolger Haynau ganz andere Dispositionen treffen würde. Haynau aber gab nicht viel auf die befestigten Positionen an der oberen Waag und behauptete sie lediglich deshalb, um dadurch die Concentrirung seiner Armee am rechten Donauufer besser maskiren zu können. Hätte demnach Görgey auch hier gesiegt, so würde das ihm keinen sonderlichen Vortheil gebracht haben, zu seinem Verderben aber schlugen auch noch alle seine Anstrengungen, das rechte Waagufer zu forciren, gänzlich fehl. Am 16. Juni war ein Theil des zweiten ungarischen Armee-corps unter dem Commando des Obersten Asboth von der grossen Schütt über den Neuhäusler Donauarm bei Aszod vorgeückt, um die Oesterreicher, die man gar gern noch vor den Russen geschlagen hätte, von der Waaglinie zurückzudrängen. Da aber Asboth bei diesem Unternehmen von den mit ihm in Combination zu agiren bestimmten Nagy Sandor und Knezich im Stich gelassen wurde, so wurden die Oesterreicher mit ihm bald fertig. Görgey versuchte dies Manöver unter eigener Führung, vier Tage später mit grösseren Streitkräften, mit demselben Misserfolg. Während aber Görgey an der Waag seinem Starrkopfe 3000 seiner Leute und das Vertrauen seiner Armee auf sich selbst zum nutzlosen Opfer brachte, hatte Haynau die kostbare Zeit dazu benutzt, 60.000 Mann auf dem rechten Donauufer zusammenzuziehen, mit denen er direct auf Raab losging, und dem klugen Rathe Schlick's folgend, sofort die verschanzte Stellung der Magyaren angriff. Die hier von Pöltenberg commandirten 10.000 Mann Ungarn mussten am 28. Juni der österreichischen Uebermacht weichen und sich auf Acs zurückziehen. Hiemit war die Hauptstadt Ungarns schon wieder strategisch verloren. Gleichzeitig mit der glücklichen Offensive der Oesterreicher bei Raab waren auch die Russen in Oberungarn eingefallen und war auch in Siebenbürgen die Offensive ergriffen worden. Nachdem Paskievič bei Dukla mit 80.000 Mann die Karpathen überschritten, hatte er sich schnell Bartfelds, Eperies und Miskolcz bemächtigt und selbst durch ein bei Tokay über die Theiss gesetztes fliegendes Corps, als vorläufigen Schreckschuss, Debreczin besetzt. Bém, der in diesem Feldzuge eine grosse Rolle hatte spielen sollen, da man Sie-



benbürgen für ganz sicher hielt, musste schleunig in dies von den Russen unter Grotenhelm, und Lüders arg bedrohte Land zurückeilen. Ueberdies nahm der antimagyarische Aufstand der Rumänen in Siebenbürgen zu. In dieser Noth legte der alte Dembiński Kossuth einen Plan vor, der wohl der beste war, den man unter solchen Umständen überhaupt entwerfen konnte. „Die Armee solle sich mit Zurücklassung einer starken Garnison in Komorn, an der Theiss und Maros concentriren, das Banat zur Operationsbasis nehmen, und sich auf die isolirten feindlichen Heere werfen, die in jedem einzelnen Falle von einer überlegenen Truppenzahl attackirt werden würden. Sollte aber auch dieser Plan missglücken, so bleibe ja noch immer der Rückzug auf Siebenbürgen offen, oder die Armee dränge auf Fiume, setze nach Venedig über, hebe dort die Blokade auf, ziehe die magyarischen Regimenter Radetzky's an sich, verbinde sich mit den Italienern und — erobere Ungarn zum anderen Male.“ — Kossuth griff mit beiden Händen nach diesem Plane und sandte sofort den Minister Csany und die Generäle Aulich und Kis zu Görgey in das verschanzte Lager von Komorn, um ihn ebenfalls zur Annahme desselben zu bestimmen. Görgey ging hierauf ein, beschloss den Rückzug auf Ofen, verzögerte ihn aber bis zum 3. Juli, an welchem Tage der Angriff Haynau's auf das verschanzte Lager der Ungarn erfolgte, der nach hartem Kampfe damit endete, dass beide Theile — in ihre alten Stellungen zurückkehrten. Das war die Schlacht bei Acs, die obwohl ohne directen Erfolg für die österreichischen Waffen, doch die magyarische Armee schwächte und den Glauben an Görgey immer mehr erschütterte. Görgey wollte jetzt den Kampf an die deutsch-ungarische Gränze verlegen und sich zu diesem Ende mitten durch die österreichische Armee den Pfad öffnen. In dem am 6. Juli in Komorn abgehaltenen Kriegsrathe protestirten vergeblich Klapka und Nagy Sandor heftig hiergegen; Görgey versuchte am 11. Juli noch einmal das Glück der Schlacht bei Komorn, indem er einen allgemeinen Ausfall anordnete, seine Truppen aber so sehr zersplitterte, dass sie, trotz aller Bravour, von Haynau geschlagen wurden. Nun sah sich endlich auch Görgey veranlasst, auf den Abmarsch von Komorn zu denken. Der Rückzug liess sich jetzt nur noch auf dem linken Donauufer



bewerkstelligen, um damit die Verbindung mit den anderen Heerestheilen herzustellen, wenn nicht etwa die schon bis Hatvan vorgedrungenen Russen auch diese Strasse verlegten. An eine Deckung Pest-Ofens war nicht mehr zu denken. — Als Haynau (12. Juli), ohne Widerstand zu finden, Herr von Pest-Ofen wurde, traf er dort keineswegs auf einen gegen Oesterreich sehr feindseligen Geist der Bevölkerung. Indem er gewahrte, dass Görgey endlich von Komorn abziehen wollte, hatte er am 10. Juli zu Paskievič gesagt: „Wenn der Feind versuchen sollte, Waizen auf dem linken Ufer zu erreichen, so werde ich ihm mit dem Grös der Armee folgen.“

Dadurch würde Görgey bald zwischen die Russen und Oesterreicher gekommen und gezwungen gewesen sein, vor der ungeheuren Uebermacht, bei völliger Einschliessung die Waffen zu strecken. Als aber Görgey (13. Juli) wirklich von Komorn abmarschirte, änderte Haynau seinen Plan und rückte über Ofen nach dem Süden zu, was ihm die Russen gewaltig übel nahmen. Die Russen, ärgerlich darüber, dass nicht sie, sondern die Oesterreicher die Schlachten bei Acs und Komorn gewonnen, rächten sich dafür dadurch, dass sie mit den Rebellen heimlich unterhandelten, um Haynau um den Endsieg zu bringen und die Sache doch ganz allein zu vollenden. Haynau verfiel übrigens nicht in den Fehler Windischgrätz's, der Ungarn für unterworfen gehalten nach der Einnahme ihrer Hauptstadt, sondern zog schon nach einigen Tagen weiter, in der Richtung auf Szegedin.

Die Russen waren damit nicht einverstanden, und Paskievič erklärte Haynau, der sich der kombinierten Offensive nicht fügen wollte, dass er ihm seine Mitwirkung versagen müsse. Darüber war Haynau herzensfroh, denn er glaubte nunmehr allen Kriegsrühm allein einheimen zu können, da es schien, als ob die Magyaren alle ihre Kräfte vor jenem Szegedin concentrirt hätten, auf das er mit aller Macht losrückte. Allerdings hatte die ungarische Regierung dort alle nur irgend verfügbaren Kräfte, die 20.000 Mann starke Armee Perczel's, die 18.000 Mann starke Südarkmee Vetter's und endlich noch 5000 Mann zusammengezogen. Diesen 43.000 Mann gab man aber nicht den ganz tüchtigen General Vetter, sondern Dembiński zum Obercommandanten. Dembiński aber debutirte gleich damit, dass er



den vollkommen richtigen Plan Vetter's, den Angriff der Oesterreicher nicht in den unvollendeten Szegediner Schanzen zu erwarten, sondern Haynau anzugreifen, bevor derselbe seine Truppen an sich gezogen, verwarf. Sein zweiter Fehler war, dass er (1. August) Szegedin selbst aufgab und sich auf das linke Ufer nach Szöreg zurückzog. Auch diese Position hätte er aufgegeben, wenn ihm Haynau Zeit dazu gelassen hätte. Dieser war aber schnell wie ein böses Wetter hinter dem Feinde her und brachte Schlick und Ramberg mit Seitencolonnen dem Feinde bei Szöreg in die Flanken. Wäre General Berchtold mit seinem furchtbaren Reitergeschwader seinen Anordnungen ebenso pünktlich nachgekommen wie Schlick und Ramberg, so würden die Magyaren nicht viel Leute von Szöreg heiler Haut wegzuführen gehabt haben. Gleichwohl trug Haynau den Sieg davon, indem er in seiner Fronte à la Napoleon I. 99 Kanonen auffahren und zwei Stunden lang gegen den Feind arbeiten liess, worauf Dembiński den Rückzug antrat. Mittlerweile focht Bém in Siebenbürgen trotz seiner ans Unglaubliche streifenden Beweglichkeit, im Ganzen doch gegen die ihn erdrückende Uebermacht unglücklich und sah sich schliesslich genöthigt, in das Banat zu retiriren. Besser war es Görgey ergangen, dem es glückte, sich allen russischen Umgehungsmanoeuvren zu entziehen, und der sich über Grosswardein, wohin sich die ungarische Nationalregierung geflüchtet, Arad näherte. Von Nyiregyháza aus brach er am 30. Juli mit seiner Hauptmacht nach Grosswardein auf, während er Nagy Sandor mit dem ersten Armeecorps nach Debreczin dirigierte, wohin derselbe auch glücklich gelangte, da aber einen unglücklichen Kampf mit dreifacher russischer Uebermacht aufnahm, was bewirkte, dass er am 5. August nur mit der Hälfte seines Corps wieder zu Görgey in Grosswardein stiess. Hier erfuhr er auch das miserable Debut des Dembiński'schen Feldzuges und nun litt es ihn vollends nicht länger mehr bei seinem Rückzugsschachspiel mit den Russen. Er eilte sogar seinem Heere voraus nach Arad, wo er an dem verhängnissvollen 9. August eintraf, an welchem Tage Haynau mit einem einzigen furchtbaren Schlage die ungarische Hauptarmee bei Temesvár vom Kriegsschauplatze verschwinden machte. — In Arad traf die Hiobspost von Te-



mesvár gleichzeitig mit der Meldung Nagy Sandor's ein, dass er bei Saagh, am linken Ufer der Maros, auf einen überlegenen Feind, nämlich auf Schlick's Vortrab, gestossen sei. Jetzt sank auch Kossuth der Muth, obwohl er noch alsbald einen Minister- und Kriegsath einberief, um über die nöthigen Sicherheitsmassregeln zu berathen. Er bot Görgey zuerst den Oberbefehl über alle Truppen mit unbedingter Vollmacht, den Frieden abzuschliessen an und dankte, als dieser auch darauf nicht einging, zu Gunsten desselben dann gänzlich ab. Nun begann die kurze Dictatur Görgey's. Die strategische Möglichkeit war für ihn auch jetzt noch vorhanden, sich entweder nach Siebenbürgen oder nach Komorn durchzuschlagen, um da oder dort den Krieg bis zur gänzlichen Verblutung fortzusetzen. Auf einen nachhaltigen Sieg, auf ein Wiederaufflammen der Revolution konnte er aber schwerlich rechnen. Wenn daher Görgey einsah, dass er kapituliren, dass er in einer möglichst ehrenvollen und vortheilhaften Weise den Krieg für sein Land beenden müsse, so war es dagegen um so mehr seine Pflicht, jede persönliche Rancune hierbei aus dem Spiele zu lassen. Musste Ungarns Unabhängigkeit fallen, so hätte er doch darauf halten sollen, dass Oesterreich nicht noch von dem unterliegenden Ungarn gleichsam durch einen giftigen Skorpionstich gereizt werde. Er musste sein Vaterland der Gnade seines Monarchen, nicht aber jenem General Paskievič überliefern, damit derselbe die stolzen Worte an seinen Herrn richten könne: „Ungarn liegt zu des Caren Füßen.“

Dass selbst Haynau ganz anders gegen die Magyaren aufgetreten sein dürfte, wenn sie Oesterreich nicht die letzte Beleidigung zugefügt haben würden, beweist wohl mit ziemlicher Sicherheit die später von Klapka mit ihm abgeschlossene Capitulation von Komorn (27. September 1849), die so auffallend günstige und wahrhaft humane Bedingungen für die Unterworfenen enthielt. Wollte sich Görgey zudem einmal den Russen unterwerfen, so war es unklug von ihm, dies erst dann zu thun, als nach der Schlacht bei Temesvár die Sache der Magyaren so arg bestellt war, dass auf günstige Bedingungen nicht wohl mehr gehofft werden konnte. Am 11. August entschied er sich mit seinem Kriegsath für die unbedingte Unterwerfung



unter die Russen und zog ihnen dann nach Villágos entgegen. Alles der Grossmuth des Siegers überlassend, bat er weder für sich, noch für seine Genossen um Gnade. Ihm rettete daher wohl ein Zug besonderer, durch die von ihm Oesterreich angethane Kränkung begreiflicher Sympathie bei den Russen das Leben. Officiere und Mannschaft aber lieferten dieselben dann grossmüthig zur Bestrafung an den im Bestrafen nie sonderlich säumigen Haynau aus. —

Die wahrhaft perpendiculare Gewalt, mit der sich dieser ungarische Krieg in der neuesten Geschichte Oesterreichs geltend machte und bis in unsere Tage nachvibrierte, zwang uns zu seiner ausführlicheren Darstellung. Hatte doch Kaiser Franz Joseph sich selbst mit nach Ungarn begeben und unter eigener Lebensgefahr heldenmüthig bei der Erstürmung von Raab mitgewirkt. Auch den Einmarsch der Russen hatte Se. Majestät in Person durch eine Zusammenkunft mit Car Nikolaus in Warschau vorbereitet.

Nach der Niederwerfung der Magyaren waren aber nicht nur diese von dumpfem Grolle erfüllt, sondern auch die Slaven des Gebietes der St. Stephanskronen mit der durch die octroyirte Verfassung bezweckten Neugestaltung Oesterreichs, die ihnen zu centralistisch erschien, nicht zufrieden. Hatte doch schon, als Kossuth noch von Debreczin aus den früher den Magyaren so verhassten Stratimirović zum Wojwoden ernannt hatte, ein südslavisches Blatt die thörichte Drohung ausgestossen: „Kaiser, jetzt können, jetzt dürfen wir Dir die Integrität Deines Reiches nicht mehr verbürgen.“ Wie in Prag, so auch in Ungarn compromittirten die Radicalen das Slaventhum selbst und zwangen die Regierung gewissermassen dazu, eine Nationalität nach der anderen wieder in die früheren Schranken zurückzuweisen, um so mehr, als in einer Zeit, wo über die Hälfte des Reichs unter dem Drucke des Belagerungszustandes gehalten werden musste, das „mächtige Bindemittel der Freiheit“ zur allgemeinen Versöhnung Aller mit Allen nicht wohl in Betracht genommen werden konnte. Es war dies ein beklagenswerthes Verhängniss, das die Völker wie den Staat selbst schweren Prüfungen entgegenführen musste.



Schon am 29. Juli 1849 war nach dem Austritt Stadions eine Reconstruction des Cabinets eingetreten, indem Bach definitiv das Innere, Schmerling die Justiz und Graf Leo Thun das Departement des Cultus und Unterrichts übernahmen. Also Leo Thun neben Schmerling!

Die Hauptthaten dieses Ministeriums im Innern waren die Einführung einer neuen Gerichtsverfassung, in der das Princip der Trennung der Justiz und Verwaltung, sowie vollständige Beseitigung der Patrimonialjurisdiction und Anklageprincip vorwalteten. Ebenso ward zur Organisirung neuer politischer Behörden geschritten, durch welche Statthalter mit Statthalterei-, Kreispräsidenten mit Kreis- und Bezirkshauptleute mit Bezirksräthen eingeführt wurden. Hochwichtig aber war, dass die Grundentlastung energisch durchgeführt wurde. Die ehemalige Landesverfassung Ungarns dagegen ward durch die Revolution selbst beseitigt erklärt. Eine dankenswerthe Einrichtung, speciell der Initiative des Kaisers entsprungen, war die Veröffentlichung der Ministerialvorträge, auf welche sich die kaiserlichen Entschliessungen stützten. Schmerling trat übrigens, ebenso wie Bruck, auf den Wunsch Schwarzenberg's zu Neujahr 1851 aus diesem Ministerium aus.

Dass Fürst Schwarzenberg kein gar zu grosser Mann des Fortschritts, ja, dass er sogar weit entfernt war, ein „conservativer Reformter“ wie Stadion zu sein, ist so gewiss, wie dass sich der Plebejer Bach immer nur bemühte, sein gehorsamer Diener zu sein, und dass Graf Leo Thun weit mehr an den Himmel, als an den Föderalismus dachte. Allein die octroyirte Verfassung wäre von diesem Ministerium mit Bewilligung des Kaisers gleichwohl nie zurückgezogen worden, wenn die Mehrheit der Völker sich nicht selbst laut gegen dieselbe erklärt hätte.

Noch ehe das Jahr der Verfassungsverleihung zu Ende ging, hatte Palacký im Namen der böhmischen Nation seinen alten Mahnruf wiederholt: „Nur die Föderativ-Verfassung kann Oesterreich den Frieden geben.“ Die Kroaten und Serben hatten gleich Anfangs gegen diese Verfassung protestirt, und auch die Romanen Siebenbürgens hatten zahlreiche Petitionen, Beschwerden, Verwahrungen und Aufklärungen an die Regierung



gerichtet, welche gegen den Inhalt der Märzverfassung gerichtet waren. Am allerentschiedensten aber lehnten sich mit Zähigkeit und Leidenschaft die ungarischen Altconservativen gegen die Constitution vom 4. März auf. Das entschied.

Am 20. August 1851 erschienen drei kaiserliche Handschreiben von einschneidender Bedeutung. Das erste an den Fürsten Schwarzenberg gerichtet, hob die Verantwortlichkeit der Minister auf. Das zweite Handschreiben theilte dem Baron Kübeck diese Ordonnanz über die veränderte Stellung des Ministeriums mit und knüpfte hieran diejenigen Modificationen, die sich daraus für das Statut des Reichsraths ergaben. Derselbe habe sich fortan nur als Rath des Kaisers und der Krone anzusehen. Demgemäss habe das Ministerium alle Gesetze und Verordnungsentwürfe nie mehr an den Reichsrath, sondern stets an den Monarchen direct zu richten, der sich dann vorbehalten, jene Körperschaft um ihr Gutachten zu befragen, eventuell zu Erörterungen unter dem Vorsitze ihres Präsidenten oder Sr. Majestät zu veranlassen.“ Das dritte Handschreiben endlich forderte den Fürsten Schwarzenberg auf, „Vorschläge zu machen, wie die als nothwendig und dringend erkannte Frage über den Bestand und die Vollziehung der Märzverfassung in reife und eindringliche Erwägung zu ziehen sei.“

Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Märzverfassung rief aber schliesslich am 31. December 1851 wieder drei Allerhöchste Handschreiben hervor, welche die Aufhebung dieser Constitution und des Gesetzes über die Grundrechte verfügten, die Schwurgerichte beseitigten, die Gemeindeverfassung umgestalteten und an die Stelle der Provinzialstände berathende Ausschüsse aus dem Erbadel und den Grundbesitzern setzten. Gerettet waren aus der Constitution nur die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, die Aufhebung des Hörigkeits- und Unterthänigkeitsverbandes, und die Freiheit der Religionsübung der anerkannten Religionsgenossenschaften. Am Abend nach der Veröffentlichung dieser Allerhöchsten Handschreiben illuminirte Wien.

Am 5. April darauf starb der Ministerpräsident Schwarzenberg, und erhielt als Nachfolger für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten den Grafen Buol-Schauenstein.



Auch auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten war während dieser Periode eine rege Thätigkeit entfaltet worden. Die Politik des jungen Kaisers und seiner Rathgeber vermochte sich freilich erst nach der Unterwerfung Ungarns und Italiens vollkräftig zu entwickeln. Der preussische Versuch, aus den deutschen Staaten ohne Oesterreich einen Bundesstaat mit Preussen an der Spitze zu gründen, ward paralysirt, das Bündniss Preussens mit den kleineren Staaten gesprengt, der Bundestag wieder hergestellt und durch die Execution in Hessen und Holstein, die Preussen einen schweren moralischen Schlag beibrachte, der Einfluss der österreichischen Politik neugegründet, nachdem der Kaiser erst selbst in Bregenz die süddeutschen Fürsten im October 1850 um sich versammelt hatte. Die Verabredung zu Olmütz (29. November) zeigte damals die preussische Politik so schwach, dass sie selbst um eine österreichische Intervention in Preussen für den Fall bat, dass sich die Landwehrmänner nicht gutwillig würden entwaffnen und wieder nach Hause schicken lassen.

Ein noch selbstständigeres Wirken des Kaisers begann mit dem Tode Felix Schwarzenberg's. Der junge Monarch entwickelte eine wahrhaft unermüdliche Thätigkeit und war besonders darauf bedacht, sein Reich aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Es war von ihm bekannt, dass er ebenso fleissig im Bureau arbeite, wie eifrig an den Sitzungen des Ministerrathes theilnehme. Mit ganz besonderem Interesse lag ihm die Förderung des Verkehrs und Handels am Herzen, ein Gebiet, auf dem eine ungemeine Regsamkeit entwickelt wurde. Dahin gehörten die Anordnung grossartiger Strassenbauten, die Weiterführung des Eisenbahnbaues nach Triest, die Erwerbung der krakau-oberschlesischen Bahn für Staatsrechnung, die Erleichterung der Flussschifffahrt durch Auflösung der Elbzölle in Böhmen und der Donauzölle, die Regulirung des Strombettes der Theiss, die Eröffnung neuer Postkurse, die Postverträge mit Deutschland und der Schweiz, sowie 1851 mit Modena, Parma, Toskana und Griechenland, und die Einführung der Handels- und Gewerbekammern.

Aus dieser Zeit schildert uns ein Memoirenwerk die Person des Kaisers in einer sehr charakteristischen Scene, wie folgt:



„Es war im Frühling 1851, als Car Nikolaus sich zum Besuch in Wien befand. Ich ging an einem Sonntag mit einer Dame Nachmittags in den Prater, in dem Hoch und Niedrig auf- und abwogte. Es wurden die beiden Kaiser erwartet. Eben im Begriffe, die Praterallee zu betreten, sah ich einen absteigenden Reiter; ich knüpfte mit ihm ein Gespräch an und war bei dieser Gelegenheit Zeuge folgender Scene am Eingange des Praters: Ein russischer Adjutant sprengte die Reitallee herab; in demselben Momente bog von der Stadt her in die Fahrallee das Sechsgespann der Erzherzogin Sofie herein, die zur Linken der Kaiserin von Russland sass. Plötzlich bäumte sich das Ross des herabspringenden russischen Adjutanten, warf den Reiter ab und raste nun im gestreckten Galopp auf uns los. Wir drückten uns erschrocken an die Wand der in der Nähe befindlichen Manege; Damen und Kinder kreischten hell auf, als das Ross vorbeisauste. In demselben Augenblicke stiess das rasende Thier mit einem ruhig aus der Stadt kommenden Araber so unversehens und wuchtig zusammen, dass durch den Stoss auch der schwerste Kürassier hätte entsattelt werden müssen. Doch auf dem Araber sass kein Kürassier, sondern ein leichter, ungarischer Husar, der fest sass und blitzschnell das fremde Ross beim Zaume ergriffen hatte und es so gewaltig und energisch mit dem seinen zur Seite riss, dass das wilde Pferd wie Espenlaub zitterte. Minutenlang herrschte Todtenstille — sogar die Wagen hielten an, denn allenthalben hatte man den ritterlichen Kaiser Franz Joseph erkannt, während im nächsten Augenblick ein endloser Jubel den Sieger begrüßte.“

Im Juni 1852 begab sich der Kaiser nach Ungarn, wo er bis Mitte August verweilte und als gutes Andenken die Einstellung der Kriegsgerichte sowie zahlreiche Begnadigungen zurückliess. Durch Patent vom 31. Juli ward das Institut der seit 1808 bestehenden Landwehr aufgehoben, für Tyrol und Vorarlberg jedoch das bisherige Landesvertheidigungssystem belassen. Der Stand der Finanzen machte ein neues Anlehen von 38 Millionen Gulden nöthig. Wichtig war auch der in Folge des Besuchs des Kaisers in Berlin erzielte Abschluss des deutsch-österreichischen Handelsbündnisses.



Das Jahr 1853 debutirte mit einem Aufstandsversuch in Mailand (6. Februar), der energisch unterdrückt wurde. Zwölf Tage später (am 18. Feber) schwebte eine grosse Gefahr über dem Leben des Monarchen selbst, auf den, auf der Bastei in Wien von dem Magyaren Libenyi ein äusserst verwegener Mordanfall gemacht wurde. Der Kaiser ward von dem Attentäter mit einem Dolchmesser am Halse verwundet, und seine Rettung geschah auf fast wunderbare Art.

In demselben Monate liess der Kaiser zur Geltendmachung einiger begründeter Forderungen an die Türkei und anderseits auch wohl aus Sympathie für das heldenmüthig in einem wahren Verzweiflungskampf seine Unabhängigkeit vertheidigende Montenegro ein starkes Beobachtungscorps an der türkischen Gränze aufstellen, was eine sehr gute Wirkung hatte. Als Russland aber ernstere Verwicklungen herbeizuführen trachtete, übernahm Oesterreich die Vermittlung im Geiste einer strikten Neutralität, der auch durch die persönlichen Zusammenkünfte des Kaisers mit dem Caren am 24. September im Lager von Olmütz und am 2. October in Warschau keine Aenderung erfuhr.

Am 1. September ward der Belagerungszustand von Wien, Prag und den böhmischen Festungen aufgehoben und jener im lombardo-venetianischen Königreiche wesentlich gemildert, eine Massregel, die abermals von zahlreichen Amnestirungen begleitet war.

Am 23. Feber 1854 ward ein Uebereinkommen mit der Nationalbank getroffen, wonach letztere das gesammte, mit Zwangscours umlaufende Papiergeld gegen Banknoten übernahm. Am 3. März wurde durch kaiserliche Entschliessung ein Staatsanlehen von 50 Millionen Gulden in 4<sup>0</sup>/<sub>10</sub> Staatsschuldverschreibungen eröffnet, danach aber durch Patent vom 26. Juli ein freiwilliges Anlehen von bis 500 Millionen Gulden ausgeschrieben wodurch die Landeswährung auf Münzwährung zurückgeführt werden sollte. In fast weniger als einem Monate wurde in der Monarchie selbst die Summe von 500 Millionen gezeichnet. Auch der Jahresschluss wurde durch eine finanzielle Massregel bezeichnet, indem die Regierung einer österreichisch-französischen Kapitalisten-Gesellschaft auf 90 Jahre die Verwaltung der



Staatsbahnen und einige bedeutende Kohlenlager und Eisenwerke für immer gegen Zahlung von 200 Millionen Francs in Gold und Silber abtrat. Die beunruhigende europäische Gesamtlage liess damals diese ausserordentlichen finanziellen Vorkehrungen nothwendig erscheinen.

Die Regierung fühlte sich stark genug, am 20. April den Kriegszustand in den ungarischen, am 1. Mai in den italienischen Ländern, ebenso in Galizien und endlich am 15. December auch in Siebenbürgen aufzuheben.

Während so sich die Ruhe im Innern immer mehr und mehr befestigte, ward auf dem Gebiete der äusseren Politik eine grosse Rührigkeit entfaltet. Nach der Unterzeichnung des Wiener Conferenzprotokolls vom 5. December 1853 und der Ablehnung der darin festgestellten Punkte von Seiten Russlands, folgte dann am 20. April 1854 der Abschluss eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Preussen, welchem auch der deutsche Bund beitrug, hierauf der Vertrag mit der Pforte vom 14. Juni wegen der Besetzung der Donaufürstenthümer, dann die Verhandlungen mit Russland wegen Zurückziehung der russischen Truppen aus diesen Gebieten und endlich am 2. December der Allianzvertrag mit Frankreich und England.

Der sogenannte Krimkrieg war in vollem Ausbruch, und Oesterreich, das während aller dieser Unterhandlungen in grossartigem Styl gerüstet hatte, — es stellte ein Heer von 700.000 Mann — besetzte bereits am 18. December die Donaufürstenthümer. Das rechte Schlachtfeld wäre damals für die verbündeten französisch-englisch-türkischen Heere die Donau und sodann der Pruth gewesen. Von dort aus würde der Krieg ein wirklicher Krieg gewesen sein und die Diplomatie beherrscht haben, statt dass, wie es in Wahrheit der Fall war, die Diplomatie die Kriegführung beschulmeisterte und ihr ihre besondere Richtung anwies. Oesterreich spielte damals eine sehr einflussreiche Rolle. Es hatte allerdings zu jener Zeit wohl Gründe mannigfacher Art, die verbündeten Heere von seinem Herzen möglichst fern zu halten. Zu diesem Zwecke schloss es unter den Augen des französischen Marschalls St. Arnaud, seinen Vertrag mit der Pforte ab, wodurch es in die Lage kam, zur Türkei zu sprechen: „Ich schütze Dich,“ zu den Westmächten: „Ich bin mit Euch und zwinge



die Russen über den Pruth zurückzugehen,“ endlich zu Russland: „Ich bin nur zum Schein feindlich gegen Dich, Du kannst jetzt ruhig daran gehen, Odessa und Sebastopol zu vertheidigen und den Verbündeten eine kleine Lection zu geben.“ Oesterreich kann sich allerdings rühmen, jenen Krieg auf der Krim localisirt zu haben, denn, nachdem es die Verbündeten dahin brachte, von einem Einfall in Bessarabien und einer Insurgirung Polens abzustehen, blieb denselben gar nichts anderes übrig, als Alles an die Eroberung von Sebastopol zu setzen, um wenigstens dem russischen Koloss einen Schlag am Schwarzen Meere zuzufügen.

Am 24. April 1854 feierte der Kaiser seine Vermählung mit der Prinzessin Elisabeth von Bayern. Umfassende Gnaden-erweisungen begleiteten, in den Völkern des Reiches neue Hoffnungen weckend, diesen wichtigen Act. Um diese Zeit wurde ein Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Belgien, sowie Postverträge mit Sardinien und Russland und ein Telegraphenvertrag mit Sardinien abgeschlossen; auch ward am 17. Juli die Eisenbahn von Glognitz bis Mürzzuschlag über den Semmering eröffnet.

Im Jahre 1855. wurden von Wien aus grosse Anstrengungen gemacht, den Frieden zwischen Russland und den Westmächten herbeizuführen. Schon am 15. März wurden in Wien Friedens-Conferenzen eröffnet, die indess ohne Erfolg blieben. Neue, von Oesterreich ausgehende Vermittelungsvorschläge wurden ebenfalls von England und Frankreich ungünstig aufgenommen. Dies bewog Oesterreich, nun seinerseits abzurüsten. Nur das Occupationscorps in den Donaufürstenthümern blieb in voller Kriegsstärke.

Im Innern des Staates ward rüstig an einem günstigen Umschwung in den Finanzverhältnissen gearbeitet, seitdem Bruck das Finanzministerium übernommen und eine neue Finanzpolitik inaugurirt hatte, deren Ziel die Beseitigung des Deficits war. Am 21. October ward das Statut der Bank durch Annexion einer Hypothekenbank zur Hebung und Erleichterung des landwirthschaftlichen Betriebes erweitert. Ausserdem wurde auch ein allgemeines Creditinstitut für Handel und Gewerbe nach Art des „Crédit mobilier“ in Paris gegründet. In der Armee wurde die Publikation eines neuen mildereren Militärstrafgesetzes



mit Dankbarkeit angenommen. Am 23. November ward das mit dem päpstlichen Stuhl abgeschlossene Concordat publicirt, nach welchem die katholische Religion in allen Königreichen und Ländern mit sämmtlichen Rechten und Prärogativen, welche ihr die Canones gewähren, aufrechterhalten und geschützt werden sollte. Auch die evangelische Kirche erfreute sich der Aufmerksamkeit der Regierung. In Siebenbürgen wurde derselben ein Statut zugesichert, welches ihr Selbstverwaltung und die freie Wahl der Vertreter ihrer Angelegenheiten gewähren sollte, und evangelische Geistliche und Schulmänner Ungarns waren als Vertrauensmänner vom 17. Mai an in Wien versammelt, um unter dem Vorsitze des Cultusministers die Vorberathung einer Gesetzvorlage zur Regelung der kirchlichen Verhältnisse der Evangelischen in Ungarn zu pflegen. Schon im Juli erschien ein kaiserlicher Erlass, wonach zunächst die Oberaufsicht über evangelische Privatschulen den katholischen Geistlichen entzogen und den evangelischen übertragen ward. Ein kaiserlicher Erlass vom 29. September stellte auch die Grundbestimmungen über die Einrichtung der rechts- und staatswirthschaftlichen Studien fest.

Die am 5. März erfolgte Entbindung der jungen Kaiserin von einer Prinzessin gab dem Kaiser, der immer so gern verzieh, abermals Anlass zu Ertheilung einer Amnestie.

Ueber besondere Anregung des Monarchen musste die Regierung jetzt auch ein grösseres Augenmerk auf Wasserbauten, Flussregulirungen und Eisenbahnbau richten. Ebenso kam auch ein directer Telegraphenverkehr zwischen Oesterreich und Russland zu Stande.

Das Jahr 1856 brachte den Pariser Frieden, nachdem Cavour in den Pariser Conferenzen erst seinen „italienischen Schmerzensschrei“ gegen Oesterreich ausgestossen hatte, den Napoleon III. nur zu gern hörte und wahrscheinlich schon damals sein Spiel danach einrichtete. An demselben Tage, wo Kaiser Franz Joseph I. den Pariser Frieden unterzeichnete, fand zwar auch der Abschluss eines Sonderbündnisses zwischen Oesterreich, Frankreich und Grossbritannien im Interesse der Unabhängigkeit der Türkei statt, aber weder die französische, noch die englische Politik meinte es ehrlich mit Oesterreich. Andererseits



suchte Russland natürlich die Ausführung der Friedensbedingungen zu verzögern, was wieder der österr. Regierung Anlass zur Fortdauer der Besetzung der Donaufürstenthümer gab. Von Turin aus aber schürte man die Unzufriedenheit in ganz Italien. Vergeblich warnte man von Wien aus den neapolitanischen Hof, den sardischen Umtrieben durch verkehrtes Walten nicht selber einen günstigen Boden zu schaffen.

Auch die zweite Entbindung der Kaiserin von einer Erzherzogin war von einer umfassenden Amnestie gefolgt. Auch für das lombardisch-venetianische Königreich ward bald darauf am 25. Januar 1857 eine allgemeine Amnestie verkündet, nachdem das Kaiserpaar seit November 1856 die Lombardei bereist. Von denselben Spuren kaiserlicher Milde war eine im Mai folgende Reise nach Ungarn begleitet. Im October begab sich hierauf der Kaiser nach Weimar, wo eine Zusammenkunft mit dem Caren stattfand, die eine Ausgleichung des seit dem Orientkrieg fortwährend gespannten Verhältnisses zwischen Oesterreich und Russland anbahnen sollte. Fortwährende Sorgen aber bereitete der Zustand der Finanzen, die bei jedem Rechnungsabschluss ein Deficit ergaben, dessen Deckung durch neue Anleihen bewirkt werden musste. Eine Heeresreduction, sowie die mit 1. Januar 1858 in Kraft tretende Einführung des Zeitungsstempels sollten diesem Uebel abhelfen, doch die Wurzeln desselben lagen zu tief und schon auch zogen neue Ungewitter von Süden und Westen gegen den Staat heran. Schon in Sachen der Donaufürstenthümer hatte Frankreich eine Oesterreich antipathische Auffassung bewiesen. Mittlerweile aber hatte Cavour in Plombières ein heimliches Bündniss Sardiniens mit Frankreich zu Stande gebracht.

Die Haltung Oesterreichs im Krimkriege hatte bei Napoleon III. einen tiefen Groll zurückgelassen, der ihn den Plänen Cavour's sehr zugänglich machte und durch die kleine Erinnerung Orsini's dann nur noch den letzten Anstoss zu jener Explosion erhielt, die sich zuerst in der berühmten Neujaarsrede an den österreichischen Gesandten, Herrn v. Hübner, ankündigte. Nach dieser eigenthümlichen Neujaarsgratulation wusste man in Wien wie in Italien, was die Glocke geschlagen hatte. Die Mailänder jubelten bei Opernaufführungen über das Wörtchen:



„guerra“, und die österreichische Regierung fand sich bemüssigt, Truppen über Truppen nach Italien zu schicken und in grossartigem Massstabe zu unvermeidlichen Kriegsrüstungen zu schreiten. Bis Ende April waren von Seiten Oesterreichs 7 Armeecorps in das Lombardovenetianische geworfen, wovon freilich mindestens 60.000 Mann für Besatzungen abgingen, so dass etwa 180—200.000 für die Feldoperationen übrig blieben. Sobald kein Zweifel mehr darüber existirte, dass Frankreich mit Piemont im Verein gegen Oesterreich Krieg führen wollte, musste Letzterem Alles daran liegen, sich Piemont's und womöglich aller Alpenpässe zu versichern, bevor die Franzosen ihren Schützlingen zu Hilfe kommen, resp. sich mit ihnen vereint concentriren konnten.

In der That schien es auch, als ob Gyulay diese Aufgabe vollkommen begriffe, indem er am 29. April seine ersten Truppen über den Tessin in den piemontesischen Theil des Mailändischen einrücken liess. Seine Hauptcolonnen gingen bei Pavia, Bereguardo und Vigevano über den Fluss, eine Seiten-colonne avancirte unweit des Lago maggiore, und eine nicht sehr starke Nebencolonne drang von Piacenza aus in die südwärts des Po liegenden Landschaften. Die piemontesische Armee hätte einem unverzüglich energischen Vorgehen der Oesterreicher keinen ernstesten Widerstand entgegensetzen können, sie harrete mit Sorge der Ankunft der französischen Armee, die sich seit dem 25. April über Genua und Culoz nach Italien bewegte, um, wenn sie sich mit den sardinischen Streitkräften vereinigt, eine Gesamtmacht von 248.000 Mann zu bilden. Erst am 12. Mai landete Napoleon in Genua und erliess an demselben Tage einen Tagesbefehl an seine Armee, in dem er versprach, „Italien bis zum adriatischen Meere frei zu machen.“ Die Piemontesen hatten ihre Hauptmacht anfänglich bei Alessandria aufgestellt und von da aus Posten an das rechte Ufer des Tessin und südlich des Po bis an die parmesanische Gränze vorgeschoben. Ihr linker Flügel nahm eine Stellung, die Linie der Dora baltea entlang, zur Deckung Turins ein.

Es war ganz begründet gewesen, dass Oesterreich das Schwert früher zog, ehe die Verbündeten ihre Vorbereitungen vollendet hatten. Statt aber dem ersten Angriff ein energisches



Vordringen folgen zu lassen, wie dies im Plane des Kaisers gelegen und sicher zum Siege geführt haben würde, machte das österreichische Heer, eine Folge europäischen Diplomaten-Intriguenspiels, bei dem England die Karten sauber für Napoleon III. mischte und Preussen zu sehr an Olmütz dachte, neuen Verhandlungen wegen Berufung eines europäischen Congresses zu Liebe, Halt. Hiedurch gewannen die feindlichen Streitkräfte Zeit, sich zu concentriren. Während Gyulay eine zuwartende Stellung zwischen Sesia, Tessin und Po in aller Ruhe einnahm, erfuhr er bis zum 15. Mai, dass sich die Verbündeten zu einer grossen Bewegung auf dem rechten Ufer des Po anzuschicken schienen. Da fasste er den Plan, die Stellung zwischen Sesia und Tessin zu verlassen und über die auf Piacenza vorgehenden Feinde herzufallen. Er schwächte demnach durch bedeutenden Abschub seinen rechten Flügel und dirigierte dann seinen sehr verstärkten linken Flügel gegen den Tessin und Pavia hin, um mit demselben einen Keulenschlag gegen den Feind zu führen. Erst aber wollte er sich doch noch durch eine „grosse Recognoscirung“ die volle Gewissheit verschaffen, ob die Alliirten denn auch wirklich am rechten Ufer des Po vorgingen. Dies gab Anlass zu dem von Urban und Stadion gegen Forey gelieferten Treffen bei Montebello, in welchem die Oesterreicher anfänglich bis Genestrello vordrangen, dann aber in Folge von Truppenverzettlung wieder bis nach Casteggio sich zurückziehen mussten. Der Tag von Montebello war keine Niederlage, aber er war ein böses Vorzeichen. Das Treffen traf die Franzosen, als sie ihre Vorbereitungen noch nicht vollendet hatten. Hätten die Oesterreicher nur von Casteggio aus wieder eine kräftige Initiative ergriffen! Aber Gyulay sandte der vorgenommenen „Recognoscirung“ keinen Hauptschlag nach. Dagegen concentrirte Napoleon III. nach diesem Gefechte die gesamte französische Armee um Alessandria, einerseits an der Strasse von Piacenza, andererseits am Po.

Die Piemontesen erhielten die Ueberwachung des Po, oberhalb Valenza und der Sesia, zugewiesen. An diesem letzteren Flusse ging es nun vom 21. Mai an ziemlich unruhig zu. Auch Garibaldi rührte sich jetzt, indem er mit seinen Alpen-



jägern das Gebirge entlang zog, bis er auf einmal in der Lombardei stand. Dies mag wohl Gyulay veranlasst haben, in seine Stellung am linken Ufer des Po, zwischen diesem und der Sesia zurückzugehen, um sie zu behaupten. Napoleon III. dachte nunmehr ernsthaft an eine Offensive im Grossen. Während er die Piemontesen und eine französische Abtheilung in der österreichischen Front an der Sesia demonstrieren liess, schwenkte er mit der französischen Hauptmacht links ab über Casale nach Vercelli auf Novara. Die alliirte Armee war nun in zwei Haufen getheilt, in den „rechten Flügel“ unterhalb Vercelli, und in den linken bei Novara. Schon am 28. Mai hatte der Linksabmarsch begonnen. Am 30. Mai stand ein grosser Theil der piemontesischen Armee auf dem linken Ufer der Sesia, wo sie einen allgemeinen Angriff auf den äussersten rechten Flügel der Oesterreicher, welcher Casalino, Confienza, Vinzaglio und Palestro besetzt hielt, machen sollten. Es kam hier zum Gefecht bei Palestro, das für die Oesterreicher einen ungünstigen Ausgang nahm, weil sie in zu weiter Ausdehnung fochten. Mittlerweile hatte sich die Armee der Verbündeten um Novara herum ziemlich concentrirt. Erst am 1. Juni aber erfuhr Zobel, dass beträchtliche Massen von Franzosen sich nach Novara bewegten. Er gab Gyulay in Mortara Nachricht von dem Vorgefallenen und bat ihn, ihm das ganze 2. und 3. Armeecorps, sowie sein eigenes, das 7., zu einem Angriff auf den Feind bei Novara zur Disposition zu stellen. Ueberdies hoffte er bei einem solchen Unternehmen auch dem 1. Armeecorps des Clam-Gallas die Hand reichen zu können. Gyulay aber wollte von diesem sehr vernünftigen Vorschlag, der bei seiner schleunigen Ausführung die Alliirten, die noch immer nicht bei Novara über zu grosse Streitkräfte verfügten, überrascht und durchbrochen haben würde, nichts wissen. Ihm handelte es sich jetzt nur noch darum, direct Mailand zu decken, und um sich als Querbalken vor dasselbe zu legen, trat er den Rückzug an das linke Ufer des Tessin an. Napoleon III. musste, wenn er den Oesterreichern Mailand abringen wollte, jetzt ebenfalls über den Tessin gehen. Er setzte sich auch schon am 3. Juni in Besitz zweier wichtiger Debouchers über diesen Fluss, und beschloss



am 4. mit der ganzen Armee über den Tessin zu gehen, wobei nunmehr eine Schlacht am linken Ufer gegen die auf der Mailänder Strasse postirte österreichische Armee unvermeidlich wurde. Diese Schlacht war dann die Schlacht bei Magenta. Am 4. Juni, dem Schlachttage, standen 64.000 Franzosen ungefähr ebenso viel Oesterreichern gegenüber. Am folgenden Tage aber würde Gyulay, wenn die Schlacht fortgesetzt worden wäre, wahrscheinlich über 110.000 Mann verfügt haben, während Napoleon III. nur etwa 96.000 Mann Franzosen direct zur Hand gehabt haben dürfte. Die Oesterreicher nahmen aber am 4. eine solche Stellung ein, dass sie über 40.000 Mann freiwillig, durch ihre passive Postirung zur Defensive verdammten, während ihnen kaum 25.000 Mann zu einem Offensivstoss, resp. zur Unterstützung der Vertheidigung übrig blieben. Die Franzosen dagegen verwandten ihre gesammten Streitkräfte auf den Angriff und erlangten dadurch die Oberhand. Jene Schlacht, in der Napoleon III. fast gefangen genommen worden wäre, war blutig, aber sie war noch immer keine eigentliche Niederlage für die österreichischen Truppen. Freilich hatten sie überall Terrain verloren, doch mit zwei neuen Corps frischer Truppen, dem 5. und 8., durften sie wohl daran denken, am 5. Juni die Bataille zu erneuern und, da sie dann in der Uebermacht gewesen sein würden, einen günstigen Erfolg zu erzielen. Gyulay beabsichtigte dies wirklich und traf in der Nacht alle Dispositionen zu einem erneuten Angriff. Aber als am anderen Morgen schon das Gefecht wieder begonnen, erhielt er die überraschende Nachricht, dass Clam-Gallas schon um 3 Uhr Morgens wieder weiter in der Richtung nach Mailand hin abgezogen sei.

Gyulay musste nun selbst den allgemeinen Rückzug nach dem Mincio anordnen, der in solcher Ordnung stattfand, dass die Franzosen an keine Verfolgung zu denken wagten.

Hätten die Oesterreicher bei Magenta gesiegt, so würde das Corps Mac Mahon's verloren, die Lage der Franzosen eine sehr schlimme und ein italienisches Sedan sehr wahrscheinlich gewesen sein. Die Vorsehung wollte es anders, indem sie Napoleon III. das Glück eines Vabanque-Spielers verlieh.

Am 9. und 10. Juni ward auch Piacenza geräumt, um



möglichst viele Streitkräfte für die Feldarmee flüssig zu machen. Das hätte man nicht nöthig gehabt, wenn nicht eine beträchtliche Macht für den präsumptiven deutsch-französischen Kriegsschauplatz aufgespart worden wäre, die freilich, da Deutschland damals Oesterreich im Stiche liess, für diesen Krieg dann verloren ging. Wie viel Blut, das dann im Jahre 1870 in Strömen floss, würde sich Deutschland erspart haben, wenn es nicht vergessen hätte, dass Oesterreich zu jener Zeit noch ein deutscher Bundesstaat war. Das Wichtigste, was auf dem Rückzuge der Oesterreicher vorkam, war das blutige Gefecht bei Melegnano am 5. Juni, das allerdings eben nur den Charakter eines engagierten Rückzugsgefechtes trug. Im Uebrigen nahmen die Franko-Sarden erst am 12. Juni ihre eigentlichen Operationen wieder „mit grosser Vorsicht“ auf.

Napoleon meinte, Gyulay wolle ihn zu einer excentrischen Verfolgung verführen, bei welcher er seine Truppen getheilt und damit gefährlichen Rückschlägen der Oesterreicher gegenüber in eine üble Lage gebracht haben würde. Eben deshalb concentrirte er seine Streitkräfte erst recht um sich herum, um sie ja bei der unvermeidlichen Hauptschlacht sogleich zur Hand zu haben. Indess häuften sich für ihn nachgerade die Schwierigkeiten in immer höherem Grade. Zwar vermochte er sich dem Mincio jetzt ohne weitere Schwierigkeiten zu nähern. Doch wie sollte er den Angriff auf das Festungsviereck ausführen, ohne dabei die dem Papste angelobte Neutralität des Kirchenstaates zu verletzen? Wie endlich konnte es schliesslich vermieden werden, im Verlaufe der nothwendig werdenden Operationen, nie einen Fussbreit Bodens des sogenannten deutschen Bundesgebietes zu betreten? Die Franko-Sarden standen einer factisch noch „unbesiegten“ Armee in festester Stellung gegenüber.

Da sollte abermals das Verhängniss walten, indem die Oesterreicher die Offensive ergriffen, was strategisch ganz richtig gewesen wäre, wenn die taktische Ausführung dem guten strategischen Gedanken überall entsprochen hätte.

Die Oesterreicher gingen am 23. Juni auf das rechte Ufer des Mincio über, um dann am 24. von dort aus gegen den Chiese vorzudringen und die Franko-Sarden mit aller Macht



anzugreifen. Gelang dieser Angriff, so war allerdings dann wieder gar viel für Oesterreich gewonnen, reussirte er nicht, nun, so zog man sich wieder in das Festungsviereck zurück und hatte eben auch nicht mehr verloren als vorher. Napoleon III. bekam aber Wind von diesem Unternehmen und traf nun solche Dispositionen, dass sich die Schlacht bei Solferino aus einem Angriff der Oesterreicher auf die Franzosen in einen Offensivstoss der Franzosen gegen die Oesterreicher verwandelte. Nun hätten sich die Oesterreicher freilich nicht dazu zu bequemen brauchen, plötzlich in die Defensive zurückzufallen, wie es die Franzosen gerade haben wollten. Nichts verhinderte sie, ebenfalls mit kräftiger Attaque auf den Feind zu stossen, wie dies der Kaiser Franz Joseph anbefohlen hatte und Benedek es, am äussersten rechten Flügel *nicht ohne Erfolg* wirklich versuchte; doch dem Generalstabe war nun einmal das perpetuirliche Defensions-system gar zu sehr an's Herz gewachsen, und an diesem Hange, nicht an etwas Anderem ging die Schlacht verloren.

Die Franzosen trugen zwar wieder keinen entscheidenden Sieg davon, aber die Oesterreicher zogen sich doch zurück. Solferino hätte recht gut ein glänzender Name für die Waffen Oesterreichs werden können.

Napoleon III. selbst sah ein, dass er im Grunde genommen seine Lage nicht sehr verbessert hatte. Mit schlauer Berechnung betrat er selbst als Sieger zuerst den Weg der Verhandlungen. Ein von ihm mit macchiavellistischer Tücke gesponnenes politisches Gewebe in und ausserhalb des Kaiserstaats kam ihm dabei zu Hilfe. Der verhängnissvolle ungarische Revolutionskrieg vibrirte unheimlich in die Situation.

Nicht als Besiegter, sondern um seinen Völkern in jeder Beziehung den Frieden wiederzugeben, schloss Kaiser Franz Joseph damals den Frieden von Villafranca ab, der dann in Zürich näher präcisirt werden sollte.

Dass die stets unzufriedene, dem Staate nur Kosten verursachende Lombardei abgetreten wurde, konnte kaum als ein Unglück betrachtet werden.

Mit Recht aber durfte Kaiser Franz Joseph in einem Armeebefehl vom 12. Juli erklären, dass „Oesterreich von Bundesgenossen entblösst, nur den ungünstigen politischen Verhält-



nissen nachgegeben habe, seine Ehre aber unversehrt aus diesem Kriege hervorgegangen sei.“

Gemäss seinem Manifest vom 15. Juni war der Kaiser jetzt bemüht, den erlittenen Verlust durch Beförderung der inneren Wohlfahrt zu ersetzen. Der Passverkehr ward erleichtert, eine Staatsschuldentilgungscommission berufen, die Recrutirung für 1860 eingestellt, ein Gewerbegesetz im Sinne der Gewerbe-freiheit und ebenso ein freisinniges Protestantenpatent erlassen, das die Protestanten in den deutschen und slavischen Ländern völlig befriedigte und nur die Ungarn nicht zufrieden stellte, die ihre 1849 aufgehobene Kirchenverfassung wieder haben wollten.

Wie aber der Kaiser durch das Protestantenpatent kirchliche Bedürfnisse zu befriedigen gesucht hatte, so war er auch gesonnen, seinen Völkern aus eigener Initiative die constitutionelle Freiheit wieder zu geben.



## Zweiter Abschnitt.

### Der freiwillig constitutionelle Kaiser.

Es gibt in der Geschichte viele Monarchen, die sich alle Mühe gegeben haben, sich in ihren Staaten der Einführung constitutioneller Rechte entgegenzusetzen, aber nur einen Kaiser Franz Joseph, der, sich freiwillig seiner absoluten Macht begebend, den Riesenkampf unternommen hat, in seinem aus so verschiedenen Völkern von so ungleichartigen staatsrechtlichen Traditionen und nationalen Tendenzen bestehenden Reiche ein Alle befriedigendes constitutionelles Leben einzuführen. Mag man mit den Resultaten dieses edlen, wahrhaft kaiserlichen Bestrebens auch nicht überall bisher gleich zufrieden sein, so ist doch die Thatsache, dass ein Herrscher die Initiative ergreift, unter den schwierigsten Verhältnissen seinen Völkern eine Aera des Rechts und der Freiheit zu eröffnen, so gross und selten, dass sie den Historiker, der von dem lebenden kaiserlichen Reformator schreibt, mit der Ueberzeugung erfüllt, dieser edle Monarch werde sein reines Ziel zum Heil der Dynastie und aller Völker des Reiches noch gekrönt sehen.

Am 5. März 1860 erschien ein kaiserliches Patent, welches eine Verstärkung des bereits 1851 errichteten Reichsrathes anordnete. Hiernach sollte der Reichsrath ausser den



ordentlichen Reichsräthen bestehen aus lebenslänglichen Mitgliedern, einigen höheren Würdenträgern und aus 38 auf 6 Jahre gewählten Mitgliedern der Landesvertretungen, die das erste Mal jedoch noch vom Kaiser ernannt werden mussten.

Gegenstände der Berathung des verstärkten Reichsrathes sollten sein: Feststellung des Staatsvoranschlags, Prüfung der Staatsrechnungsschlüsse und der Vorlagen der Staatsschuldencommission; alle wichtigeren Entwürfe in Sachen der allgemeinen Gesetzgebung, sowie die Vorlagen der Landesvertretungen.

Nachdem der verstärkte Reichsrath am 31. Mai vom Erzherzog Rainer mit der Hinweisung eröffnet worden, dass ihm namentlich die hohe Aufgabe der Regelung des Staatshaushaltes obliege, empfing ihn der Kaiser am 1. Juni im Thronsaal. Se. Majestät hob in seiner Rede die Regelung des Staatshaushaltes hervor und sicherte den einzelnen Kronländern Provinzial-Autonomie zu. Später, am 19. Juli, erweiterte der Kaiser in einem Handschreiben die Rechte der Versammlung dahin, dass Steuererhöhung und Aufnahme neuer Anleihen künftig nur mit Zustimmung des verstärkten Reichsrathes erfolgen sollten. Um diese Zeit fand eine Zusammenkunft deutscher Fürsten mit Napoleon III. in Baden-Baden statt, eine Demonstration, an der sich Kaiser Franz Joseph nicht betheiligte, sondern ihr vielmehr dann in einer Zusammenkunft mit dem Prinz-Regenten von Preussen in Teplitz gewissermassen eine Gegendemonstration machte.

Mittlerweile sprach sich der verstärkte Reichsrath sein eigenes Todesurtheil, indem er erklärte, dass eine glückliche Zukunft der Monarchie durch das jetzt bestehende System der inneren Organisation weder gesichert, noch gefördert erscheine, worauf er am 29. verabschiedet ward.

Da nun der Versuch, den Staat durch den verstärkten Reichsrath zu reformiren, nicht recht gelungen war, so beschloss der Kaiser, auf der Bahn des Constitutionalismus noch weiter zu gehen, und erliess zu diesem Ende am 20. October ein Manifest an die Völker und ein Diplom, welches die Grundzüge einer Verfassung für die Gesamtmonarchie enthielt und die Verleihung besonderer Statute für die einzelnen Kronländer in Aussicht stellte. Dieses Diplom, welches den Geist höchster



Gerechtigkeit und eine dem „österreichischen Gedanken“ praktisch entsprechende Auffassung athmete, verkündete, dass nur solche Institutionen und Rechtszustände, welche dem geschichtlichen Rechtsbewusstsein, der bestehenden Verschiedenheit der einzelnen Königreiche und Länder und den Anforderungen ihres untheilbaren, unzertrennlichen Verbandes gleichmässig entsprächen, die Macht der österreichischen Monarchie wahren und den einzelnen Kronländern Bürgschaften feststehender Rechtszustände und einträchtigen Zusammenwirkens zu verleihen vermöchten.

An demselben Tage erliess der Kaiser noch mehrere wichtige Decrete, durch welche die Zahl der von den Landtagen zu entsendenden Reichsräthe auf 100 erhöht, die Ministerien des Innern, der Justiz und des Cultus aufgehoben, die ungarische und siebenbürgische Hofkanzlei wieder hergestellt und die oberste Leitung der administrativ-politischen Angelegenheiten der anderen Länder einem Staatsminister zugetheilt wurden. Ausserdem ward die Wiederherstellung der früheren ungarischen Comitatsseinrichtungen, Verlegung der gesammten Gerichtsverwaltung Ungarns innerhalb dieses Königreichs, Herstellung der ungarischen Sprache als Amtssprache Ungarns decretirt. Ebenso wurden Anordnungen zur Einleitung einer kroatisch-slavonischen Versammlung getroffen, die mit möglicher Beschleunigung zusammentreten und ihre Ansichten über die Verhältnisse dieser Länder zu Ungarn aussprechen sollte. Auch sollte ein kaiserlicher Commissär einerseits die Ansprüche Ungarns in Betreff der Wiedereinverleibung der Wojwodschaft und des Temeser Banats, andererseits die vielfach abweichenden Ansichten der Bewohner erforschen. Graf Gołuchowski ward zum Staatsminister, Freiherr von Vay zum ungarischen Hofkanzler ernannt.

In vielen Ländern des Kaiserstaates herrschte Jubel über diese Institutionen, die endlich eine wirkliche, mit dem Charakter des österreichischen Staatencomplexes übereinstimmende Repräsentativverfassung schufen. Leider war dieser Jubel nicht allgemein. Die volle, freie Gabe des Kaisers fand bei Vielen nicht den rechten Dank.

Gleich am Tage nach Veröffentlichung des Staatsgrund-



gesetzes war der Kaiser zu einer Besprechung mit den Beherrschern von Preussen und Russland nach Warschau abgereist, die das Resultat hatte, dass er sich darüber versicherte, dass Frankreich Sardinien bei einem Angriffe auf Venedig nicht unterstützen werde.

Während das neue Staatsgrundgesetz in den deutsch-slawischen Ländern der Monarchie vielfach mit Freude und fast nirgend mit Widerspruch aufgenommen wurde, war Letzteres dagegen um so mehr in Ungarn der Fall. Schon am 30. November erliess der Graf Stefan Karolyi, Administrator des Pester Comitats, ein Rundschreiben an die Gemeinden seines Comitats, in dem er die Berufung einer Generalcongregation mit den Worten einleitete: „es gehöre zu den wichtigsten Privilegien des ungarischen Municipalsystems, missliebige Rescripte der Regierung unausgeführt zu lassen.“ In demselben Geiste sprach sich der neu ernannte Judex curiae, Graf Czienci, dahin aus: „nur das könne gesetzliche Geltung in Ungarn haben, was der Landtag beschlossen und der König bestätigt habe; und das sei der Fall mit den Beschlüssen des Landtags von 1847 und 1848.“ Und nun hob eine wilde Wirthschaft in Ungarn an. Die seit 1849 eingesetzten Gerichts- und Verwaltungsbehörden wurden vielfach als nicht vorhanden angesehen, die seitdem eingeführten Gesetze nicht befolgt, die Steuern nicht entrichtet, die Regierungsmonopole nicht respectirt.

Vergebens trachtete man von Wien aus durch neue Concessionen den ruhigeren Theil der ungarischen Nation zu befriedigen (z. B. Wiedereinverleibung der Wojwodschaft). Ein schöner Act kaiserlicher Milde war auch die sofortige Begnadigung des von Sachsen an Oesterreich ausgelieferten, durch seinen Hass gegen Oesterreich bekannten Grafen Ladislaus Teleky.

Unterdess dankte Goluchowski ab und ward an seine Stelle der Ritter von Schmerling berufen, der gleich in seinem ersten Rundschreiben an die Statthalter der Kronländer die Reichseinheit sehr stark betonte, während sein Vorgänger mehr die Nationalitäten und historischen Traditionen berücksichtigt hatte.

Schmerling begann seine Functionen damit, für alle Kron-



länder, mit Ausnahme Ungarns, Siebenbürgens, Kroatiens und Venetiens, ein Wahlgesetz zu erlassen, das auf dem Princip der Interessenvertretung beruhte.

Die deutsch-slavischen Länder machten ihm zunächst keine Sorge, dagegen war die Schwierigkeit gross, Ungarn zum Eingehen in die Reichseinheit zu bewegen. Zunächst ward der Weg der Milde beschritten. Am 7. Januar 1861 erliess der Kaiser eine umfassende Amnestie aller in Ungarn und dessen Nebeländern vorgekommener politisch-straffälliger Handlungen. Auch ward der ungarische Landtag für den 2. April, auf Grundlage einer provisorischen, der 1848er sehr ähnlichen Wahlordnung berufen. Als aber trotzdem die magyarische Renitenz nur noch mehr zunahm, stellte ein kaiserliches Rescript Massregeln der Strenge in Aussicht.

Am 6. April ward der Landtag in Ofen eröffnet. Beide Häuser desselben zeigten sich aber sofort entschlossen, von den 1848er Gesetzen nicht zu lassen, was sie auch in einer Adresse an den Kaiser offen aussprachen. Jetzt demissionirten auch der ungarische Hofkanzler Baron Vay und der ungarische Minister Graf Szecsen. An ihre Stelle traten Graf Forgách und Graf Moritz Esterházy. Der Kaiser verlangte vom ungarischen Landtage in einem Rescript zunächst eine Revision der 1848er Gesetze, da erst nach erreichter Vereinbarung hierüber zu weiteren Verhandlungen mit dem Landtage geschritten werden könne. Der Landtag aber beschloss hierauf mit Zustimmung der Magnaten eine zweite Adresse an den Kaiser, in welcher eine Verständigung für unmöglich und die Unterhandlungen für abgebrochen erklärt wurden. In Wien ward nun die Auflösung des Landtages beschlossen, derselbe protestirte aber gegen diese Auflösung und erliess am 21. August eine Erklärung bezüglich der nicht erledigten Hauptfragen. Am selben Tage ward er de facto aufgelöst. Alle Comitате erklärten sich mit dem Proteste des Landtages einverstanden. Um die schwer bedrohte Autorität der Regierung zu wahren, musste nunmehr zu ernsten Massregeln geschritten werden.

Die Steuern wurden jetzt militärisch eingetrieben, und am 5. November ernannte der Kaiser den Grafen Moritz Palffy zum Statthalter in Ungarn, befahl die Auflösung sämtlicher



Comitatsausschüsse und ordnete die Einsetzung von Militärgerichten im ganzen Lande an.

Sowie in Ungarn fand die dem Gesamtstaat ertheilte Verfassung auch in Kroatien wenig Anklang. Auch in Siebenbürgen herrschte das magyarische Interesse vor, und ebenso erhob sich in Böhmen und Tyrol eine stark werdende Opposition.

In den ersten Tagen des April constituirten sich sämmtliche Landtage der Monarchie, nur mit Ausnahme Siebenbürgens und Venetiens, und fast alle beschlossen, dem Kaiser zunächst durch Adressen ihren Dank auszudrücken. Hierauf erfolgten die Wahlen in den Reichsrath, die von den Galiziern und Čechoslawen nur unter Verwahrung der historischen Landesrechte vorgenommen wurden.

In dem am 1. Mai vom Kaiser mit einer Thronrede feierlich eröffneten Reichsrathe, hatten die Centralisten gegen die Föderalisten die Majorität und traten gegen diese, besonders gegen die Čechoslawen nicht mit jener Maasshaltung auf, welche eine Verschärfung der Gegensätze vermieden haben würde. Hatten doch gewisse centralistische Heisssporne nicht eher Ruhe, als bis die Böhmen den Reichsrath wieder verliessen.

In der auswärtigen Politik ward um diese Zeit mit dem „Deutschen Bunde“ wegen der solidarischen Haftung desselben für die ausserdeutschen Besitzungen Oesterreichs obwohl vergeblich unterhandelt, auch gab es bereits verschiedene Reibungen mit Preussen, während man sich Italien gegenüber abwartend verhielt.

In Ungarn dauerte der passive Widerstand fort, so dass weder der ungarische, noch der kroatische Landtag berufen werden konnten. Dagegen erklärte sich der Landtag des Sachsenlandes in Siebenbürgen für die Februarverfassung.

Im Sommer 1863 nahm der Kaiser, um der bisherigen deutschen Bundesmisère ein Ende zu machen, selbst die Reform desselben durch die Berufung des Fürstentages in Frankfurt in die Hand. Da aber Preussen jede Theilnahme an diesem Werke verweigerte und dabei über nicht wenige Stimmen der Mittel- und Kleinstaaten verfügte, so gerieth diese Angelegenheit bald wieder in's Stocken. Dafür nahm am 30. September der Landtag von Siebenbürgen die Wahlen in den Reichsrath vor.



Mannigfache Verlegenheiten wurden aber Oesterreich durch den in Congresspolen ausgebrochenen Aufstand gegen Russland bereitet, der schliesslich auch die Verhängung des Belagerungszustandes über Galizien veranlasste. Durch den am 15. November erfolgten Tod des dänischen Königs Friedrich VII., welcher der letzte legitime Königsherrzog von Schleswig-Holstein gewesen war, entstand in ganz Deutschland eine gewaltige Bewegung, die unerwartet plötzlich zur verhängnissvollen österreichisch-preussischen Alliance und zur Intervention in den Elberherzogthümern führte, wo zwar die österreichischen Waffen siegten, aber die Grundlage zu schweren neuen Conflicten gelegt wurde. Dies war um so beklagenswerther, als die inneren Conflict an Schärfe immer noch zunahmen, und auch die Finanznoth nicht aufhören wollte, da die in Venetien beständig nothwendige grosse Armee und die Haltung Ungarns die besten Kräfte des Reiches verschlangen. Da Preussen sich bereits jetzt so wenig dankbar zeigte, dass es nicht einmal Concessionen in der Zollfrage machen wollte, so erhielt Graf Rechberg, der dies preussisch-österreichische Bündniss zu Stande gebracht, seine Entlassung. An seine Stelle trat Graf Mensdorff-Pouilly. Die Zusammenkünfte des Kaisers mit dem Könige von Preussen in Karlsbad und Gastein schienen einen offenen Conflict bereits nur mühsam zu beschwören. Aber auch in dem wieder (14. November) zusammengetretenen Reichsrath ging es stürmischer zu. Die Centralisten selbst begannen gegen Schmerling in Opposition zu treten, die schliesslich im folgenden Jahre im Verein mit der Opposition in Ungarn und Böhmen den Rücktritt desselben zur Folge hatte. Sein Stichwort: „wir können warten,“ war nicht in Erfüllung gegangen.

Der Ministerwechsel erfolgte Anfang Juni, indem Graf Mailáth an Zichy's Stelle ungarischer Hofkanzler (die drei Hofkanzleien von Ungarn, Kroatien und Siebenbürgen wurden jetzt in einen einzigen Körper vereinigt) und Graf Belcredi Staatsminister wurde.

Graf Belcredi übernahm sein Amt mit bestem Willen, aber in einer sehr schweren Zeit. Im August einigten sich Oesterreich und Preussen über die schleswig-holsteinische Frage vorläufig dahin, dass ersteres die provisorische Verwaltung Hol-



steins, letzteres die Schleswig's übernahm und dabei für die Abtretung Lauenburgs eine Summe von 2 Millionen Thalern an Oesterreich zahlte. Dieser schleswig-holstein'sche Theilbesitz war eine Pandorabüchse.

Der Kaiser sah die Gewitterwolken nahen und fühlte daher, wie gut es sein werde, Oesterreich nach Möglichkeit im Innern gefestigt, den äusseren Stürmen trotzen zu lassen. Sein langgehegter Wunsch, Friede zu machen mit all seinen Völkern, vereinte sich hier mit seiner politischen Voraussicht. In diesem Sinne erliess er das kaiserliche Patent vom 20. September, welches die durch all die oben angedeuteten Wirren geradezu nothwendig gewordene Suspendirung der Verfassung verfügte und der Regierung auf so lange, als die Reichsvertretung nicht versammelt sei, die Macht verlieh, die unaufschieblichen Massregeln und besonders jene, welche das finanzielle und volkswirtschaftliche Interesse des Reiches erheischten, zu treffen. Das Manifest betonte mit Nachdruck, dass das grosse Werk einer dauernden verfassungsmässigen Rechtsgestaltung der Monarchie nicht zur That werden könne, so lange die Grundbedingung eines lebensvollen Inbegriffs von Grundgesetzen, der klar erkennbare Einklang seiner Bestandtheile fehle. „Frei ist die Bahn“ zu Friede und Versöhnung, lautete der Kernsatz des bedeutungsvollen Manifestes, welches, indem es die Verfassung sistirte, doch nicht die constitutionelle Entwicklung abschloss, sondern sie in die Landtage verlegte, um da durch freie Vereinbarung allen Völkern des Reiches den Weg zu wahrhaft constitutionellem Leben zu eröffnen. Ein Rundschreiben an die österreichischen Gesandten erläuterte ausdrücklich, dass dies Manifest lediglich die Sicherstellung der dauernden Rechtsgestaltung der Monarchie, keineswegs aber die Rückkehr zum Absolutismus bedeute.

Graf Richard Belcredi, damals ein Mann von 42 Jahren, aus altem Geschlechte, hatte als Cavalier, und auch weil er für einen tüchtigen Administrator galt, die untern Stufen der Beamten-carrière mit Rapidität durchlaufen und es in wenig mehr als einem Decennium von dem einfachen Kreishauptmann in Znaim bis zu dem zweiten Statthalterposten der Monarchie gebracht. Belcredi war aufrichtig bemüht, sein Ministerium als



Gegner des polizeilichen und Beamtenregiments, als Gegensatz zur Aera Bach und Schmerling, als Verehrer der Oeffentlichkeit und als Widersacher aller Versuche, die öffentliche Meinung zu fälschen, hinzustellen. Das war ein grosses, aber ein schweres Ziel, bei dem er vielfach verunglimpft wurde, obwohl er seine Gegner in der Presse nicht zu verfolgen pflegte, sondern das schöne Wort nicht nur aussprach, sondern auch zur That machte: „Ich will keine Märtyrer machen.“ Dass Belcredi es mit der Völkerversöhnung ehrlich meinte, beweist der Fall, dass, als der Unterrichtsrath sich einstimmig gegen die Sanctionirung des böhmischen Sprachengesetzes aussprach, und nach der entgegengesetzten Entscheidung des Ministers, um die Erlaubniss bat, ein besonderes Gutachten zur eigenen Rechtfertigung veröffentlichen zu dürfen, Belcredi mittels Marginalbemerkungen resolvirte: „Kann auf keinen Fall gestattet werden.“ Bemerkenswerth ist gewiss auch, dass unter ihm Bach vom Botschafterposten in Rom entfernt wurde. Allerdings war er dabei manchmal noch zu sehr Cunctator.

„Was finden Sie bei dieser meiner Methode Schwieriges?“ sagte er zu einem unserer hervorragendsten Publicisten, „dass ein Ausgleich schon mit dem nächsten ungarischen Landtage gelingen wird, glaube ich selbst nicht; vielleicht auch mit dem folgenden noch nicht; aber um so sicherer mit dem dritten. Bitte, mir ehrlich zu sagen, ob dabei irgendetwas Bedenkliches ist?“ Der Finanzminister Graf Larisch-Mönnich, ein reicher schlesischer Grossgrundbesitzer, der das Portefeuille nur dem Staatsminister zu Liebe übernommen, war ebenfalls ein echter Cavalier. Graf Larisch, früher Landeshauptmann in Schlesien und als Oekonom von seinen Gütern her bekannt, hatte als Mitglied des Herrenhauses nur in Sachen der Agriculturbesteuerung das Wort ergriffen. Er hatte den Muth, unterstützt von zwei tüchtigen Fachmännern, in einigen Staatsschriften, namentlich in seinen Motiven zu den Etatsgesetzen für 1866 und 1867, sowie in seinen Randglossen zu den Berichten der Staatsschulden-Controlscommission, seinem Vorgänger im Ministerium, dem Reichsrath und überhaupt der finanziellen Seite des bisherigen parlamentarischen Regime mit voller Ungenirtheit die Wahrheit zu sagen.



Der Justizminister Ritter von Komers hatte sich als ein tüchtiger Fachmann bereits Anerkennung verschafft.

Auch die magyarischen Mitglieder der Regierung schienen ihrer Aufgabe gewachsen zu sein. Der streng conservative Hofkanzler hatte sich bereits acht Tage vor Belcredi's officiellen Regierungsantritte mit einem Tavernicus oder Statthaltereipräsidenten für Ungarn und die dort einzuleitende Action, einschliesslich der Landtagswahlen versehen, der bei den Magyaren als Typus eines Conservativen gilt. Baron Paul von Senyey, unter Vay Vicepräsident der Statthalterei in Ofen, stand gleichfalls noch im Anfange der Vierziger und war als geistvoller und sehr unterrichteter Mann bekannt.

Den ersten Schlag gegen die Schöpfung Schmerling's zu führen, war Hofkanzler Mailáth berufen. Indem er Siebenbürgen aus dem Verbande des weiteren Reichsrathes herausriss, und indem er dessen Union mit Ungarn vollzog, die zwar von den Magyaren stets beansprucht war, factisch aber nur wenige Monate im Jahre 1848 existirt hatte, bot er dem Pester Landtage jene Garantie, ohne welche es selbst Deák nicht gelungen wäre, diesen zum Abweichen von dem 1861er Standpunkt, dass nämlich der Reichstag vor Wiederherstellung der 1848er Gesetze zu allen Verhandlungen incompetent sei, zu bewegen. Anders, d. h. weniger günstig für die Magyaren, gestaltete sich die Sache in Kroatien. Zum Theil lag das an der Weigerung Belcredi's, diese Südslaven den Magyaren ebenso unbedingt preiszugeben, weil er im Agramer Landtage einen wichtigen Hebel besass, um auch auf dem Gebiet der Stephanskrone das parlamentarische Regime nicht überwuchern zu lassen; zum Theil aber in der grösseren Energie, mit der die einheitliche Bevölkerung des Landes die unter Schmerling errungenen Privilegien zu vertheidigen wusste. Die am 1. September eingeleitete Action, welche Siebenbürgen aus dem Verbande des weiteren Reichsrathes riss, hatte inzwischen in der Aufhebung des engeren Reichsrathes und der reichsräthlichen Staatsschulden-Controlscommission ihre Ergänzung gefunden. Nachdem Belcredi die 17 cisleithanischen Landtage zu ihrer gewöhnlichen Session einberufen, erschien zwei Tage später am 20. September das Manifest, welches auch den engeren Reichsrath



„sistirte“, bis die Regierung durch die mit Ungarn und Kroatien einzuleitenden Verhandlungen „Resultate“ gewonnen haben würde, die sie für geeignet halte, „den legalen Vertretern der andern Königreiche und Länder“ zur Vernehmung ihres „gleichgewichtigen Ausspruchs“ vorgelegt zu werden.

Bald hob nun mit dem Zusammentritte der Landtage und des ungarischen Parlaments ein parlamentarisches Concert an, wie es wohl einzig in der Geschichte des Constitutionalismus dasteht; denn Mitte December 1865 tagten in 20 Repräsentativkörpern gegen 3000 Volksvertreter. Einige dieser Vertretungen protestirten gegen das Septembermanifest, andere, wie besonders der böhmische Landtag, beantworteten es mit begeisterten Adressen. Es ging dabei nicht ganz ohne Verwirrung ab. Die Aufforderung, Gutachten über Regierungsvorlagen in Betreff neuer Kronlandseinteilungen u. s. w. abzugeben, lehnten im Verlaufe des Januar die Landtage von Ober- und Niederösterreich, von Steiermark und Kärnten ab, weil jene Gesetzentwürfe zur Competenz des Reichsrathes gehörten. Dagegen nahmen sie, um den rechtlichen Fortbestand des Reichsrathes zu documentiren, die Wahlen für die erledigten Abgeordnetensitze aus ihrer Mitte vor.

In den Landtagen von Prag und Lemberg, durch welche Belcredi den Pester Reichstag zu paralysiren gehofft haben mochte, machte sich die Ansicht geltend, dass man nicht weniger Unabhängigkeit von Wien erhalten dürfe, als Ungarn. Zwei Tage vor Jahresschluss nahm der Kaiser die böhm. Adresse entgegen und stellte der Deputation, die sie nach Wien überbracht, seine Krönung mit der böhmischen Krone in Aussicht, was die Analogie zwischen Böhmen und Ungarn zu vollenden schien.

Dies, sowie die Bestätigung des Sprachengesetzes riefen in Böhmen eine sehr frohe Stimmung hervor. Leider brachen aber hier bald darauf Unruhen gegen die Juden aus, die am 19. März in einigen böhmischen Districten zur Verhängung des Standrechtes führten.

Im Lemberger Landtage kam es zu einem bedauerlichen Zwiespalt zwischen Polen und Ruthenen.

In Pest dachte man unterdess an nichts Anderes, als an die Begründung der Pester parlamentarischen, von Wien unab-



hängigen Regierung, in dem Sinne, wie die 1848er Artikel dieselbe aufgefasst und decretirt hatten. Dabei spielten die Herren Altconservativen wieder eine wenig lobenswerthe Rolle. Die Eröffnung des Landtags erfolgte diesmal durch den Kaiser in Person mittels einer Thronrede, deren wesentlicher Inhalt folgender war: „Unter die Hindernisse, die der Lösung der schwebenden staatsrechtlichen Fragen entgegengestanden, sei in erster Linie der schroffe Gegensatz zu reihen, der in den verschiedenen Ausgangspunkten der beabsichtigten Verständigung gelegen. Rechtsverwirkung einer-, starre Rechtscontinuität andererseits habe zu keinem Ausgleich führen können. Desshalb greife die Krone zur Beseitigung jenes Widerspruchs auf die Pragmatische Sanction zurück, welche ebenso sehr den unauflöslichen Verband der unter der Regierung des Hauses Habsburg stehenden Länder wie die Integrität des Königreichs Ungarn wahre.“ Die Thronrede setzte dann weiter auseinander, was in Siebenbürgen bereits geschehen sei, um der Ansicht des 1861er Landtags, dass dem Erscheinen der Siebenbürger Abgeordneten auf dem Pester Reichstage nichts im Wege stehe, Geltung zu verschaffen, und erinnerte andererseits die Ungarn an ihr damaliges Versprechen, über das zukünftige Verhältniss zu Kroatien mit dem Agramer Landtage von Nation zu Nation in Verhandlung zu treten. „Als erste Aufgabe dieses Landtags,“ hiess es sodann, „müssen wir die Art der Behandlung der allen unseren Königreichen und Ländern gemeinsamen Angelegenheiten bezeichnen.“ Der Kaiser sprach „die feste Ueberzeugung“ aus, „dass die gemeinsame verfassungsmässige Behandlung der im Octoberdiplom bezeichneten gemeinschaftlichen Angelegenheiten ein unabweisliches Erforderniss des einheitlichen Bestandes und der Machtstellung unseres Gesamtreiches bildet, dem jede andere Rücksicht untergeordnet werden muss.“ Da nun aber die Art der Behandlung, welche das Februarpatent vorgezeichnet, auf gewichtige Bedenken gestossen, verzichte der Monarch darauf, dieselbe durch eine moralische oder materielle Pression durchzuführen. Es sei demnach durch das Septemberpatent das Statut über die Reichsvertretung suspendirt worden, und Februarpatent sowie Octoberdiplom würden nunmehr dem Landtage in der Hoffnung unterbreitet, „dass er diese Vorlagen im Geiste entgegenkommender



Billigkeit einer eingehenden Prüfung unterziehen und nur solche Modificationen beantragen werde, die mit den Lebensbedingungen der Gesamtmonarchie in Einklang zu bringen seien.“ Was ferner die Revision der 1848er Gesetze anbetreffe, so „unterliege deren formelle Gültigkeit keinem Einwurfe,“ das unveränderte Inslebentreten derselben aber sei eine Unmöglichkeit, sowohl im Hinblick auf die Machtstellung des Reiches wie auf die ungeschmälerte Geltung der Herrscherrechte, als auch auf die begründeten Ansprüche der übrigen Länder. Jene Artikel müssten daher „sorgsam geprüft und zweckmässig abgeändert werden,“ ehe der Monarch sie mit seinem Inauguraleide zu bekräftigen und dann nach erfolgter Krönung dem Reichstage weitere wichtige Propositionen zu unterbreiten vermöge, welche die geistigen und materiellen Interessen des Landes zu innig berühren, um längeren Aufschub zu gestatten.

Die ungarische Antwortsadresse entsprach leider nicht den in dieser Thronrede ausgesprochenen Erwartungen. Sie verwarf kurzweg Octoberdiplom und Februarpatent und wich überhaupt um kein Haar breit von den früheren ungarischen Forderungen ab, obwohl die Magyaren gut wussten, dass die „formelle Legalität“ der 1848er Gesetze keineswegs „über allen Zweifel erhaben sei.“ Unfruchtbar zogen sich die Verhandlungen mit dem Pester Landtage bis zum 26. Juni, dem Tage der Schlacht von Custozza hin, wo er aufgelöst wurde.

Mittlerweile war ein neuer Kriegssturm losgebrochen.

Der Krieg von 1866 liegt uns zu nahe, als dass wir nothwendig hätten, ihn hier erst militärisch schildern zu müssen. Auch sein Ausgang stand nur zu sehr in verhängnissvollem Zusammenhang mit dem ungarischen Revolutionskrieg von 1848 und 1849. Es geht dies bis zur Evidenz hervor aus dem erst unlängst erschienenen, mit wichtigen Documenten reich ausgestatteten Werke des italienischen Generals Lamarmora über die „politischen und militärischen Ereignisse des Jahres 1866,“ in welchem von diesem italienischen General und Staatsmann, der 1866 gerade Ministerpräsident in Florenz war, das ganze diplomatische Netz, das Frankreich, Preussen und Italien spannen, um Oesterreich zu dem verhängnissvollen Kriege jenes Jahres einzufangen und im Einvernehmen mit gewissen „ungarischen



Patrioten“ am liebsten gänzlich abzuschlachten, ausführlich auseinandergelegt und nach allen Seiten enthüllt wird.

In diesem Werke wird gegen Bismarck actenmässig erwiesen, dass er factisch den Krieg von 1866 von langer Hand her vorbereitete, nach einem casus belli dann förmlich mit der Laterne des Diogenes suchen ging und nicht nur das Bündniss mit Italien, sondern auch ein Bündniss mit der aus den „ersten Patrioten Ungarns“ damals in Pest bereits bestehenden „geheimen provisorischen Regierung der Magyaren“, welche bereits einen „neuen König für Ungarn in Bereitschaft hatte“, abschloss.

Ist doch sogar in dem Buche Lamarmora's ein Brief jener provisorischen Pester Regierung der magyarischen Patrioten enthalten, in welcher sie die italienische Regierung nicht nur um Geld zur Organisirung des bevorstehenden Aufstandes, sondern auch um die „Anerkennung der provisorischen Regierung und des von ihr erwählten Souveräns,“ sowie um Entsendung eines Ministers an die ungarische Regierung und den Empfang eines ungarischen Ministers ersucht.

Dass damals Ungarn, nach dem Präcedenz der Türkenkriege, nicht treu zu Oesterreich hielt und dies dadurch zwang, ohne erst alle seine Kräfte aufgeboten zu haben, Frieden zu schliessen, ist ein historisches Factum. Weiss man doch auch, dass bei den Gerüchten von Aushebungen nach dem Tage von Königgrätz die Comitete kein Hehl daraus machten, dass sie sich den vom Landtage nicht bewilligten Rekrutirungen zu widersetzen gedächten. Diese Ueberzeugung rief dann das Manifest des Kaisers vom 7. Juli hervor, das, an die „angestammte Treue“ der Magyaren appellirend, die Hoffnung aussprach, dass „Ungarns kampfthüchtige Söhne freiwillig unter die Fahnen eilen würden“. Lediglich weil sie nicht anders konnte, genehmigte die Regierung am 9. Juli, dass Ungarn sein Contingent an Mannschaft durch Freiwillige decken dürfe; allein es stellte sich fast niemand! Da hat sich Böhmen doch anders verhalten, dessen čechoslavische Bevölkerung bei Ausbruch des Krieges, obwohl vergeblich, der Regierung Freischaaren zur ausgiebigeren Vertheidigung der Landespässe anbot und nach dem Tage von Königgrätz dem preussischen Lockruf: „an das glorreiche Königreich Böhmen“ tapfer widerstand, ja, das Geburtsfest unseres Kaisers während



der preussischen Occupation mit einer Treue und Begeisterung feierte, die selbst dem Feinde Achtung abzwang. Nur im Unglück lernt man seine wahren Freunde kennen.

Doch stellen wir uns hier auf einen höheren historischen Standpunkt. Nicht immer ist das ein Unheil, was für den Augenblick schmerzlich fällt.

Seit dem Hubertsburger Frieden vom 15. Februar 1763 stand uns dieser Krieg bevor. Dass er erst jetzt kam, ist vielleicht als ein Unglück zu betrachten, da er aber überhaupt einmal kommen musste, wenn Oesterreich sich selbst wiedergeben und Deutschland irgend eine vernünftige politische Gestalt gewinnen sollte, so dürfen wir uns dazu gratuliren, dass wir ihn nunmehr hinter uns haben. Alle seine Drangsale, alle die Verluste, die er uns auferlegt hat, sind nicht zu theuer gewesen, wenn wir uns sein Facit nur nicht wieder durch eine antiösterreichische Politik verkümmern lassen. Er hat Oesterreich von den zwei Vampyren befreit, die ihm ein glückliches Emporblühen unmöglich machten, indem er es von Venedig's zehrendem Besitz und der Leichenumarmung des deutschen Bundes losgerissen. Da bei der normalen Lage der Dinge an eine freiwillige Entäusserung dieser beiden Todfeinde österreichischen Aufschwungs nicht zu denken gewesen, so dürfen wir wohl mit Recht behaupten, dass kaum je zuvor ein Krieg in seinen Endresultaten so zum Vorthail beider einander bekämpfenden Theile ausgefallen sei, wie gerade dieser.

Uebrigens hat Oesterreich kein Sedan und kein Metz gehabt. Seine militärische wie seine politische Ehre blieb ungetrübt.

Während des Krieges waren übrigens im Kaiserstaate noch andere Symptome hervorgetreten, die Alles Andere nur nicht echt österreichischen Patriotismus athmeten.

Bereits am 7. Juli tauchte eine Adresse des Gemeinderathes von Salzburg auf, die kurz und bündig die sofortige Einberufung des Reichsrathes begehrte. Die Antwort der Residenz auf das Manifest des Kaisers, in welchem an den „Opfermuth der Völker“ appellirt wurde, war, dass gleich am 10. Juli Bürgermeister Zelinka den Kaiser in einer Privataudienz bat: Wien nicht den Gefahren eines Kampfes auszusetzen, namentlich aber „bezüglich



der staatsrechtlichen und politischen Verhältnisse jene Aenderungen eintreten zu lassen, welche geeignet seien, die Gemüther auch für die Zukunft zufrieden zu stellen.“ Der Monarch erwiderte auf die letzte Anspielung nichts, im übrigen versicherte er, Wien solle als offene Stadt behandelt werden und Se. Maj. werde es als Letzter mit der Armee verlassen. Der Gemeinderath Wiens blieb jedoch dabei nicht stehen, sondern nahm am 17. Juli eine Adresse an, des Inhalts: „Dass die gegenwärtige tiefernte Lage des Reiches weniger durch die letzten Misserfolge im Felde als durch die unglückliche Politik herbeigeführt worden sei . . ., möge Ew. Maj. zu dem segensreichen Entschlusse gelangen, zur Leitung der Staatsgeschäfte solche Männer zu berufen, deren entschiedene Thatkraft und politische Gesinnung den Völkern Oesterreichs die Gewähr einer besseren Zukunft zu geben geeignet ist.“ Der Empfang der Adresse, der am 23. Juli stattfand, war mit Recht ein ziemlich ungnädiger: „Se. Maj. anerkenne den Ausdruck der Loyalität, doch mögen die Thaten den Worten entsprechen; sie wolle davon absehen, dass die Adresse in den Wirkungskreis des Gemeinderathes nicht gehöre, und dieselbe nur als Aeusserung einzelner Mitglieder der Versammlung ansehen; auch sie hege den wärmsten Wunsch, die constitutionelle Thätigkeit baldigst wieder ins Leben treten zu sehen, doch könne hierbei nicht der Wunsch Wiens allein, es müssten die Bedürfnisse des ganzen Reiches in Betracht gezogen werden.“ Am nächsten Tage begab Zelinka sich abermals zum Kaiser, um demselben Meldung zu machen von der sogenannten Bestürzung, die in der Bevölkerung durch obigen Bescheid hervorgerufen sei. Der Monarch beruhigte den Bürgermeister durch die Versicherung, niemals an der Loyalität der Wiener gezweifelt zu haben. Am Abend machte Zelinka dem Gemeinderath Mittheilung von dieser Audienz, und die Versammlung ging lautlos auseinander. Am 26. Juli früh endlich musste, um die Ruhe zu sichern, der Belagerungszustand über Wien verhängt werden — an demselben Tage, wo zu Nikolsburg die Präliminarien unterzeichnet wurden.

Es ist auffallend, dass die guten Leute zu dem „freiwillig constitutionellen Kaiser“ gerade in dem Momente, wo sie sich die Constitution erst hätten verdienen sollen, in so nervöser



Besorgniss von der Verfassung sprachen. Ritterlich war das gewiss nicht.

Wenn der Kaiser nicht wirklich seinen Völkern hätte eine „freie Bahn“ des Constitutionalismus eröffnen wollen, so hätte es damals, nachdem der Belagerungszustand einmal über Wien verhängt war, und Erzherzog Albrecht noch als Generalissimus aller operirenden Armeen fungirte, nur einer Interpretation des betreffenden Decrets bedurft, um den Kriegszustand auf ganz Inner-Oesterreich und die anstossenden Theile Ungarns auszu dehnen und ein Ende zu machen.

Dieselbe unpatriotische Stimmung herrschte damals in fast allen deutschen Theilen des Reiches mit Ausnahme natürlich von Tyrol. Nicht nur folgten viele Gemeinderäthe in den Provinzhauptstädten dem Beispiele ihrer Collegen in Salzburg, Graz und Wien, sondern als am 17. Juli der Landsturm in Ober- und Nieder-Oesterreich, Kärnten, Krain und Steiermark aufgeboden ward, remonstrirte die Bevölkerung geradezu gegen die Massregel. Wie würde man wohl etwa in Preussen mit solchen sonderbaren Patrioten verfahren sein, denen sich auch der alte Deák würdig anreihete, indem er am 17. Juli folgendes Ultimatum im „Napló“ veröffentlichte: „Ungarns Wünsche verlangen rasche Befriedigung; die gefährliche Lage der Monarchie gestattet kein Zögern. Ein beträchtlicher Theil des Reiches ist von feindlichen Heeren überschwemmt, nur Ungarn steht noch frei da. Aber Ungarn ist todt. Mit Ungarn kann Alles oder mindestens Vieles gethan werden. Aber Ungarn selber kann nichts thun, denn ihm sind die Hände gebunden. Was seine Hände freimachen und ihm wieder Leben einhauchen kann, das ist einzig und allein eine parlamentarische Regierung. Wenn Ungarn für die Monarchie noch etwas thun kann, so ist dies nur dann möglich, wenn an seine Spitze eine Regierung gestellt wird, welche der Ausfluss des Nationalwillens ist und in welcher die Nation eine Garantie ihrer Rechte erblickt.“

Graf Belcredi, der sich, wie es schien, im Anfange auf die Slaven insofern hatte stützen wollen, um in ihnen ein Gegengewicht gegen die übertriebenen Forderungen der Ungarn zu schaffen, verstand dies Gegengewicht auf dem im August



1866 in Wien stattfindenden Slavencongress nicht zu construiren. Es war ihm inzwischen ein neues Mittel geboten worden, sich in seiner Stellung zu befestigen, indem er den Kaiser auf dessen Rundreise nach Mähren, Böhmen und Schlesien (18. Oct. bis 9. Nov.) begleitete. Eine solche Consolidirung war um so nothwendiger für ihn, als Graf Esterházy und Graf Mensdorff ihrer Portefeuille's bereits müde waren. Damals verkündeten officiöse Stimmen: „In Prag erfolgt entweder eine Verwerfung des Sistirungssystems mit dem Ausscheiden Belcredi's, oder eine feierliche Sanctionirung desselben mit dem Verbleiben des Staatsministers im Amte. Beust mit Belcredi würde das System nicht nur fortsetzen, sondern befestigt und gekräftigt ganz formell neu inauguriren.“ In der That trat am 30. Oct. Baron Beust als Minister des Auswärtigen und wenige Tage darauf auch als Minister des kaiserlichen Hauses an Mensdorff's Stelle, Esterházy ward entlassen, Belcredi dagegen blieb im Amte.

Unter äusserst schwierigen Verhältnissen eröffnete Graf Belcredi die neue Landtagssession. „Nun, Sie sehen, ich lebe noch!“ sagte er zu einem seiner Freunde, als diese Campagne endlich glücklich vorüber war. In einigen deutschösterreichischen Landtagen kamen wahrhaft widerwärtige Scenen vor, und der ungarische Landtag beharrte dabei, gar nicht eher über die Abänderung der 1848er Gesetze zu verhandeln oder das Elaborat über die gemeinsamen Angelegenheiten vor das Plenum gelangen zu lassen, als bis er sich einem ungarischen Ministerium gegenübersehe. Das Oberhaus war in dieser Beziehung ganz eines Sinnes mit dem Unterhause. Aber auch der Agramer Landtag bereitete der Regierung Schwierigkeiten. „Unter dem Einflusse dieses Ministeriums,“ rief der Bischof Strossmayer, „werden wir nicht das kleinste Gesetz zu Stande bringen, weil es aus Männern besteht, die weder politischen Charakter noch irgendeine politische Bedeutung haben.“

Unterdess begab sich Baron Beust nach Pest, um zu sehen, ob sich nicht ein schnellerer Erfolg erzielen lasse, obwohl ein schneller Erfolg in dieser Richtung, der vor „Königgrätz“ Sinn gehabt hätte, jetzt eigentlich nicht mehr so sehr pressirte. Man verständigte sich, und Graf Andrassy machte sich anheischig, die von der Regierung verlangten Abände-



rungen in dem grossen Verfassungsausschusse durchzuführen. Sobald dies geschehen, sollte das ungarische Ministerium installiert werden, um das amendirte Elaborat, sowie die Revision der 1848er Artikel vor das Plenum zu bringen. Graf Andrassy begehrte dabei eine durchaus einheitliche Zusammensetzung des Ministeriums, das streng parlamentarisch und ohne jede altconservative Beimischung sein müsse. Dazwischen rief die auf Anwendung des Septemberpatentes auf Ungarn plötzlich decretirte Verordnung einer allgemeinen Wehrpflicht im Magyarországn wieder einen neuen Sturm hervor.

Am 15. Januar ward im Unterhause mit allen Stimmen gegen die Madarasz', und am 17. bei den Magnaten einstimmig eine Adresse Deák's angenommen, deren Quintessenz sich in den Stellen abspiegelt: „Heben Ew. Maj. diese Verordnung und überhaupt alle Verfügungen auf, die mit Verletzung unserer Verfassung durch die absolute Gewalt erlassen sind, und stellen Ew. Maj. factisch ehemöglichst unsere Verfassung wieder her. Das Ziel, welches die Sicherheit und die geistigen wie materiellen Interessen des Reiches erheischen, kann nur erreicht werden, wenn die Verfassungsmässigkeit sowohl in Ungarn als auch in Ew. Maj. übrigen Ländern vollkommen und in klarer Wirklichkeit ins Leben tritt.“ Am 22. Januar wurde diese Adresse in Wien übergeben und die betreffende Deputation vom Kaiser freundlich dahin beschieden: er hoffe, dass ein demnächst zu erlassendes Rescript allen Beschwerden ein Ende machen werde. Die Wirkung dieser ung. Adresse erstreckte sich auch auf die Erblände. Sie war sehr schlau darauf berechnet gewesen, die Deutschösterreicher stutzig zu machen, und reussirte in dieser Beziehung nur zu sehr. Ueberdies liess Graf Andrassy, nach dem Zeugniß eines officiösen Historikers, in Wien so manches Wort fallen, dass jener slavische Reichsrath, an dessen Herstellung der Staatsminister seit Neujahr arbeite, von dem Pester Landtage als legitimer Bevollmächtigter der Erblände nicht werde anerkannt werden. So bestätigte sich Beust's Rechnung, dass ihm Succurs aus Ungarn nicht ausbleiben werde.

Am 2. Januar hatte ein kaiserliches Patent nämlich einen „erweiterten Reichsrath“ eingesetzt und ihm, der eine föderali-



stische Majorität besessen haben würde, die Abgabe jenes „gleichgewichtigen Votums“ übertragen, welches das Septemberpatent den „legalen Vertretern“ der Erblande bezüglich des Ausgleiches mit Ungarn vorbehalten. Baron Beust's Unterschrift auf diesem Patent konnte allerdings kaum anders gemeint sein als die Zustimmung des Staatsministers zu dessen Vereinbarungen mit Andrassy.

Der magyarische Wink wirkte und bewirkte, dass Kaiserfeld, der die nervöse Sehnsucht offen eingestanden, die „österreichischen Bleisohlen“ abzuschütteln, für die Centralisten Sturm läutete und mit einer Erklärung die Initiative ergriff, ja nicht auf Grund des Januarpatentes für den „Ausserordentlichen“ zu wählen und diesen dann unter Protest zu verlassen. „Das Patent schlägt unserer Verfassung den Boden aus,“ schloss das Manifest des steirischen Deputirten, „protestiren wir nicht durch Wahlverweigerung, so waren alle unsere Adressen nur eitle Renommage und wir politische Kinder. Geben die Deutschen nach, so ist es für lange um sie geschehen, ohne dass sie Oesterreich gerettet haben werden.“ Demgemäss beschloss denn auch eine, von Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Böhmen, Mähren, Schlesien, Salzburg, Krain beschickte Deputirtenconferenz, die am 13. Januar in Wien abgehalten ward, und der sich die Liberalen von Kärnten, Tyrol und Vorarlberg brieflich anschlossen: die Wahlen für den „Ausserordentlichen“ abzulehnen und auf Grund der Februarverfassung die Wahlen für die Landesausschüsse, sowie für den legalen Reichsrath vorschriftsmässig zu vollziehen.

Dieser von Ungarn aus inspirirten That des Bleisohlenmannes gebührt das traurige Verdienst, den hochherzigen Versuch der „freien Bahn“ vereitelt zu haben. Es gelang ihm dies, obwohl selbst viele ehrenwerthe Deutschösterreicher damals öffentlich sagten: „Der eigentlich Freisinnige ist Belcredi, weil er uns das „gleichgewichtige Votum“ Ungarn gegenüber wahren will, während Beust die Erblande willenlos nach der Magyarpfeife tanzen lässt! Die eigentlichen Reactionäre sind jene, die nach der Februarverfassung rufen, obschon wir deren Nichtsnutzigkeit unter Schmerling zur Genüge erprobt; während wir vielmehr den slavischen Brüdern die Hand reichen sollten, um



den „Ausserordentlichen“ zu einer Constituante emporzuheben.“ Doch was half das Alles? Die Magyaren im Bunde mit den Deutschösterreichern wogen schwer. Am 3. Februar 1867 erfuhr man, dass Graf Belcredi seine Demission eingereicht hatte.

Baron Beust debutirte als Nachfolger Belcredi's damit, dass er sein erstes Decret noch im Namen des Septembermanifestes erliess, auf Grund dessen er in Südtirol die Gesetze zum Schutze des Hausrechts und der persönlichen Freiheit suspendirte. Durch die in Belcredi'schem Sinne vollzogene Erneuerung der Landtage war jedoch die Situation, der sich Beust gegenüberbefand, dermassen verwickelt worden, dass er seinen Rückweg zur Februarverfassung nur tastend suchen konnte und dabei gar sehr auf die Fehler der Gegner rechnen musste. Der erste offizielle Fühler in dieser Richtung war das vom 11. datirte Rundschreiben des Ministerpräsidenten an die Statthalter, worin denselben auseinandergesetzt ward, es handle sich diesmal nicht um eine „Schwenkung im gewöhnlichen Sinne des Wortes“, sondern darum, „die Frucht der Sistirung, den Ausgleich mit Ungarn, durch Zustimmung der übrigen Provinzen zu besiegeln und nutzbringend zu machen“. Daher müsse auch „fortan der mit der Sistirung verbunden gewesene Nachtheil, die Unterbrechung verfassungsmässigen Lebens in den cisleithanischen Ländern schwinden.“ Wie weit die bestehende Verfassung durch die Verhandlungen mit Ungarn gelitten, darüber glaube die Regierung nicht einseitig aburtheilen zu dürfen. Ja, sie weise auch die Voraussetzung zurück, dass sie dem Reichsrathe das Recht der freien Zustimmung verkümmern wolle, indem sie demselben die mit Rücksicht auf den Ausgleich nothwendig werdenden Verfassungsabänderungen zur Annahme vorlege. Aber sie vertraue allerdings seiner patriotischen Erkenntniss, wie viel Oesterreich bei einem Abschlusse der schwankenden Zustände zu gewinnen, wie viel es bei ihrer Fortdauer zu verlieren habe, und wie jeder gerechte Anspruch nur in einem wiedererstarkten Oesterreich Befriedigung finden könne.

In der Woche vom 16. bis 23. Februar erfolgte durch eine Reihe von Rescripten die Wiederherstellung der Verfassung jenseits der Leitha, ein Act, der die alte „avitische“ Constitution mit den 48er Artikeln, das decentralisirte Comitats- und



Ständewesen mit dem centralistischen Parlamentarismus vertauschte. Endloser Jubel durchhallte die Räume des Pester Museums, als in der Unterhaussitzung vom 18. Februar das Rescript verlesen ward, welches die Verfassung wiederherstellte, das octroyirte Wehrgesetz suspendirte und der verfassungsmässigen Behandlung zuwies, endlich den Grafen Julius Andrassy als Conseilpräsidenten mit der Bildung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums betraute.

Ohne Säumen wurde nun auch das 1867er Elaborat über die gemeinsamen Angelegenheiten eingebracht. Wenngleich die Linke in der Preisgebung der Personalunion das Ende Ungarns erblickte, wurde doch nach elftägiger Generaldebatte am 30. März nach einer Rede Deak's der Entwurf en bloc mit 257 gegen 117 Stimmen angenommen.

Schon aber begann auch der Conflict mit Kroatien.

So war denn der Dualismus ein *fait accompli* geworden, und das Rescript, mit dessen Verlesung am 18. Februar die 17 deutsch-slavischen Landtage einberufen wurden, erklärte, dass der „Ausserordentliche“ gegenstandslos geworden, da mit Ungarn bereits Resultate erzielt seien, „welche die Machtstellung der gesamten Monarchie zu wahren geeignet wären und in ihrer Durchführung eine gedeihliche Entwicklung derselben in Aussicht stellen.“

Gleichzeitig gelang es Beust, eine Bresche in die slavische Solidarität zu schiessen, indem er den galizischen Landtag zur verunclausulirten Beschickung des Reichsrathes vermochte.

Ueberdies kam Beust das Schmerling'sche Wahlsystem gar sehr zu Statten. Je dreissig Stimmen hatten genügt, um den Landtag Böhmens und Mährens und damit auch den Reichsrath so zu gestalten, wie er es brauchte. Baron Beust suchte jetzt auch sein Ministerium zu vervollständigen, indem Graf Taaffe mit der inneren Verwaltung betraut und Baron Becke zum Finanzminister ernannt wurde.

Am 22. Mai ward der Reichsrath eröffnet, der sich alsbald in der Wiener Befestigungsfrage seine patriotischen Sporen verdiente. In Ungarn aber fand, nachdem alle Förmlichkeiten erledigt, am 8. Juni die feierliche Krönung des Kaisers mit der St. Stephanskronen statt.



Beust hatte sich mittlerweile vergeblich bemüht, ein parlamentarisches Ministerium zu Stande zu bringen.

Am 30. Juni ward Baron Beust zum Reichskanzler, Graf Taaffe zum Ministerpräsidenten-Stellvertreter ernannt, und der Justizminister Komers durch den Ritter von Hye ersetzt, welcher letzterer auch provisorisch das Portefeuille für Cultus und Unterricht übernahm.

Am 7. August hatten sich in Wien, jede für sich, die beiden Ausgleichsdeputationen constituirt und am 15. September einigten sich die Ministerien beider Reichshälften, nachdem die cisleithanische Deputation als Quotenposten 69 und 31 vorgeschlagen, dahin, dass die Erblände zu den gemeinsamen Auslagen wie zu den Zinsen der Staatsschuld 70, die Ungarn 30 Proc. beitragen sollten; doch ward von der Staatsschuldenlast ein jährliches Präcipuum von 25 Millionen zu Lasten der Erblände geschrieben. Die reichsräthliche Deputation genehmigte diese Proposition in ihren Grundzügen einstimmig; damit war das Fundamentalprincip des Dualismus aufgestellt.

Wohl hauptsächlich, um sich über die 70% zu trösten, setzten die sogenannten Liberalen, die, wie sie ein Verfassungsfreund in „Unsere Zeit“ beschreibt, „gleich bei dem Beginne der neuen Aera den klingenden Lohn ihrer Freisinnigkeit in fetten Verwaltungsrathssinecuren vorweggenommen, theils einer solchen Honorirung ihrer politischen Gesinnungstüchtigkeit für die nächste Zukunft ungeduldig entgegensahen, wo sie sich neue Bahnen votiren sollten, thatsächlich nur um dem lebhaft gefühlten Bedürfnisse nach neuen Gründertantiemen und Präsenzmarken, Directorstellen und Dividenden in freigelegter Weise zu genügen“ — die Agitation wegen Beseitigung des allerdings vielfach angefochtenen Concordats in Scene und brachten die Ausarbeitung einiger confessioneller Gesetze in Fluss.

Während eines Besuches in München erfuhr das Kaiserpaar die Trauerbotschaft vom Tode des unglücklichen Kaisers Maximilian von Mexiko und gab deshalb eine beabsichtigte Reise zur Pariser Weltausstellung auf. Dagegen machte Napoleon dieserhalb eine politische Condolenzvisite in Salzburg. Es fiel damals auf, dass Graf Andrassy, der gemeinsam mit Beust unseren Kaiser nach Salzburg begleitete, sich sehr für die aus-



wärtige Politik zu interessiren schien. In Salzburg wurde eine Schwenkung Frankreichs von Russland zur österreichischen Auffassung der Orientpolitik und vielleicht noch mehr erzielt. Befestigt wurden die guten Beziehungen zu Frankreich noch durch den Gegenbesuch des Kaisers in Paris. Seine Majestät reiste wiederum in Begleitung Beust's und Andrassy's, traf unterwegs auf der Station Oos bei Baden-Baden zum erstenmale nach dem Kriege mit seinem Oheim, dem Könige Wilhelm von Preussen, zusammen, und ward während seines ganzen Aufenthaltes in der Seinstadt mit demonstrativen Sympathien vom Hofe wie vom Volke begrüsst. Auch wurde von dort aus am 31. October Baron Hübner seines Botschafterpostens in Rom enthoben, und Graf Crivelli zu seinem Nachfolger ernannt. Graf Crivelli sollte wegen einer Revision des Concordats unterhandeln. Was für angenehmen Hoffnungen mochte sich der als Diplomat sonst sehr geschickte Graf Beust damals wohl in Paris hingeben? Man darf nicht vergessen, dass er die Oberleitung der österreichischen Politik nach dem verhängnissvollen Jahre 1866 übernommen hatte, um womöglich das Schicksal dieses Jahres zu corrigiren; er glaubte ein ebenbürtiger Gegner des eisernen norddeutschen Bundeskanzlers zu sein, dem er sich selbst als süddeutschen Bundeskanzler gegenüberzustellen hoffte. Dem damaligen Grafen Bismarck mag es nicht schwer gewesen sein, diese Pläne zu durchschauen, die er dann durch den Krieg gegen Napoleon III., den Bundesgenossen des Grafen Beust, gründlich vereitelt hat.

Die hier berührte Politik des Grafen Beust liess es ihm aber auch nothwendig erscheinen, die Suprematie des deutschen Elementes in dem vielgestalteten Völkerstaate zu betonen, um wenigstens ein halbes, aber deutsches Oesterreich als den Kern des süddeutschen Bundes hinstellen zu können, und es war ihm die Suprematie der Magyaren in der anderen Hälfte ganz gelegen, weil sie jedenfalls nur dazu führen konnte und musste, die Slaven Oesterreichs zu paralysiren.

Im Wiener Reichsrathe ward die Debatte über die neuen Staatsgrundgesetze am 5. October damit eröffnet, dass das Abgeordnetenhaus den Antrag der föderalistischen Opposition, es solle die Bestimmung der Februarverfassung wegen der Zweidrittelmajorität auch auf die Annahme dieser Gesetze Anwendung



finden, mit Zweidrittelmehrheit verwarf. Bereits am 10. October waren alle vier Gesetze im Unterhause, den Ausschussvorlagen conform, votirt; gleichzeitig wurde auch eine provisorische Regelung der Wehrpflicht bis zur Vereinbarung des definitiven Wehrgesetzes mit Ungarn und der Krone angenommen.

Am 16. und 17. October ging auch die Debatte über die Revision der Februarverfassung vor sich und ward das modificirte Statut mit 119 Stimmen gegen die 46 der Polen, Tyroler und Slovenen angenommen. Während das Februarstatut kurzweg dem Reichsrathe alles überwies, was nicht in den Landesordnungen „ausdrücklich“ den, mit sehr mageren Rechten ausgestatteten Landtagen vorbehalten war, verstand die revidirte Verfassung sich zu dem entgegengesetzten Modus, in 14 Punkten die vor das reichsräthliche Forum gehörigen Angelegenheiten taxativ und bis ins kleinste Detail aufzuzählen, während alle hier nicht „ausdrücklich“ vorbehaltenen Gegenstände den Landtagen verblieben. Auch die Regierungsvorlage zum Delegationsgesetze ward erledigt und zwar keineswegs im starr centralistischen Sinne. In die ungarische Delegation entsandte nicht nur das Abgeordnetenhaus seine 40 Mitglieder durch unbeschränkte Wahl des vollen Hauses aus dem Plenum; es war auch das Verhältniss der 20 Magnaten zu den 40 Deputirten ein solches, dass die ganze Delegation in allen Fragen, wo die Stellung Ungarns zu den Erbländen zur Sprache kam, als ein Ganzes gelten konnte. In der reichsräthlichen Delegation war die Stellung der Deputirten zu den Peers eine wesentlich andere, und nach dem cisleithanischen Delegationsgesetze (12—20. November) wählte jede Landtagsdeputation für sich aus ihrer Mitte: Böhmen 10, Galizien 7, Mähren 4, Niederösterreich 3, Oberösterreich, Steiermark, Tirol je 2 Delegirte, jede der anderen 10 Landtagsdeputationen je Einen Delegirten aus ihrer Mitte!

Dieser Gruppenmodus, der vielleicht von den Föderalisten zu wenig berücksichtigt worden ist, gab ihnen, wenn die Čechoslawen in den Vertretungen Böhmens und Mährens die Mehrheit hatten, auch die Majorität in der cisleithanischen Delegation in die Hand.

Nach einigen durch das Herrenhaus vorgenommenen Modificationen sollte vor das Forum des Reichsrathes gehören:



Staatsverträge, Rekrutenbewilligung, Staatshaushalt nebst Steuer-  
votirung, Geld- und Communicationswesen, Bank- und Gewerbs-  
gesetzgebung, Medicinal-, Heimatsrecht- und Fremdenpolizei-  
legislation; Gesetzgebung über confessionelle Verhältnisse, Ver-  
eins- und Versammlungsrecht, sowie über die Presse; die Fest-  
stellung der Unterrichtsgrundsätze für die Volksschulen und  
Gymnasien, sowie die Gesetzgebung über die Universitäten;  
die Straf- und Civilgesetzgebung, mit Ausschluss der Gesetz-  
gebung über die innere Einrichtung der Grundbücher, Handels-,  
Wechsel-, See-, Berg- und Lehnrecht — die Zuweisung der  
Legislation über die Hypothekenbücher und die Propinations-  
rechte an die Landtage war ein besonderes Zugeständniss an den  
polnischen Grundbesitz, — die Grundzüge für die Organisation der  
Verwaltungs- und Gerichtsbehörden; alle Gesetze zur Durch-  
führung der Staatsgrundgesetze; Gesetzgebung über Gegenstände,  
die sich auf Verhältnisse einzelner Kronländer zu einander  
beziehen; Gesetzgebung bezüglich der Behandlungsform der  
gemeinsamen Angelegenheiten. Dagegen blieb den Delega-  
tionen: Auswärtiges mit Einschluss der diplomatischen und  
commerziellen Repräsentanz im Auslande nebst Verfügungen in  
Betreff internationaler Verträge, welche letztere selber jedoch  
beide Parlamente sanctioniren — Armee und Marine mit Aus-  
schluss der Rekrutenbewilligung und Wehrgesetzgebung, die  
vor den Reichstag und Reichsrath gehören — das Finanz-  
wesen und Budget dieser gemeinsamen Ausgaben. Ausserdem  
sollen nicht gemeinsam verwaltet, aber nach gleichen, von  
Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen behandelt wer-  
den: die commerziellen Sachen und die Zollgesetzgebung; die  
Legislation über die indirecten Abgaben, die mit der indu-  
striellen Production in enger Verbindung stehen; Münzwesen  
und Geldfuss; Feststellung des Wehrsystems; Eisenbahnen, die  
beide Reichshälften durchschneiden. Der Rest verbleibt den  
Landtagen.

Unter dem Eindruck, dass man sich, wie man sich aus-  
drückte, in einer Zwangslage befinde, ging der Reichsrath an die  
Berathung der Ausgleichsvorlagen und acceptirte am 12. December  
das Quoten- und zwei Tage später das Staatsschuldengesetz, so-  
wie das Zoll- und Handelsbündniss, ohne dass jedoch die Abge-



ordneten der Čechoslawen aus Böhmen und Mähren im Reichsrathe anwesend gewesen wären.

Am 20. December votirte auch das Herrenhaus die drei Ausgleichsgesetze, und am 22. December erhielten sie die kaiserliche Sanction zusammen mit dem Delegationsgesetze, der revidirten Februarverfassung und den drei Staatsgrundgesetzen. Alle diese Publicationen traten sofort in Kraft. Das Unterhaus aber bewilligte die Forterhebung der Steuern bis zum 1. April und ernannte seine 40 Abgeordneten für die reichsräthliche Delegation, welchem Beispiele das Herrenhaus durch Entsendung von 20 Delegirten folgte. Am Weihnachtstage wurden Baron Beust, General von John und Ritter von Becke zu Reichsministern des Auswärtigen, des Kriegs und der Finanzen ernannt, damit sie vor den Delegationen erscheinen könnten.

Am 1. Januar 1868 wurde das parlamentarische oder sogenannte „Bürgerministerium“ aus Mitgliedern beider Häuser gebildet, in dem nur Graf Taaffe ein eigenartiges Element bildete. Fürst Carlos Auersperg, ein Mann von 53 Jahren, übernahm den Vorsitz im Conseil. Als entschiedener Centralist hatte er sich sowohl unter Belcredi, wie unter Schmerling erwiesen. Dem Reichskanzler hatte Auersperg grosse Dienste geleistet, indem der Sieg der deutschen Partei bei den böhmischen Märzahlen wesentlich dem Fürsten zu danken war. Wie in Ungarn Andrássy, so übernahm in den Erblanden Taaffe gleichzeitig als Vertrauensmann des Kaisers das Landesvertheidigungsministerium; aber er ward ausserdem auch zum Polizeiminister ernannt. Den 48er Liberalismus sollten vertreten Dr. Giskra als Minister des Innern, Dr. Brestel als Finanzminister und Dr. Berger, der als Minister ohne Portefeuille die Verbindung mit der Tagespresse aufrecht zu erhalten und die Stylisirung der Gesetzentwürfe zu überwachen hatte. Der Prager Professor Herbst, der im böhmischen Landtage die nationalen Gegensätze zugespitzt, aber in der Staatsschulden-Controlscommission während der Sistirungsperiode gesessen hatte, erhielt das Justizportefeuille. Plener fiel das Handelsportefeuille zu. Dazu kamen die beiden Herrenhausmitglieder, Ritter von Hasner als Cultus- und Graf Potocki als Ackerbauminister. „Alle für Einen, Einer für Alle“, war das mot d'ordre der Ansprache gewesen, mit der Fürst Auersperg



die erste Consequenz eröffnet hatte. Nach wenigen Monaten aber persiflirte dies Berger bereits durch den Witz: „Wie sollen wir füreinander eintreten, wenn wir einander nicht ausstehen können?“

Unter den Elementen, mit denen diese Regierung zu kämpfen hatte, stand die böhmische Opposition oben an, doch war sie es nicht allein, welche dem Cabinet des Fürsten Carlos Auersperg Sorge machte. Gleich mit seinem Antritt gestaltete sich auch das Verhältniss zwischen Episcopat und Regierung immer schroffer. Auch radicale Strömungen machten sich daneben bald schon fühlbar, obschon die „Bürgerminister“ vor diesen nichts fürchten zu müssen geglaubt hatten.

Die sociale Frage begann ihr Haupt zu erheben. Die Arbeiterbewegung wurde sehr bald durch den ausgedehnten Gebrauch, den die Arbeiter von dem neuen Vereinsgesetze machten, bedeutsam; in Wiener-Neustadt, in Graz u. s. w. kamen Arbeiterversammlungen mit 1500—3000 Theilnehmern zusammen.

Der Zusammentritt der Delegationen in Wien hatte bereits Mitte Januar zu dem Rücktritte des Kriegsministers Baron John und zur Auflösung des Armee-Obercommandos Anlass gegeben, wozu der erste Anstoss von Ungarn ausgegangen. An Baron John's Stelle trat Freiherr von Kuhn.

Um ihnen angenehm zu sein, legte Graf Beust den Delegationen ein „Rothbuch“ über die auswärtige Politik vor, das einige interessante Depeschen enthielt.

Eine grosse Freude vermochte die Institution der Delegationen indess nicht einzuflössen. Besonders die ungarische Delegation bereitete bald Schwierigkeiten.

In ihr verstand zwar ein jedes Mitglied deutsch und zwar bei weitem besser als magyarisch, aber Niemand wollte dort in der Sprache Schillers und Göthes reden, was um so fataler war, als die Delegation doch mit drei Reichsministern zu verkehren hatte, die alles Andere nur nicht Ungarisch verstanden und deshalb zu einer peinlichen stummen Rolle verurtheilt waren. Es war gewiss keine angenehme Situation, dass bald Graf Andrassy, der zugleich Delegationsmitglied war, die Beantwortung von Interpellationen übernahm, obschon „er hier nicht als Minister sprechen dürfe“, bald wieder die ungarischen Minister



Lónyay und Festetics in den Nebensälen als Fachmänner und Interpreten fungirten, um den deutschen Ministern die Angriffe der ungarischen Oppositionsmitglieder zu verdolmetschen und mit ihnen die Antworten zu vereinbaren, die sie den regierungsfreundlichen Delegirten einzutrichern hatten. Gleich Anfangs rügten es die Magyaren, dass die deutsch-slavische Delegation sich „Reichsrathsdelegation“, statt „Delegation der anderen Länder Sr. Majestät“ nannte, wie Letzteres Graf Andrassy verlangte.

Bald sollte es zu einer noch ernsteren Auseinandersetzung kommen. Als am 4. März bei der Discussion des Kriegsbudgets Várady die Errichtung einer eigenen ungarischen Armee in Anregung brachte als „einen Anspruch, der in den Gesetzen und in dem Eide des Königs begründet, aber trotzdem noch weit von der Erfüllung entfernt“ sei, entgegnete der Regierungsvertreter Generalmajor von Grivičić etwas heftig, indem er die Frage zu einem Streite um die „Einheit oder Zweitheilung der Armee“ zuspitzte. Sofort suspendirte Somssich die Sitzung. Die nächste wurde dann auch am 13. März mit der schriftlichen Erklärung des Ministers Kuhn eröffnet: „Er habe mit Bedauern vernommen, dass sein Vertreter Ausdrücke gebraucht, denen ein von der Regierung nicht beabsichtigter Sinn untergelegt werden konnte. Diese behalte nur die Gesetze streng im Auge und müsse allerdings auf der Einheitlichkeit des Gesamtheeres, wie Art. 12 sie formulirt, bestehen: eine Zerreissung desselben in zwei Heere könne das Ministerium, auch im Interesse Ungarns, nicht acceptiren. Wie das „ungarische Heer“ als ergänzender Theil der Gesamttarmee zu organisiren sei, würde ja der Pester Reichstag bestimmen: Aeusserungen, die mit Ungarns staatsrechtlicher Stellung nicht in Uebereinstimmung, lägen ausser der Absicht des Gouvernements.“ Es gab also wieder ein „ungarisches Heer“.

Ebenso wurde auch dann der Inhalt des Rothbuches in der ungarischen Delegation einer scharfen Kritik unterzogen. Eine tiefgehende Sonde ward auch von der ungarischen Delegation an den Kriegsetat gelegt, wobei sich die äussere Politik eine herbe Beurtheilung gefallen lassen musste. Die Einigkeit zwischen beiden Delegationen ward ohne eine gemeinsame Ab-



stimmung hergestellt, indem fast überall die Erblände nachgaben. Dadurch, dass sich die Deutschen nicht mit den Slaven zu vertragen wussten, fühlten sich die Magyaren vollkommen als Herren der Situation.

Mit dem Schlusse der Delegationen kam auch die Concordatsfrage im Herrenhause in sehr geräuschvoller Weise zur Erledigung. Am 25. Mai erfolgte hierauf die kaiserliche Sanction der confessionellen Gesetze. Die Verhandlungen mit Rom darüber nahmen aber einen sehr unerquicklichen Charakter an und endeten mit einer Allocution des Papstes gegen die österr. Staatsgrundgesetze und speciell gegen die confessionellen Gesetze.

Von organisatorischen Gesetzen erledigte das Abgeordnetenhaus in dieser Periode den Entwurf einer neuen politischen Organisation und die Organisirung der Bezirksgerichte, sowie ein Gesetz, welches die Schwurgerichte für Pressvergehen und Pressverbrechen einführt. Auch eine neue Pressnovelle ward angenommen.

In Ungarn ward unterdess eine Art von Ausgleich mit Kroatien in Fluss gebracht. Dagegen regte sich der Geist der Unzufriedenheit unter den Slovaken Nordungarns. Um diese Zeit setzte das Bürgerministerium, von Noth gedrängt, die Reduction der Staatsschuldenzinsen durch, obwohl ein Theil der Reichsrathsmitglieder sich lieber für entschiedenen Bankrott entschieden hätte.

In Böhmen mehrten sich jetzt die nationalen Demonstrationen. Jene der Theatergrundsteinlegung nahm einen wahrhaft imposanten Ausdruck an. Hand in Hand damit gingen die Proteste von zahlreichen Bezirks- und Gemeindevertretungen Böhmens gegen die Brestel'schen Finanzvorlagen. Nach einer lebhaften Wehrgesetzdebatte im Pester Parlamente kam das (gleichlautend auch im Reichsrathe angenommene) Reichswehr-, sowie das Honvedgesetz zu Stande. Der complete Gesamtkriegsstand der Linie und Reserve ward auf 800.000 Mann festgesetzt, wovon 470.000 auf die Erblände, nicht ganz 330.000 auf Ungarn fallen. Damals schrieb der Deakist Graf Cebrian (5. August) im „Pester Lloyd“: „Ich finde durch Errichtung einer magyarischen Armee, denn eine solche sind die Honveds,



alle Machtverhältnisse diesseits und jenseits der Leitha so verändert, dass ich einen neuen Zusammenstoss fast für unausbleiblich halte.“

In Böhmen äusserte sich die oppositionelle Bewegung in zahlreichen Meetings, und in Triest fanden ziemlich ernste Unruhen statt. Mitten in diese Zeit der Gährung fiel das Wiener Schützenfest, bei dem das Bürgerministerium, wie von seinen Freunden verkündet wurde, „Fühlung mit Deutschland“ suchen wollte, was bei den Magyaren böses Blut machte und die Slaven noch mehr erbitterte. Mit dem 22. August 1868 begann eine neue Landtagssession für siebzehn Landtage, die sehr interessant wurde, denn sie zeitigte in Lemberg die polnische Resolution und in Prag die Declaration der čechoslavischen Landesvertreter, zwei staatsrechtliche Actenstücke im Sinne ausgedehnter Landesautonomiewahrung. Auch im Tyroler Landtage kam es zu einem Conflict. Auch in Graz und Laibach und den kleineren Landtagen rührte sich die Opposition, und das Bürgerministerium ward schon für so wankend gehalten, dass der sonst centralistische Statthalter von Böhmen, Graf Kellersperg den Justizminister Herbst im Prager Landtage in offener Sitzung zur Rede stellte, was freilich zunächst erst den Sturz des Statthalters zur Folge hatte. Auch in Galizien demissionirte der Statthalter Goluchowski. Auch der Conseilspräsident Auersperg trat jetzt aus dem Ministerium aus, über dem von jetzt an der Geist des Grafen Taaffe schwebte. Der Episcopalstreit gedieh bis zum Einschreiten der Gerichte gegen die Bischöfe. In Böhmen ward der Ausnahmszustand verhängt, nachdem hier am 11. October FML. Baron Koller mit dem Generalcommando und der Führung der Statthalterei betraut worden war. Im Reichsrathe brachten im November die Bürgerminister eine besondere Vorlage wegen Verhängung von Ausnahmszuständen ein, wonach der Belagerungszustand als blosse Executivmassregel classificirt wurde. Nachdem in Ungarn ein provisorischer Ausgleich mit Kroatien zu Stande gebracht worden, nahm das ungarische Parlament ein Nationalitätengesetz an, das den Magyaren die Suprematie im reichsten Maasse sicherte. Das hatte freilich zur Folge, dass der rumänische Ministerpräsident Brătianu im Saale Slatineano zu Bukarest predigte: „Man müsse



einen Kreuzzug gegen die Ungarn unternehmen, um die romänischen Stammesbrüder vom ungarischen Joche zu befreien.“

Um nicht zu sehr in das Detail der österreichischen Verfassungskämpfe einzugehen, brauchen wir als weniger bedeutsam die Zeit von der ersten Vorlage der galizischen Resolution an den Reichsrath, die natürlich erfolglos war und bis heute geblieben ist, bis zum Ausbruch des dalmatinischen Aufstandes nur mit wenigen Worten zu berühren. In diese Periode, welche das Bürgerministerium in steigender Abnahme seines Einflusses darstellte, fällt das cisleithanische Finanzgesetz für 1869, das Landwehrgesetz für die Erblände, welches der Anlass zum Bürgerkriege in Dalmatien werden sollte, der Kampf um die Immunität der Bischöfe, die theilweise Durchführung der ebenfalls auf grosse Opposition stossenden Schulaufsichtsgesetze, das zunehmende Zerwürfniss der deutschen Centralisten mit den Polen, die Kaiserreise durch Kroatien, welche Seine Majestät von der loyalen Gesinnung dieses Landes überzeugte, die Eröffnung des sogenannten Pester Reform-Reichstags, der endlich die Reorganisation des ungarischen Justizwesens in die Hand nahm, Arbeiterunruhen in Brünn, die Verurtheilung und Begnadigung des Bischofs Rudigier in Linz, ein österreichisch-römischer Notenwechsel, sowie die Thätigkeit des Grafen Beust, den griechisch-türkischen Conflict mit beizulegen, die Einmischung Beust's in die belgisch-französische Eisenbahndifferenz, sowie einige halb diplomatische, halb publicistische Reibungen mit Preussen. Auch die dritte Delegationssitzung bewies wieder die sich geltend machende ungarische Hegemonie. In der Landtags-session vom September bis October 1869 versuchte Giskra nicht eben glücklich die heiklige Frage der Wahlreform in Gang zu bringen. Die in Böhmen ausgeschriebenen Ergänzungswahlen hatten das Resultat, dass nur wieder Declaranten gewählt wurden, die natürlich nicht in den Landtag eintraten, dessen deutsche Mitglieder dann eine Art Gegendeclaration verfassten. Ein wichtiges, die Gesinnung Seiner Majestät, allen Völkern gern nach ihrer Art gerecht zu werden auf's Neue kennzeichnendes Merkmal war dagegen die Sanctionirung der Tyroler Landesvertheidigung.

Der Todesstoss aber, den das Bürgerministerium erhielt,



war der dalmatinische Aufstand, der zu gefährlich werden konnte, als dass es nicht Gebot der Klugheit gewesen wäre, ihn vorsichtig zu vermeiden. Es hatte sich dort eigentlich nur um eine Formsache und um eine Hinausschiebung der Rekrutirung für die Landwehr gehandelt. Da nun das Ministerium nicht hierauf einging, obwohl es dies recht gut hätte thun können, brach, gerade während der Kaiser mit Graf Beust sich auf der Reise zur Eröffnung des Suezkanals befand, ein schwer zu bändigender Gebirgsaufstand los. Der Kaiser liess gleich bei seiner Rückkehr dem Bürgerministerium seinen gerechten Unwillen über einen Aufstand wahrnehmen, der schwere Opfer gekostet und nicht einmal ein politisches Ziel, also auch keine Ursache gehabt hatte.

Nicht genug aber an dem Aufstand der Bocchesen, begann jetzt auch die Arbeiterbewegung emporzuwachsen und in grossartige Demonstrationen auszuarten. So zogen denn mit der fünften Reichstagssession schwere Gewitterwolken gegen das Ministerium heran. Und jetzt kam es in ihm selbst zu offenem Zwiespalt, der sich alsbald in der Veröffentlichung eines ministeriellen Majoritäts- und Minoritätsvotums kund gab, ein Schritt, der mit dem Austritt der conservativen Minorität endete (Potocki, Taaffe, Berger).

Die Majoritätsminister blieben als Ministerium Hasner am Ruder, um sich schnell völlig abzunützen.

Nachdem sich dies Cabinet durch die Herren Banhans (Ackerbau), Stremayr (Cultus) und den Exstatthalter von Dalmatien, Wagner (Landesvertheidigung) verstärkt, machte es grosse Anstrengungen sich zu halten. Es knüpfte sogar Verhandlungen mit den Čechoslawen und Polen an, die aber zu keinem Resultate führten. Da trat am 20. März 1870 zuerst Giskra aus dem Cabinet. Die Polen und Föderalisten verliessen den Reichsrath, die Confusion ward immer grösser. Endlich am 4. April nahmen sämtliche Minister ihre Entlassung, und am 8. April vertagte der mit Neubildung des Cabinets beauftragte Graf Potocki den Reichsrath.

Das Bürgerministerium hatte sich ebensowenig, als früher Schmerling, der grossen ihm vom Kaiser gestellten Aufgabe gewachsen erwiesen, die Völker unter den Segnungen constitu-



tioneller Freiheit im Geiste des „österreichischen Gedankens“ zu versöhnen, obwohl seine Aufgabe dadurch erleichtert war, dass sie sich nur auf die cisleithanischen Königreiche und Länder erstreckte. Wir glauben uns aber nicht zu irren, wenn wir alsbald nach dem Falle dieses Cabinets die nothwendige Initiative der grossen kaiserlichen Idee in jener Aufforderung Potocki's an den damaligen Reichsrathspräsidenten Kaiserfeld erkennen, „er und seine Freunde möchten sich doch als praktische Staatsmänner bewähren und in ein Cabinet eintreten, das die Aufgabe übernommen, den Ausgleich mit den Nationalen und Föderalisten ohne Verletzung der deutschen Verfassungspartei anzubahnen.“

Hätte Kaiserfeld nie an österreichische Bleisohlen gedacht, sondern in jener Stunde aufrichtig für Oesterreich gefühlt, so hätte er eine solche, sein politisches Sein wohl etwas überschätzende Aufforderung nicht mit den vermessenen Worten, die österreichischer Lippen überhaupt unwürdig, zurückweisen dürfen: „Für den Augenblick sind wir unterlegen (die Börsenkrisis illustriert dies „Wir“). Was man nun kommen sehen will, das ist wohl kein Experiment mehr, das könnte leicht eine Katastrophe werden.“

In dem Angebot Potocki's aber lag das ganze Programm des neuen Cabinets. Dies Programm durchzuführen ist auch ehrlich versucht worden, doch gehörten andere Männer dazu, Männer, deren Geist vielleicht noch geschmeidiger, als jener des geistvollen, lebenswürdigen und stets patriotisch denkenden Grafen Taaffe, dabei aber da, wo es nothwendig, so „eisern“ logisch sein müsste, wie es die Verhältnisse erheischen.

Es gibt bei uns im Kaiserstaat gar zu viele Leute, die aus Egoismus oder Verranntheit um moralische Ohrfeigen und physische Desaveus förmlich betteln!

Wir müssen uns, da die hier zu berührenden Zeiten zu nahe liegen, jetzt sehr kurz fassen. Zwei Dinge sollen damals den Ausgleich, den Potocki zuerst mit den Böhmen plante, sehr erschwert haben: der Beitritt des böhmischen Hochadels zur Declaration und — eine plötzliche Reise des Grafen Andrassy nach Wien, wo sich gerade Lónyay ebenfalls eingefunden hatte, um, in vielen Dingen geschickt, wie er war, das Reichs-



finanzministerium zu übernehmen. Auch mit den Polen wurden nur „vergebliche“ Verhandlungen über die Resolution gepflogen. Die Polen gingen einmal wieder in eitel Diplomatie auf. Sie wollten gern für sich ein Separatgeschäft machen, wo es sich um den Ausgleich Aller mit Allen handelte. Wie die deutschen Centralisten dachten, erhellt aus dem Ausspruch Kaiserfeld's.

Inzwischen brach der deutsch-französische Krieg aus, bei dem Oesterreich zwar neutral bleiben wollte, sich aber doch auf alle Eventualitäten vorbereiten musste, obwohl die österreichische Politik auch dadurch erschwert wurde, dass die Magyaren, aus alter Anhänglichkeit für Preussen, gar sehr auf der Friedensschalmei bliesen, während die Polen wieder gar zu gern für Napoleon III. auf's Pferd gestiegen wären und die Bleisohlenmänner die „Wacht am Rhein“ sangen.

Einen neuen Versuch mit der böhmischen Opposition unternahm Potocki, als er den böhmischen Landtag Ende August abermals einberief. Die Böhmen boten ein Compromiss an: „für diesmal und ohne Präjudiz für das Selbstbestimmungsrecht Böhmens sei der Landtag bereit, aus seiner Mitte Vertreter in die Delegation, als den Vertretungskörper des Gesamtreiches, sowie auch eine Deputation zu weiteren Verhandlungen mit den legislativen Vertretungen der anderen Länder (d. h. in den Reichsrath!) zu entsenden.“ Das war doch wenigstens ein Angebot! Ein wenig guter Wille und Geschicklichkeit und, — doch es ward abermals keine Verständigung erzielt.

Das Ministerium Potocki hatte aber keine glückliche Hand und brachte nichts zu Stande, bis eines Tages, am 4. Februar 1871 sich Graf Karl Hohenwart bei dem polnischen Grafen mit der Botschaft präsentierte: „Se. Majestät lasse ihn ersuchen, das kaiserliche Handschreiben zu contrasigniren,“ welches dessen Ueberbringer zum Conseilspräsidenten ernannte.

Graf Hohenwart galt für einen feinen Geist und energischen Mann. Und was war das Programm Hohenwarts? „Oesterreich auf der Basis seiner natürlichen Verhältnisse zu reorganisiren, ohne alle nationale Suprematie.“ Diese echt „österreichische Idee“ war freilich jetzt schwer durchzuführen und durfte in Berlin auf gar keinen Beifall rechnen.

Hohenwart war eine vorzügliche Kraft, aber Eines müssen



wir doch an ihm ausstellen, er war zu sehr Beamter und zu wenig Bismarck. Es gelang ihm, dem Reichsrathe zu imponiren und den Ausgleich mit der böhmischen Nation anzubahnen. Das waren kühne Offensivstösse, aber er dachte nicht an die Flanken, statt Beust zu seinem Verbündeten zu machen, machte er ihn sich zum Todfeinde und arbeitete damit doch nur für den Grafen Andrassy.

Wir müssen hier inne halten, Thränen treten uns unwillkürlich in die Augen.

Noch schwebt uns das glänzend liebliche Bild, jener Friedensengel vor Augen, den damals Se. Majestät unser gnädigster Kaiser, König und Herr zu uns nach Böhmen sandte, — der Kronprinz Rudolph.

Blumen der Hoffnung gingen in allen Herzen auf, das treue böhmische Volk fühlte sich dem erhabenen kaiserlichen Kinde gegenüber wie von dem Zauber einer neuen Zukunft angeweht.

Der Kronprinz hat es gewiss gefühlt, dass man ihn hier lieb hatte. Wer hätte damals nicht mit tausend Freuden sein Leben für ihn hingegeben!

Und der Vater dieses Friedensengels sollte der böhmischen Nation zürnen? Nimmermehr!

Unser Kaiser liebt alle seine Völker, und Gott wird ihm die Kraft und den Talisman verleihen, sein unverrückbares Programm durchzuführen, ihnen allen Frieden und gesetzliche Freiheit zu erringen.

Auch Hohenwart war seiner Aufgabe nicht ganz gewachsen. Er ist gefallen, gefallen mit seinem Gegner, Beust, und ein anderes Ministerium mit anderen Principien ist an seine Stelle berufen worden. Das ist in constitutionellen Entwicklungsperioden für Niemand tröstlos, da heisst es, wie auf dem Schlachtfelde: „Heute mir, morgen Dir“.

Unser Kaiser aber ist noch da, und vor wenigen Tagen erst, gleichsam am Vorabend seiner Jubiläumsfeier, hat er Worte gesprochen, die uns unwillkürlich wieder an die Zeit gemahnten, da der Kronprinz Rudolph unter uns weilte.

Im modernen constitutionellen Staate ist zwar die Thronrede gewöhnlich die Arbeit des gerade am Ruder befindlichen



Ministeriums und höchstens nur endgiltig vom Monarchen redigirt. Wichtig aber ist es in ihnen jene Stellen zu erkennen, wo die Hand des Monarchen sich bemerklich macht, und sein Geist dem sonst ministeriellen Werke seinen besonderen Ausdruck verleiht.

So war es denn auch unser erstes Bemühen, in der Thronrede, mit welcher Se. Majestät der Kaiser am 5. November d. J. die Session des Reichsrathes in Person eröffnet hat, vor allen Dingen jene Spuren zu erforschen, wo wir dem Geiste und dem Worte des Monarchen selbst nahe zu sein glaubten. Es gemahnt uns aber, dass sich der Wille des Monarchen gleich zu Beginn der Thronrede am energischsten in einigen höchst markanten und hoffnungsreichen Sätzen kund gegeben hat, aus denen uns geradezu der innere Sinn des von dem Gefühle höchster Gerechtigkeitsliebe eingegebenen Octoberdiploms entgegenathmet.

Se. Majestät sprach nämlich die folgenden, hoffentlich eine neue Aera des Friedens eröffnenden herrlichen Worte:

*„Ohne in die gewährleisteten Rechte der einzelnen Länder einzugreifen, werden Sie die Einheit und Macht des Reiches fördern; ohne die Interessen der verschiedenartigen Volksstämme ausser Acht zu lassen, werden Sie die Bedürfnisse des Staates befriedigen und sich mit ungetheilte Kraft den grossen und schwierigen Aufgaben widmen, zu deren gedeihlichen Lösung Ich Ihre einsichtsvolle Mitwirkung in Anspruch nehme. Auf diese Weise wird es durch ruhigen Gang und stetige Arbeit gelingen, das ersehnte Ziel zu erreichen und durch harmonische Pflege der Interessen **des Ganzen wie der Theile** und durch hingebungsvolle Liebe zum gemeinsamen Vaterlande die Gegensätze auszugleichen und den „inneren Frieden“ dauernd zu begründen.“*

Wir müssen gestehen, dass uns diese schönen Sätze, denen wir baldige und völlige Erfüllung wünschen, im echt kaiserlichen Sinne gedacht erscheinen, und wir werden uns wohl schwerlich irren, wenn wir sie für den eigensten Ausfluss des wahren Denkens und Wollens unseres geliebten Monarchen halten.

Solch einer kaiserlichen Friedensbotschaft gegenüber ist es gewiss Pflicht aller Parteien, den kaiserlichen Intentionen



soweit es nur irgend der Rechtsstandpunkt erlaubt, entgegenzukommen. Uebrigens bürgt uns die edle Gesinnung des Monarchen selbst dafür, dass sich gewiss von unserem Rechtsstandpunkte zu seinem erhabenen Ziele, „*durch harmonische Pflege der Interessen des Ganzen wie der Theile*“ ein wahres Oesterreich zu schaffen, eine glückliche und dauerhafte Brücke bauen lassen werde.

Das dürfen wir um so eher annehmen, als Se. Majestät auch noch zum Schlusse „*zur Einigung der Völker Oesterreichs zu einem mächtigen, von den Ideen des Rechts und der Freiheit getragenen Staate*“ aufforderten.

So möge denn Gott seinen Segen dazu geben, auf dass diese herrliche Verkündigung des Kaisers recht bald eine alle seine Völker gleichbeglückende leuchtende Thatsache werde!

Wer die Geschichte Oesterreichs seit der 1848er Revolution genau durchstudirt, dem muss sich immer und immer wieder der Gedanke aufdrängen, dass hier ein böser Dämon von Zeit zu Zeit gewaltet hat, der die besten Absichten zu vereiteln wusste.

Die Verfassung von Kremsier war allerdings kein Meisterwerk, allein, von den Repräsentanten aller cisleithanischen Länder und Völker ausgearbeitet und schon so gut wie angenommen, stellte sie immerhin ein Compromiss dar, das *faut de mieux* eine leidliche Grundlage zu eigenartiger österreichischer Entwicklung constitutionellen Lebens abgegeben haben würde. Das Ministerium Schwarzenberg-Stadion nahm aber Anstoss an der Kremsierer Principienreiterei und glaubte besonders Angesichts des Bürgerkriegs in Ungarn, diesen Verfassungsembryo beseitigen zu müssen. Die dann von diesem Ministerium octroyirte Gesamt-Staats-Verfassung ging ebenfalls hauptsächlich durch Ungarn zu Grunde, dem man nach seiner Niederwerfung constitutionelle Freiheiten auch nicht einmal in homöopathischer Dosis darbieten konnte. Der Gedanke Stadions, in „ruhiger Zeit werde sich schon die wahre Constitution aus den wahren Bedürfnissen der verschiedenen Bestandtheile des Kaiserstaates entwickeln“, wollte, nachdem dieser hochbegabte Mann zu bald vom politischen Schauplatz abgetreten, unter der Aegide eines Bach und Kempen nicht zur Reife gelangen.



Endlich kam das Octoberdiplom, das in der That das Ei des Columbus gewesen wäre, indem es an die einzig möglichen constitutionellen Grundlagen für Oesterreich anknüpfte. Aber ehe es noch Leben zu gewinnen vermochte, ward es schon wieder durch die Februarverfassung verdrängt, die nur dem Drängen von Einflüssen zu verdanken war, die das Oesterreich Hormayr's in ein constitutionelles Costume stecken wollten, ohne zu bedenken, dass dann auch die alte schlimme Prophezeiung desselben Historikers eintreffen müsse, dass jenes „alte“ Oesterreich mit seiner „alten“ Staatskunst dies Costume nicht zu vertragen vermöchte. Bald genug trat dies eclatant zu Tage, und Belcredi ward berufen, „Friede mit den Völkern“ zu machen, denen er zurief: „Frei ist die Bahn“. Oesterreich hätte sich neu construirt und erholt, mit Ungarn wäre ein billiges Abkommen zu treffen gewesen, aber da brach der böse Dämon Bismarck den sogenannten „deutschen Bruderkrieg“ vom Zaune, der alles wieder aus Rand und Band brachte und den Sachsen Beust nach Wien und Pest warf, um in überhastender Eile den Dualismus zu schaffen. Der Dualismus brachte uns das Bürger-Ministerium, das vollends die Prophezeiung Hormayr's wahr machte, bis es in sich selbst zerfiel und dem schüchternen Ausgleichsministerium Potocki-Taaffe Platz machte, dem bald darauf das factische Ausgleichsministerium Hohenwart folgte, das fremde Einflüsse, die sich auf Sedan beriefen, im Bunde mit heimischer Intrigue zum Sturze brachten. Nun kam das Ministerium Auersperg-Lasser an die Reihe und schuf mit seinem unvollkommenen Reichsrath das neue directe Wahlgesetz, das ein wahres Parlament schaffen sollte.

Was man damit erreichen wollte, die Vertretung aller cisleithanischen Stämme, ist nicht gelungen. Das slavische Volk von Böhmen und Mähren ist darin so wenig vertreten wie in dem früheren Reichsrathe.

Allerdings sind Vertreter der Rechtspartei darin erschienen, doch nur, wie eines ihrer Organe, die „Tyroler Stimmen“ ausdrücklich sagen, „um die Hand der Verständigung zu bieten“ und im Falle, dass diese Hand abermals zurückgewiesen würde, den Reichsrath abermals zu verlassen.

Ganz in demselben Sinne hat sich auch unlängst Graf



Hohenwart in seinem bekannten Briefe an Dr. Bleiweis ausgesprochen, in welchem er sagte, dass er allerdings versuchsweise in den Reichsrath eintrete, aber jeden Augenblick bereit sei, sein Mandat niederzulegen, sobald er die Ueberzeugung gewinnen sollte, dass auf „diesem Boden“ kein Verständniss möglich sei.

Es wäre in hohem Grade zu wünschen im Interesse der Dynastie sowohl wie aller in Cisleithanien neben einander wohnenden Nationen, dass es endlich gelingen möge, eine Entscheidung zur Reife zu bringen, die den bösen Bann von uns nähme, der bisher noch immer verwirrend und unheilvoll in alle österreichischen Verhältnisse eingegriffen hat, so oft dieselben sich consolidiren wollten, den Bann der inneren Feinde des „österreichischen Gedankens“, die sich auf Königgrätz und Sedan stützen, um die Selbstständigkeit Oesterreichs zu erwürgen.

Es sind jetzt fünfundzwanzig Jahre her, seit unser Kaiser Franz Joseph über Oesterreich gebietet, eine Zeit, in der dieser edle Monarch sich redlich bemüht hat, all die ungeheuren Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die sich einer Befriedigung aller seiner Völker entgegenstellen.

So gebe denn Gott, dass unser freiwillig constitutioneller Kaiser in dem jetzt beginnenden zweiten Vierteljahrhundert seiner Regierung sein Ideal bald und völlig verkörpert sehe. Das ist der aufrichtige Wunsch, den wir an diesem Festtage, den alle seine Völker feiern, Sr. Majestät unserem gnädigen Kaiser, König und Herrn darzubringen wagen, indem wir in seinen schönen, eine bessere Zukunft verheissenden Ruf einstimmen:

**„VIRIBUS UNITIS.“**



Einwärts in seinem bekannten Briefe an Dr. Thiers aus-  
gesprochen, in welchem er sagte, dass er allerdings ver-  
weise in den Reichthümern eintrete, aber jeden Augenblick bereit  
sei, sein Mandat niederzulegen, sobald er die Ueberzeugung  
gewinnen sollte, dass auf diesem Boden kein Fortschritt  
möglich sei.

Es wäre in hohen Grade zu wünschen im Interesse der  
Dynastie sowohl wie aller in Gasteien neben einander woh-  
nenden Nationen, dass es endlich gelänge, eine Ent-  
scheidung zur Sache zu bringen, die den bösen Mann von uns  
abnimmt, der bisher noch immer verurtheilt und unheilvoll in  
die österreichischen Verhältnisse eingegriffen hat, so oft die-  
selben sich consolidiren wollten, den Mann der inneren Feinde  
des „österreichischen Gedankens“, die sich auf Königs- und  
Sohn stützen, um die Selbstständigkeit Österreichs zu er-  
halten.

Es sind jetzt in der That zwei Hauptfragen, die die  
österreichische Politik beschäftigen, eine Zeit, in der die  
schwierigsten Aufgaben der Politik stehen, die sich einer Be-  
friedigung aller seiner Völker entgegenstellen.

So gebe denn Gott, dass unser freiwillig constitutioneller  
Kaiser in dem jetzt beginnenden zweiten Vierteljahrhundert  
seiner Regierung sein Ideal bald und völlig verkörpert sehe.  
Das ist der antichristliche Wunsch, den wir an diesen Kaiser  
den alle seine Völker teilen, Sr. Majestät unsere Andenken  
Kaiser, König und Herr der Deutschen setzen wollen, indem wir in  
seinen schönen, eine bessere Zukunft verhissenden Fitt ein-  
stimmen.

VIRIBUS UNITIS















**Buchdruckerei:**

Hynek Militký & Novák in Prag.



Rüffer, Eduard

Fünf und zwanzig Jahre Kaiser von Oesterreich Ein historischer Rückblick  
auf das erste Vierteljahrhundert Regierung Sr. Majestät des Kaisers Franz  
Josef von Eduard Rüffer

Prag 1873

Austr. 4071

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11156975-0